. Ausgabe ... Jahrgang — München, 29. August 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647

Preis: M. 60000, auswärts M. 80000
Bezugsbedingungen siehe zweite Seite

F. J. Bruns Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Tagesspiegel

Englische Arbeiterführer für die französische Besetzung. — Dem Verrat an der Ruhr entgegen.
500 Ruhrerkrankungen in Düsseldorf.
Neue französische Morde.
Optimismus in England.
Griechenland ratifiziert den Lausanner Vertrag.
Generalstreik in Portugal.
Stresemann über die deutsche Fronheit.

*

Zuviel Beamte!
Die Monarchie Manfred Wolframs.
Letzte Nachrichten siehe vierte Seite.

Schutz der Republik, Kampf dem Deutschtum

Brief an den Schutz- und Trutzbund:
(Genaue Abschrift der Urschrift.)

St.N. I 260/23.

Polizeipräsidium Leipzig
den 24. August 1923.

Die für den 25. August 1923 im ... Saale des Rathauses zu Leipzig-Schönefeld in Aussicht genommene „Schlageterfeier“, veranstaltet von den Bezirken Schönefeld und Mockau des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, wird hiermit verboten.

Gründe.

Die Einladung geht von einer Organisation aus, die auf Grund § 14 des Republik-Schutzgesetzes vom Staatsgerichtshof verboten worden ist. Jedenfalls läßt sie eine Bezugnahme auf die Ortsgruppe Leipzig dieses Vereins, die allein dem Verbote nicht unterliegt, vermissen. Abgesehen davon, steht die Abhaltung einer sogenannten „Schlageterfeier“ im Widerspruche mit den Interessen des Deutschen Reiches, insbesondere mit ... den Volksgenossen an Rhein und Ruhr, nachdem die Reichsregierung in mehrfachen Erklärungen kundgetan hat, daß der sogenannte aktive Widerstand ein Verbrechen am Volke sei und geeignet, den sogenannten passiven Widerstand, in dem die Mehrheit des deutschen Volkes bekennt, der öffentlichen Meinung der Welt zu diskreditieren. Weite Kreise des Volkes, insbesondere diejenigen, die am treuesten zur Republik stehen, erblicken deshalb in der Abhaltung einer sogenannten „Schlageterfeier“ eine Provokation und republikfeindliche Demonstration. Daher besteht die Gefahr, daß es anläßlich einer ... Feier zu Zusammenstößen kommt, die eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der ... mit sich bringen. ... ist es, solche Zusammenstöße zu verhüten. Dies kann in einer Zeit, die in politischer und in wirtschaftlicher Hinsicht mit Zündstoff zum äußersten geladen ist, nicht dadurch geschehen, daß bewaffnete Polizeikräfte eingesetzt werden. Abgesehen davon, daß die ... sich zur Hüterin einer Versammlung machen würde, von deren Schädlichkeit für die äußere Politik des Reiches sie überzeugt sein muß. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als die Feier — wie geschehen — auf Grund § 1, Abs. ... des Vereinsgesetzes vom 19. 4. 08 in Verbindung mit dem noch geltenden sächsischen Gewohnheitsrecht ... ein Präventivverbot zu verhindern.

Die Einleitung eines Verfahrens gegen die Bezirke Schönefeld und Mockau des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes wegen Fortsetzung einer verbotenen Organisation (§§ 14, ... Rep.Sch.Ges.) bleibt vorbehalten.

gez.: Fleißner,
Polizeipräsident.

Jeder Kommentar zu diesem Erzeugnis der Novemberrepublik überflüssig ...

*) Hierzu ist zu bemerken: Die Ortsgruppe Leipzig, e. V., des Dv. Sch. u. T.-Bds. ist nicht verboten. In der Ankündigung der Schlageter-Feier waren nun als Veranstalter die Bezirke Schönefeld und Mockau des Dv. Sch. u. T.-Bds. angegeben, der Zusatz Ortsgr. Leipzig, e. V., fehlte. Da Schönefeld und Mockau unmittelbar an das Stadtgebiet Leipzig grenzende Vororte sind, ist natürlich im größten ... der Welt klar, daß es sich um Bezirke der Ortsgruppe Leipzig, e. V. Bund nicht ... des in Norddeutschland verbotenen ... Bundes handelt. Von dem Leipziger Polizeipräsidenten kann man allerdings eine so ... Kenntnis der Sachlage nicht verlangen.

F. Z.

... französisches Schandurteil

... Landau (Pfalz), 27. Aug. ... Bezirks... Scherer wurde vom französischen ... gericht in Landau zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil er sich weigerte, die französische Bahnschutzpatrouille von deutschen ... begleiten zu lassen.

... von den Belgiern wieder geräumt

... Essen, 27. Aug. Der Bahnhof Karnap ist von den Belgiern wieder geräumt worden.

Die Mannheimer Rheinbrücke geöffnet

Die Rheinbrücke bei Mannheim wird am Freitag, den 31. August, nachmittags 3—5 Uhr, für den Personenverkehr geöffnet. Allen Pfälzern, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, wird dringend zu empfehlen, diese Gelegenheit zur Rückkehr zu benützen.

„Sanktionen“ über Hattingen

tu. Hattingen, 28. Aug. Wegen einer angeblich am 23. August verübten Telephonsabotage verhängte der Ortskommandant scharfe Verkehrssanktionen. Der Landrat hat — so heißt es in dem Befehle, die Täter bis 28. August abends einzuliefern, widrigenfalls weitere Sanktionen folgen werden.

500 Ruhrerkrankungen in Düsseldorf

tu. Düsseldorf, 28. Aug. In der vergangenen Woche sind hier 500 Erkrankungen an Ruhr zur Anzeige gebracht worden. Sieben der erkrankten Personen sind bereits gestorben.

Ein zehnjähriges Mädchen von Franzosen erschossen

tu. Blankenstein, 28. Aug. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde die 10jährige Pieper, die in Flensburg zur Erholung geweilt hatte und nun zu ihren Eltern nach Erkenschwink zurückkehren wollte, von einem französischen Posten erschossen.

Das französische Zuckerbrot

tu. Dortmund, 28. Aug. Die Franzosen hatten bekanntlich vor einiger Zeit die Kokerei der Zeche Dorstfeld besetzt. Darauf hatten sich die Belegschaften geweigert, für die Franzosen zu arbeiten. Nunmehr versuchen die Franzosen, die Arbeiterschaft durch folgendes Angebot zu gewinnen:

Wer für die Franzosen arbeitet, erhält auf der Grundlage einer vierköpfigen Familie an Lebensmitteln täglich 2400 Gramm Brot, 200 Gramm Zucker, 600 Gramm Gemüse, 5250 Gramm Kartoffeln, 325 Gramm Fett, 75 Gr. Schweinefleisch, 250 Gramm Schmalz, 200 Gr. Speck und eine Dose Milch.

Die Belegschaften haben jedoch auch auf dieses Angebot einstimmig ablehnend geantwortet.

Eine Ernährungskonferenz mit der Rheinlandskommission

tu. Münster, 28. Aug. Wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gemeldet wird, hat die Rheinlandskommission die Regierungen der deutschen Länder, die durch die Rheinlandsbesetzung betroffen sind, ersucht, Vertreter zu einer Konferenz bei der Rheinlandskommission über die Ernährungslage im besetzten Gebiet zu entsenden. Die Rheinlandskommission begründet diese Einladung damit, daß infolge der jetzigen schlechten Lebensmittellage Unruhen entstehen und die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet werden könnte. Dem Ersuchen wird von den Ländern im Einvernehmen mit der Reichsregierung stattgegeben werden und zwar werden sich die Vertreter am Donnerstag in Koblenz einfinden.

Hoffnungsvolle Stimmung in London

tu. London, 28. Aug. In politischen Kreisen ist man hoffnungsvoll gestimmt. Man weist darauf hin, daß die belgische Note wahrscheinlich zwei konkrete Vorschläge enthalte, zu denen die englische Regierung werde Stellung nehmen müssen, nämlich wie Reparationen von Deutschland erlangt werden können, ohne das Ruhrgebiet dauernd besetzt zu halten, und den Vorschlag der Einführung einer Konferenz der alliierten Premierminister. (Wir haben lange keine internationalen Sitzungen des „Hohen Rats“ gehabt.) In hiesigen belgischen Kreisen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Brücke, die Belgien mit Poincarés Zustimmung durch die Note gebaut habe, die englische Regierung veranlassen werde, ihrerseits einen Beitrag zur Lösung des europäischen Problems zu liefern, indem sie der neuen deutschen Regierung freundschaftlich nahelegt, den passiven Widerstand abzubauen, da Frankreich und Belgien Europa nunmehr genügend Beweise gegeben hätten, daß sie bereit sind, durch eine wirtschaftlich durchführbare Regelung und eine vernünftige „Begrenzung der Reparationen“ zu handeln. D. h. Aussaugung bis aufs Blut. Nur langsam.

tu. Paris, 28. Aug. Wie die Morgenblätter melden, wird die gestern dem englischen Botschafter in Brüssel übergebene belgische Antwortnote heute in London veröffentlicht werden. Gleichzeitig erfolgt die Veröffentlichung in Paris und Brüssel. Am Quai d'Orsay wird im Gegensatz zu der Londoner Meldung festgestellt, daß von einer Genehmigung der belgischen Note durch Poincaré keine Rede sein könne. Poincaré habe der belgischen Regierung lediglich mitteilen lassen, daß er keine Bemerkung zur belgischen Note zu machen habe. Daraus dürfe natürlich nicht geschlossen werden, daß er sich die belgischen Vorschläge zu eigen mache.

tu. Paris, 28. Aug. Dem „New York Herald“ zufolge hat die Verzögerung der Übergabe des belgischen Schriftstückes die Ansicht verschärft, daß die Brüsseler Regierung mit der französischen Regierung nicht völlig einverstanden sei, zumal wegen der Nachteile, die den belgischen Industriellen infolge der wirtschaftlichen Störungen im Ruhrgebiet erwachsen. Die belgischen Minister hätten geraume Zeit hindurch als Vermittler auftreten wollen, obwohl sie grundsätzlich der französischen Politik beipflichten. Das gegenwärtige Dokument der belgischen Regierung gebe deutlich zu erkennen, daß die belgischen Minister eine Konferenz der Alliierten in der Hoffnung zustande zu bringen wünschen, daß zwischen ihnen und England die Grundlage zu einer Verständigung gefunden werde.

Englische Ministerernennungen

tu. London, 28. Aug. Die Ernennung Chamberlains zum Schatzkanzler und William Hicks zum Wohlfahrtsminister wird offiziell bestätigt.

Wieder eine Rede angekündigt

tu. Paris, 28. Aug. Poincaré wird am Samstag Paris verlassen, um sich nach Tregier zu begeben, wo zu Ehren Rénards eine Feier veranstaltet wird. Der Ministerpräsident gedenkt, wie man zu wissen glaubt, schon am Montag wieder nach Paris zurückzukehren.

Der kommende Betrug

Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird gerade jetzt wieder eine emsige Propaganda entfaltet. Alle Zeitungen des hebräischen Blätterwaldes schwärmen schon davon. Wenn dies geschehe, so wäre der goldene Ring um das deutsche Volk geschlossen, es hätte nochmals seine Unterwerfung anerkannt und das „Recht“ der Feinde auf seine restlose Ausplünderung unterschrieben.

Wir kommen in unserer nächsten Ausgabe ausführlich auf den neuen vorbereiteten Betrug zu sprechen.

Die Entscheidung

O Vaterland!
Entthronte Königin im Bettlerkleide,
Verhöhnt, bespien von Haß und Unverstand,
Verächtlich jetzt sogar dem Sklavenneide;
Herabgewürdigt wie zur feilsten Dirne,
Im Winkel, unter Fäulnis hingerafft —
Wir aber sehn den Glanz der jungen Stirne,
Die Majestät der stummen Dulderkraft,
Vergiß uns nicht in deiner Not!
Nicht unser ist die fürchterliche Tat.
Die dich beschützten, Tausende sind tot,
Und was dir blieb, zersprengte der Verrat.
Wir irrten lange durch die dunklen Tage,
Einander fremd geworden, wie verweht,
Verzweifelt, sinnlos, weder Zorn noch Klage,
Kein Trotz, kein Gram, kein Fluch u. kein Gebet.
Wir gingen lange so als wie im Traum,

Wir lebten kaum,
Und suchten doch —
Ein jeder unbewußt nach Kampfgenossen.
Und sieh: es regte sich, es schlürfte, kroch,
Es drängte näher, stürmte an entschlossen,
Von dort, von hier, vereinzelt, mehr, in Scharen,
Die Deinen, Königin, der Kern der Deinen
Sei uns gegrüßt, du Inbegriff des Wahren,
Und segne uns zum Kampf mit dem Gemeinen!
Wir retten dich! Das Banner aufgenommen,
Empor zum Licht, so frei, wie's nie geschah!
Noch zögern viele — will! Sie werden kommen;
Noch grollen viele — will! Und sie sind da.
Kein Schwur u. kein Versprechen! Wollen, wollen!
Wir wollen, es geschieht, es ist gescheh'n!
Der Gott in uns, er zeigt uns, was wir sollen;
Und was wir sollen, muß und wird auch geh'n!

Zum Sturm, zum Sieg! Die alten Adler schweben,
Judas erbleicht, er wankt, er stürzt, er fällt!
Frei ist das Reich, das Vaterland, das Leben,
Und frei — die Welt!

D. E.

Der Verrat auf dem Marsche

Englische Arbeiter für die französische Besetzung

tu. Berlin, 28. Aug. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Bericht des Sekretärs der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale, Tom Shaw, an die Internationale über seine Eindrücke im Ruhrgebiet. Er schreibt, daß bei einem Gang durch die Straßen sich zeige, daß die Geschäfte aller Art sehr rasch aller Waren entblößt seien, und wenn dies so weitergehe, könne es nicht lange dauern, bis die Städte im Ruhrgebiet aussehen, wie die Städte Osteuropas unmittelbar nach Kriegsende. Die Stimmung der Gewerkschaften und der Parteivertrauensmänner faßt er dahin zusammen: Keine Regelung sei annehmbar, die nicht den Arbeitern die Freiheit gibt, die sie auch unter der französischen Besetzung verlangen, und ohne daß die ausgewiesenen und eingekerkerten Arbeiter nach Hause zurückkehren können. Die Unsicherheit, die es ermögliche, daß Arbeiter auf einen plötzlichen Befehl von einem Augenblick zum andern ausgewiesen werden können, müsse aufhören.

Von einer Forderung nach Räumung des Gebiets weiß der internationale „Genosse“ nichts. Im Gegenteil, er nimmt die französische Besetzung als gegeben an.

*

tu. Berlin, 28. Aug. In dem vom „Vorwärts“ gebrachten Bericht über die Lage im Ruhrgebiet heißt es, die Ruhrarbeiterschaft verlange, daß die Gütererzeugung und Verteilung in deutschen Händen liege, und daß die französischen und belgischen Bajonette in keiner Weise dazu verwendet werden, die Leute zur Arbeit zu zwingen. (Lächerlich, dies zu verlangen, da die Parteigenossen des „Vorwärts“ den deutschen Arbeitern ja alle Waffen aus den Händen geschlagen haben, um eine Forderung durchsetzen zu können.) Wenn diese Bedingungen erfüllt werden könnten, wären die Ruhrarbeiter bereit, den passiven Widerstand morgen aufzugeben. Shaw fügt hinzu, von entscheidender Wichtigkeit sei es, daß man zu Verhandlungen gelange. Shaw faßt seine persönliche Ansicht dahin zusammen, daß erstens, wenn nicht Verhandlungen beginnen, die Gefahr eines furchtbaren Ausbruches im Ruhrgebiet bestehe, daß zweitens die Ruhrbevölkerung zu einem vernünftigen Kompromiß durchaus bereit sei, und daß drittens die Ruhrarbeiterschaft erkenne, daß sie unmöglich erwarten kann, daß die Franzosen ohne vorherige Regelung das Ruhrgebiet verlassen und daher, sobald Garantien für eine halbwegs vernünftige Beilegung gefunden und die Freiheit zur Arbeit gesichert ist, vollständig bereit wären, den passiven Widerstand aufzugeben. Shaw meint, daß die Internationale sobald als möglich den Druck der öffentlichen Meinung auf die französische Regierung konzentrieren müsse, um sie zu einer bestimmten Erklärung über die Zusicherungen zu veranlassen, die sie für den Fall des Aufhörens des passiven Widerstandes zu machen bereit ist.

In der Sitzung des Generalstabes des Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsrats der sozialistischen Partei, in der der Bericht Shaws entgegengenommen wurde, gelangte eine Entschließung zur Annahme, welche die Erklärung der französischen Regierung, daß sie die Absicht habe, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes fortzusetzen, aufs tiefste bedauert, eine unparteiische Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit und endgültige Festsetzung der gesamten Reparationsbeträge gefordert und, laut „Vorwärts“, die britische Regierung aufgefordert wird, energisch bei ihren Bemühungen zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Regelung zu verharren.

*

Die vorstehenden Aeußerungen des englischen Arbeiterführers, welcher noch unlängst auf der internationalen Marxistentagung in Hamburg von seinen „deutschen“ Genossen wie ein König gefeiert wurde, lassen unschwer erkennen, daß hinter diesen gewundenen Redensarten auch nicht die Spur eines festen Willens besteht, ernsthaft für die deutsche Arbeiterschaft und für die unbedingte Räumung des Ruhrgebietes einzutreten. Die Internationale, welche es vor drei Jahren versuchte, einen Generalstreik in aller Welt gegen das Erwachen der Ungarn ins Leben zu rufen, bloß, weil es damals einigen jüdischen Bolschewistenhäuptern an den Kragen ging, (der Boykott mißlang, weil Ungarn sich energisch zur Wehr setzte), dieselbe Internationale begnügt sich jetzt angesichts des brutalen Terrors, den man sich vorstellen kann, mit einigen nichtssagenden Worten. Denn anderes sind die Redensarten nicht. Die gesamte Arbeit unserer äußeren und inneren Feinde geht offensichtlich wieder dahin, den Deutschen selbst diesen letzten passiven Widerstand als unvereinbar mit dem hehren Geist der Internationale hinzustellen, das deutsche Volk nochmals zu zermürben und es nun restlos als Sklavenkolonie der internationalen Hochfinanz und der französischen Peitsche fronen zu lassen.

Wir zweifeln nicht, daß die gesamte sogenannte Arbeiterpresse voller Entzücken die menschenfreundlichen Worte des Thom Shaw bejubeln wird als ersten Schritt entgegen der sog. Verständigung mit den „großen Demokratien des Westens“ Man wird es dem deutschen Arbeiter als einen großen Sieg preisen, wenn er unter französischer Knute, bewacht von französischen Bajonetten seinen Sklavenlohn von jüdischen Bevollmächtigten auf den Tisch gezahlt bekommt und die marxistischen Regierungsräte werden voller Hochachtung die französischen und jüdischen Kommissäre mit Bücklingen begrüßen und den Freistaat Deutschland in alle Welt verkünden. . .

R.

Aus der Internationale

Bern, 28. Aug. In der zweiten Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterverbandes wurde die Aufnahme des russischen Metallarbeiterverbandes erörtert. Bereits im Mai war mit den Russen ein Abkommen über den eventuellen Zusammenschluß des russischen Metallarbeiterverbandes unterzeichnet worden, welches nunmehr dem Zentralkomitee zur Begutachtung vorlag. Die Vertreter Belgiens, Frankreichs und des deutschen Verbandes in der Tschechoslowakei sprachen gegen die Aufnahme. Die Deutschen? Österreicher und Engländer erklärten sich dafür, verlangten aber, daß noch gewisse Sicherheiten geschaffen werden müßten, beispielsweise, daß die Russen die 21 Punkte nicht anwenden. Ilg (Schweiz) brachte einen Zusatzantrag ein, der die grundsätzliche Zustimmung zum Zusammenschluß aussprach, zugleich aber feststellte, daß Bedenken bezüglich der Innehaltung von Satzungen und Beschlüssen seitens des russischen Metallarbeiterverbandes erhoben würden. Das Sekretariat soll beauftragt werden, mit den Russen in Verbindung zu treten, um die strittigen Punkte bis zum nächsten Kongreß zu klären. Das Abkommen wurde schließlich mit vorbehaltlichen Änderungen und dem Zusatz Ilg angenommen. Der holländische Delegierte enthielt sich der Stimme. — Die Aufnahme des französischen kommunistischen Metallarbeiterverbandes wurde abgelehnt.

Litauen lehnt das Memelstatut ab

tu. Kowno, 28. Aug. Die litauische Regierung hat den Beschluß gefaßt, das vom Botschafterrat ausgearbeitete Statut für das Memelgebiet ohne Abänderungen nicht zu unterzeichnen. Die litauische Regierung wird in einer an den Botschafterrat gerichteten ausführlichen Note ihren Standpunkt darlegen und Abänderungsvorschläge machen. Diese Note soll noch Ende August oder anfangs September abgeschickt werden.

Generalstreik in Lissabon

tu. Lissabon, 28. Aug. Der Arbeitergewerkschaftsbund beschloß, wegen der Lebensmittelteuerung den Generalstreik auszurufen. Die Tabakarbeiter und die Docker haben die Arbeit bereits niedergelegt. Achtzehn politische Gefangene haben die Gitterstäbe herausgesägt und sind entflohen.

Benesch wird vom Papst empfangen

tu. Berlin, 28. Aug. Nach einer über Wien kommenden Meldung der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird der tschechoslowakische Minister des Äußern Dr. Benesch in Rom vom Papst in besonderer Audienz empfangen werden.

Griechenland ratifiziert den Lausanner Vertrag

tu. Athen, 27. Aug. Der Staatsanzeiger veröffentlicht das Gesetz über die Ratifikation des Lausanner Friedensvertrags. Der Krieg wird als mit dem 26. August beendet erklärt. Zu demselben Datum wird die Armee auf den Friedensstand zurückgeführt. Die während des Krieges erlassenen Ausnahmegesetze werden aufgehoben, während das Gesetz über den Belagerungszustand und die Zensurverordnung bestehen bleiben.

*

tu. Konstantinopel, 28. Aug. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird der Dienst der ausländischen Postverwaltungen am 23. September beendet werden.

Massenbestrafung spanischer Meuterer

tu. Madrid, 28. Aug. Von den 750 Soldaten des spanischen Dampfers „Barzelo“, die gemeutert haben, sind 74 vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Der größte Teil wurde gestern nach Melilla in die Festung überführt.

Ein spanischer Panzerkreuzer aufgelaufen

tu. Madrid, 28. Aug. Der spanische Panzerkreuzer „España“ lief am Vorgebirge Treforcas nahe der marokkanischen Küste auf. Die Maschinen sind durch eingedrungenes Wasser überschwemmt. Hilfsschiffe wurden aus Algier, Lissabon und Gibraltar ausgesandt. Das spanische Kreuzergeschwader kreuzt an der Unfallstelle.

Italien duldet keine antisemitische Wühlarbeit

Unter diesem Titel schreibt das Hamburger „Familienblatt für die israelitischen Gemeinden“ (Nr. 33):

„Wie aus Rom gemeldet wird, hat die 13. Sektion des römischen Gerichtshofes den Priester Don Giovanni Preziosi, den Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift „La vita italiana“, welcher sich durch etliche Hetzkampagnen, besonders aber durch seine Übersetzung und Verbreitung der ‚Weisen von Zion‘ unangenehm bemerkbar machte, wegen Verleumdung zu einem Jahr Kerker verurteilt. Auf Grund einer genauen Prüfung der inkriminierten Schriften hat der Gerichtshof u. a. erklärt: ‚Diese Zusammenstellung phantastischer Auffassungen, diese radikale Umkehrung der Tatsachen, die mit Zugaben und einer gewollt falschen und feindlichen Version ausgeschmückt werden, ist nicht das Werk einer leidenschaftslosen Beurteilung, nicht der Ausdruck gerechter Entrüstung über die Verletzung sozialer Interessen, es ist ein willkürlicher Angriff auf fremdes moralisches Eigentum, mit der ausgesuchtesten verleumderischen Absicht.‘ Dies Urteil bestätigt, was auch andere Mitteilungen besagen, daß Italien darauf bedacht ist, den pseudowissenschaftlichen wie den politischen Antisemitismus im Keime zu ersticken. Von dieser Giftblüte will es verschont bleiben. Glückliches Italien!“

*

Für uns ist dieser Skandal nur ein erneutes Zeichen für die jüdische Finanzherrschaft und ein Beweis dafür, daß auch der nationale Fascismus zunächst am Feind vorübergehauen hat. Solange nur die Auswüchse des Judentums (Marxismus) bekämpft werden und nicht die Juden selbst, ist auch an eine dauernde Gesundung Italiens nicht zu denken.

Kabinettskrise in Japan

tu. Tokio, 28. Aug. Graf Uchida, der zum stellvertretenden Premierminister ernannt worden war, hat die Demission des Gesamtkabinetts eingereicht.

„Deutsches“ Reich

Erklärungen Dr. Stresemanns über die deutschen Zahlungen

tu. Köln, 28. Aug. Ein Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin hatte gestern eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann, den er um Auskunft gebeten hatte, worauf Dr. Stresemann seine Einschätzung der amerikanischen Untersuchungsergebnisse über die bisherigen deutschen Leistungen gegründet habe.

Dr. Stresemann führte in seiner Erwiderung u. a. aus: An sich habe ich mir die Schätzungsergebnisse des Institute of Oeconomic durchaus nicht endgültig und unzweifelhaft zu eigen gemacht. Die Unterlagen, die die deutsche Regierung in den Händen hat, gestatten eine noch viel genauere Bezifferung der bisherigen deutschen Leistungen, eine Bezifferung, die sich meines Erachtens vor einem internationalen Sachverständigenausschuß jederzeit als durchaus einwandfrei nachweisen läßt. Bis jetzt aber hat man alle deutschen Reparationsleistungen immer nur unserem Konto gutgeschrieben, ohne daß die deutsche Regierung darüber auch nur befragt worden wäre. (Ein Zeichen, wie die „Souveränität“ des Novemberfreistaates eingeschätzt wird.) Eine solche Einschätzung mußte einseitig ausfallen und konnte offenbar auch nicht vor größeren Irrtümern bewahrt werden. Was das genannte Institut anlangt, das uns und unseren Leistungen nach seiner eigenen von uns in keiner Weise beeinflußten Einschätzung weitaus gerechter wird, so ist zu sagen, daß das Institut vor mehreren Jahren von dem in den Vereinigten Staaten sehr bekannten Philantropen und Wirtschaftspolitiker Robert S. Broopins gegründet worden ist, um der freien wissenschaftlichen Erforschung sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Fragen zu dienen. Die jetzt veröffentlichte Denkschrift über die Reparationsfrage ist die erste einer Reihe von Denkschriften, die über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft herausgegeben werden mit dem von dem Institut angekündigten eigentlichen Ziel, den wahren Tatbestand der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme zu ermitteln. Wenn die Denkschrift auch erst vor kurzem in unsere Hände gelangte, bin ich trotzdem erstaunt, daß der französische Ministerpräsident bis heute über dieses wissenschaftliche Werk und das Institut, das es herausgegeben hat, nicht informiert zu sein schien.

Die Reichsbank

tu. Berlin, 23. Aug. Nachdem das bisher vorliegende Ergebnis der Abstimmung über die Frage, ob die Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden Großmann mit einem Streik der Angestellten der Reichsbank beantwortet werden soll, bereits eine große Mehrheit für den Ausstand ersehen läßt, hat der Hauptbetriebsrat das Reichsarbeitsministerium um seine erneute Intervention ersucht.

tu Berlin, 28. Aug. Am Montag beschäftigte sich ein engerer Kabinettsrat neuerdings mit der Frage der Neubesetzung der Reichsbankleitung. Besonders spielte die Nachfolgerschaft des Reichsbankpräsidenten Havenstein eine große Rolle. Wie verlautet, ist als Nachfolger eine Persönlichkeit ausersehen, die auf Grund der von ihr bisher geführten „Reparations“verhandlungen einen guten Ruf (bei wem? Bei den Feinden?) hat und auch die Gewähr für ein befriedigendes Zusammenarbeiten mit dem Reichskabinett bietet.

Die „Rote Fahne“ wieder verboten

tu. Berlin, 28. Aug. Die „Rote Fahne“ ist in der Nacht zum Dienstag auf Veranlassung des Polizeipräsidiums erneut beschlagnahmt worden; die bereits fertigen Druckplatten wurden vernichtet.

Anderthalb Milliarden Versicherungsgrenze

tu. Berlin, 28. Aug. Mit Wirkung vom 27. August an ist die Verdienst- und Einkommensgrenze in der Krankenversicherung auf 1,5 Milliarden, im besetzten Gebiet auf 1,8 Milliarden Mark festgesetzt worden.

Der „Völkische Beobachter“

Unser Wille, unser Weg, unser Ziel

Mit der heutigen Ausgabe erscheint der „Völkische Beobachter“ endlich in der Form, wie sie uns seit Jahren vorschwebte. Unsere alten Freunde wissen, welche Anstrengungen es der jungen, verspotteten und verleumdeten Bewegung gekostet hat, zuerst das Wochenblatt zu erwerben, um es dann zur Tageszeitung umzugestalten. Immer wieder, wenn es schien, als ob wir nahe am Ziele wären, mußte der Plan aufgegeben werden, bis dank einer großmütigen Spende einer deutschen Frau im Februar dieses Jahres die Tageszeitung doch Tatsache wurde. Aber aus technischen Gründen konnte auch sie noch nicht in einem Format erscheinen, wie es in Aussicht genommen war, und das der Bedeutung unserer Bewegung auch äußerlich entsprochen hätte. Dank dem Entgegenkommen des Buchgewerbehauses Müller & Sohn steht jetzt die neue Rotationsmaschine da, und der „Völkische Beobachter“ tritt in eine neue Phase seiner Tätigkeit.

Wir haben uns mittlerweile im In- und Auslande ständige Mitarbeiter gesichert, so daß unsere Leser dauernd authentisch über die weltpolitische Lage von den Zentren selbst unterrichtet werden. Aber wir werden nach wie vor unseren Standpunkt vertreten, daß, namentlich in der heutigen Zeit, eine Zeitung nicht ein geistiger Müllkasten zu sein hat, in den wahllos alle „Meldungen“ und „Betrachtungen“ nebeneinandergeworfen werden, sondern daß eine Zeitung das Instrument eines Staatsgedankens darstellen muß. Und zwar offen und rücksichtslos. Uns widert die sogenannte „Unparteilichkeit“ gewisser Presseerzeugnisse ebenso an wie die verlogene Propaganda der unter „geistiger demokratischer“ oder auch „nationaler“ Flagge segelnden Blätter, welche auf Stimmenfang ausgehen, geheim aber nur börsianische, rein dynastische, eng konfessionelle oder verräterisch separatistische Interessen verfolgen.

Es gibt keine voraussetzungslose Wissenschaft und Philosophie, es gibt auch keine voraussetzungslose Politik. Jede wirkliche Entdeckung hatte eine richtunggebende Idee als treibende Kraft. Ohne den kopernikanischen Gedanken wären nicht Planeten entdeckt worden, ohne ihn hätte ein Kolumbus seine Weltreise nicht angetreten. Ohne a priori angenommene Hypothesen gäbe es keine exakte Physik, ohne das Erlebnis einer neuen politischen Synthese, der Idee eines neuen Staatsgedankens, wird es nie ein Deutsches Reich geben. Für dieses Ideal aber gibt es bei der Kritik der Gegenwart auch Dinge, die a priori, d. h. von vornherein klar sein müssen.

Es gibt heute weder in Europa noch in Amerika einen wirklichen Nationalstaat. Das erstrebte Ideal wurde durchkreuzt, weil es meist nur außenpolitisch wirksam wurde. Innerpolitisch herrschte die rasse- und volkslose Demokratie. Die Wirtschaft ist heute nicht kontrollierte Dienerin einer Nationalpolitik, sondern die Staaten sind Objekte in der Hand internationaler, zu neun Zehntel jüdischer Privatsyndikate geworden.

Der Kampf auf sozialem Gebiet wird seit siebzig Jahren in falscher Front geführt. Der internationale Gedanke der Demokratie und des Marxismus, beidemal unter jüdischer Finanzführung, war stärker gewesen als die Erkenntnis einer völkischen Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen. Die Arbeiterbewegung wurde vom gesamten Marxismus verraten und wird es tagtäglich weiter. Jeder bewußte Marxist ist ein Hochverräter am Deutschen Reich. Die Schuld am heutigen Betruge liegt im bewußten Verrat des internationalen marxistischen Führergesindels, aber auch auf seiten der angeblich nationalen Wirtschaftskreise, die außenpolitisch national waren, innerpolitisch den Arbeitnehmer aber nur zu oft bloß als Wirtschaftsobjekt betrachteten.

Wahrer Nationalismus bedeutet in erster Linie Volks- und Rassenschutz, d. h. staatliche Kontrolle über den Privatkapitalismus; rücksichtslose Durchsetzung aller Maßnahmen, welche die Gesundung der schwer arbeitenden Schichten des Volkes verbürgen. Nicht sozial darf ein Staat sein, d. h. nicht mildtätig, nicht beispringend, sentimental, sondern gerecht, sozialistisch, pflichtbewußt. Nationalpolitik nach außen heißt Machtsicherung für das Volk, Nationalpolitik nach innen heißt Sozialismus. Das eine ist Sicherung des Ganzen, das andere Sicherung des Einzelnen. Der völkische Staat der Zukunft ist also — nationalsozialistisch. Die Zeit wird beweisen, daß dieser Gedanke — dem Wesen, vielleicht nicht der Form nach — siegreich sein wird, genau so in England wie in Italien, Schweden, Rußland und Frankreich. Und in Amerika. Das Alte ist zerbrochen, wenn es vielleicht auch nur wenige Millionen fühlen und nur einige Tausend wissen. Der neue Staatsgedanke wird sich erproben müssen, wie die Schiffe des Kolumbus, als sie, um nach Osten zu gelangen, nach Westen fuhren.

Aus diesem Grunde tritt der neue Gedanke gesetzgebend in die Erscheinung. Er kennt keine Kompromisse, er kennt keine Lib... er kennt kein „menschliches Verstehen“

Gedanken gegenüber. Dem einzelnen unbewußten, suchenden, strebenden Menschen kann ich die Hand drücken, geistig mit ihm ringen, dem demokratisch-parlamentarischen und marxistisch-bolschewistischen System aber ist der Kampf erklärt worden, der nur Sieg oder Niederlage kennt.

Im Mittelalter stritten die Völker unter der Losung: hie Papst, hie Kaiser. Später hieß es: hie Katholik, hie Protestant. Dann hie Monarchie, hie Republik. Das ist gewesen. Heute hat man sich zum Wesentlichen durchgerungen, aus dem alle diese verschiedenen Kampfrufe stammten: hie internationaler Machtgedanke, hie völkische Selbstbestimmung, Selbsterhaltung, Selbstbehauptung. Dieser eine Gedanke, wirklich innerlich erlebt, läßt uns die heutige Welt und die Geschichte anders anschauen als früher. Er fordert aber auch auf allen Gebieten des Lebens eine neue Antwort auf die neuen Fragen der Gegenwart, die so chaotisch, so schmachvoll ist in vielem, und in der es doch wert ist, zu kämpfen für die Zukunft.

Alle die Enttäuschten, alle Suchenden und Strebenden wollen wir sammeln: unsere betrogenen Handarbeiter wie den verratenen Mittelstand, alle jene Soldaten, die mit blutendem Herzen sehen müssen, daß sie bisher umsonst gekämpft und geblutet haben. Der zwei Millionen toter Helden muß sich das ganze Volk wieder erinnern, der darbenden Frauen und Kinder, um Liebe zu gewinnen zu seiner Zukunft und Haß, brennenden Haß gegen seine jüdischen und entdeutschten Verräter. Nicht mit Stimmzetteln wird des deutschen Volkes Schicksal entschieden werden, sondern zunächst durch eine innerpolitische Machtprobe, auf die es wohl bald gestellt werden wird, wenn gewisse Strohmänner ihre Schuldigkeit getan haben werden. Diese Machtprobe allein wird entscheiden, ob die internationale Zersetzung oder der deutsche Lebenswille den stärkeren Impuls ausübt. Siegt der erste, so wäre ganz unsentimental festzustellen, daß Deutschland mit Recht zugrunde gegangen wäre. Ein Volk, das nichts zu sagen hat in seinen Schicksalsstunden, soll vom Erdboden verschwinden, je schneller desto besser. Die neue Bewegung ist jedenfalls willen zu erklären: Deutschland wird entweder ein völkischer Staat oder es soll mit uns untergehen.

In diesen Kampfgedanken wollen wir Deutsche aller Stämme und aller Länder vereinen. Wir geben uns keiner Täuschung hin über die verzweifelte Lage unseres Volkes; wir wissen, wie schwer es ist, auch nur eine kleine Schar leidenschaftlicher, zugleich aber bewußter Kämpfer zu sammeln. Wir sind auch keine Pharisäer, um uns als unfehlbar und als engelhafte Apostel auszugeben. Wir wissen, daß wir im einzelnen auch irren können und werden. Wir wissen, daß auch Schlappen und Rückschläge in der deutschen Freiheitserhebung kommen werden. Das alles aber wird uns keine Sekunde irre werden lassen, weder wird der Wille erlahmen, noch wird der Weg verlassen werden; am wenigsten wird das Ziel unseren Augen entschwinden.

Wir danken allen unseren Freunden, die uns durch alle Zeit hindurch ihr Interesse durch Zuschriften und Nachrichten gezeigt und uns auch materiell unterstützt haben. Wir bitten sie, dies auch weiter zu tun. Sie mögen überzeugt sein, daß, wenn auch nicht alles verwertet werden kann, keine Anregung unbeachtet vorübergeht. Wir bitten sie gerade jetzt dringend: Helft, trotz der schweren Zeit, mit dem Bewußtsein, daß jeder Deutsche an seiner Stelle, ob er in München, Neuyork oder Tokio wohnt, mitzuarbeiten, mitzuleben hat für das, was uns als einziges Ziel vorschwebt: das völkische Großdeutschland.

Die Anschauungen über Mittel und Wege mögen verschieden sein. Diesen verschiedenen Anschauungen soll im „V. B." ein breiterer Platz als bisher zur Verfügung stehen. Wer glaubt, wirklich etwas zu sagen zu haben, möge hervortreten, gleichviel welchen Standes er sei. Wir gestehen dabei, einen ehrgeizigen Wunsch zu haben: daß der „Völk. Beobachter" das Organ der kommenden Freiheitserhebung wird, das Blatt des ringenden, suchenden, jungen Deutschlands, das nicht nur verstehend zurückblickt, sondern vorwärts will, des Deutschlands, welches vom Bewußtsein des Rechts der Gegenwart den Willen zur Macht für die Zukunft erhält.

Alfred Rosenberg.

Bezugspreis im Inland durch die Post im September M. 600 000 und unter Streifband M. 1 000 000 (beide Preise sind freibleibend). Streifbandbezugsgebühr für September im Ausland: Österreich 20 000 Kr., Tschechoslowakei 10 Kč., England und bish. deutsche Kolon. 3 sh, Italien 10 Lire, Holland 1 Gulden, Vereinigte Staaten 1/2 Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostv. angeschl. Staaten 2 1/2 schw. Fr.

Die große Krise im Zeitungsgewerbe

tu. **Stettin**, 28. Aug. **Die Katastrophe im Zeitungsgewerbe hat die Vertretung der in Frage kommenden Berufskategorien veranlaßt, beim Regierungspräsidenten in Stettin gegen die Massenkündigungen Einspruch zu erheben. Sämtliche pommerschen Zeitungsverlage haben beschlossen, fortan am Mittwoch jeder Woche keine Zeitung mehr herauszugeben.**

*

tu. **Kattowitz**, 27. Aug. Die Firma Gebrüder Gotthelf hat ihrem gesamten technischen Personal von der „Kattowitzer Tageszeitung" zum 1. September gekündigt.

Die neuen Bergarbeiterlöhne

tu. **Berlin**, 28. Aug. Die Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums haben gestern zu einer Vereinbarung für sämtliche Kohlenbezirke geführt. Der durchschnittliche Tariflohn einschließlich Hausstand und Kinderzulagen während der beiden Lohnwochen vom 13. bis 20. und 20. bis 27. August beträgt je Schicht für den Ruhrkohlenbergbau 4 153 374 Mark, bzw. 6 333 890 Mark, für die übrigen Reviere entsprechende Abschläge. Durch diese Verständigung sind die Differenzen beseitigt, die über die Lohnbemessung für die genanten beiden Wochen bestanden haben.

Abschaffung der Gehaltsvorauszahlungen

tu. **Berlin**, 28. Aug. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, geht die Ansicht des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding dahin, daß die Vorauszahlung der Beamtengehälter aus finanzpolitischen Gründen sich nicht länger aufrechterhalten läßt. Allerdings stehen der Abschaffung dieser Vorauszahlungen gewisse Schwierigkeiten entgegen, da dieser Auszahlungsmodus zu den Rechten gehört, die im Beamtenbesoldungsgesetz festgelegt sind. Es wird Aufgabe des Reichstags sein, das Gesetz in entsprechender Weise abzuändern. Ferner müssen auch die Staatsverträge, die das Reich mit den Ländern bei der Übernahme der Eisenbahnen abgeschlossen hat, und in denen auch sämtliche Rechte der Beamten vom Reiche mit übernommen sind, abgeändert werden. Da die nächste Vorauszahlung erst im Oktobertermin fällig ist, haben Regierungen und Parlamente im Laufe des September Zeit, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Als Kompensation erwägt man eine Erhöhung der Grundgehälter, die als Basis für die Valorisation dienen. Dabei dürfte auch die Spannung zwischen den einzelnen Stufen in einer Weise geregelt werden, die einen gewissen Ausgleich schafft.

tu. **Berlin**, 28. Aug. Im Reichsfinanzministerium haben, wie der „Tag" berichtet, gestern nachmittags Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamtengewerkschaften und Staatsarbeiter über die Auszahlung der Gehälter stattgefunden. Die zahlreichen Beschwerden wirtschaftlicher Kreise über die Methode der Auszahlung der Beamtengehälter, besonders gegen die Berechnung von Rückzahlungen für die gesamte Periode der Vorauszahlungen, haben dazu geführt, daß das Reichsfinanzministerium eine Neuregelung in der Methode der Auszahlung der Beamtengehälter beabsichtigt. Es ist damit zu rechnen, daß auf Grund der gestrigen Beratungen eine Notverordnung des Reichspräsidenten erscheint, die mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches zunächst die Nachzahlungen auf eine Periode von 14 Tagen beschränkt.

Der Pommersche Landbund gegen die große Koalition

tu. **Stettin**, 28. Aug. Der Pommersche Landbund tritt mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem es unter anderem heißt:

Wir fordern die sofortige Aufrollung der Kriegsschuldfrage, wir fordern eine wirklich nationale Politik aller deutschen Regierung, die wir in der jetzigen Koalition nicht mehr gewährleistet sehen. Wir fordern eine auf unbedingt nationaler und gesunder wirtschaftlicher Grundlage stehende Reichsdiktatur. Wir fordern energische Unterdrückung aller offenen und geheimen Umtriebe die zur Zersetzung des Volkes oder zur Verwirrung durch weltbetrügerische Schlagworte führen. Wir fordern Behörden und Gerichtshöfe, nicht solche, die als Parteifunktionäre ihre Pflicht tun, sondern die sich ihrer Verantwortung im Dienste des gesamten Volkes bewußt sind. Wir fordern die verfassungsmäßig zugesicherte Freiheit des Wortes an Stelle seiner parteipolitischen Unterdrückung. Wir fordern die endgültige Abkehr von den sozialistischen Utopien, wir fordern die Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit.

Am Schlusse des Aufrufs wird erklärt, soweit die wirtschaftliche Lage es noch gestaltet, werde die erste Aufgabe sein müssen, das Hungergespenst ebenso zu bannen, wie die volkszersetzende Wühlarbeit zu bekämpfen. — Gut, daß dieser Aufruf nicht ans Kabinett Hilferding gerichtet ist. . .

Der neue Reichspostminister

tu. **Berlin**, 28. Aug. Der bei der Bildung des Kabinetts Stresemann offengebliebene Posten eines Reichspostministers dürfte im Laufe des heutigen Tages besetzt werden. Als Minister kommt der vom Zentrum präsentierte Reichstagsabgeordnete Höfle in Betracht.

Die Gewerkschaften und die Steuergesetze

tu. **Essen**, 28. August. Eine Versammlung der Funktionäre der Freien Gewerkschaften aus dem Rheinland und aus Westfalen nahm zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der unter anderem ausgeführt wird: Die deutsche Republik stehe so nahe vor dem Abgrund, daß es nur möglich sei, noch im letzten Augenblick durch Aufbietung aller Kräfte den Zusammenbruch zu verhüten. Die Arbeiterschaft habe seit dem Bestehen der Republik fortwährend die größten Opfer gebracht. Sie sei es gewesen, die infolge der aus der Inflation resultierenden Schäden ungeheure Opfer zugunsten derjenigen gebracht habe, die aus dieser Inflation große Gewinne gezogen haben. Die vom Reichstag beschlossenen Steuergesetze hätten nunmehr dem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung getragen. Eine volle Gesundung der Verhältnisse sei aber dadurch noch nicht zu ermöglichen. Die Gewerkschaften hätten seit Jahr und Tag den Weg zur Gesundung durch Erfassung der Sachwerte gezeigt. Nach Annahme der Steuergesetze setze nun der Widerstand der Steuerdrückeberger und Vernichter des Reiches ein. Diesen gegenüber erklären die Vertreter der Gewerkschaften ihren unbeugsamen Willen, daß sie von der Reichsregierung die Durchführung der Steuern mit allergrößtem Nachdruck verlangen werden.

Zum Schluß heißt es in der Entschließung: In den Kreisen der Gewerkschaften besteht nicht volle Übereinstimmung über die Bildung der Koalitionsregierung, aber nachdem die Bildung durch den Mehrheitswillen der gewählten Vertreter des Volkes vollzogen sei, stellen sich die Vertreter der Gewerkschaften mit Absicht und vollem Bewußtsein der Tragweite ihres Beschlusses hinter das Programm der neuen Regierung.

Unverbesserliche Schwätzer

Leipzig, 28. Aug. Anläßlich der Messe veranstalteten am Montag abend der Ausschuß der westdeutschen Verbände, die Vereine Rhein, Ruhr und Saar, gemeinsam mit dem Messeamt, eine große Kundgebung gegen den Wirtschaftskrieg an Rhein, Ruhr und Saar. Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, behandelte in fesselnder Weise die Rhein- und Ruhrfrage, während Professor Dr. Philipp Maier, Frankfurt, die Stellung von Rhein und Ruhr in der Weltwirtschaft beleuchtete. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der namens der deutschen und europäischen Wirtschaft Einspruch gegen die Politik der Gewalt erhoben wird, mit der Frankreich, mitten im Frieden, die größten Wirtschaftsgebiete der Welt zum Stillstand und zur völligen Auflösung bringe, mehr als 100 000 deutsche Männer und Frauen aus ihrer angestammten Heimat vertreibt, tausende ins Gefängnis wirft, Todesstrafen vollzieht, Geldstrafen in wahnsinniger Höhe eintreibt, öffentliche Gelder und Privateigentum raubt und die arbeitsame Bevölkerung zur Verzweiflung treibt. Mögen die Kämpfer in den rheinischen Gebieten und an der Ruhr, so heißt es in der Entschließung, aufrecht bleiben und für Recht und Kultur weiter streiten im Interesse Deutschlands und der ganzen Welt, damit in Bälde den Völkern ein wahrer Friede zuteil wird und das Wirtschaftsleben in allen Ländern sich ungestört entfaltet.

*

Wie die Herren im Namen der „europäischen Wirtschaft" sprechen, ist einfach entwaffnend. Warum wir mißhandelten Deutschen für das „Interesse" der „ganzen Welt" streiten sollen, ist ebenfalls unerfindlich.

Severings jüdischer Herr

Friedrich Theodor **Freund**, Dr. iur., Staatssekretär im Preuß. Ministerium des Innern, wurde am 29. November 1861 zu Breslau geboren als Sohn des Professors der Medizin Dr. Freund und dessen Ehefrau Luise, geb. Guradze. Er besuchte das Maria-Magdalena-Gymnasium in Breslau und studierte darauf zu Straßburg, Bonn und Berlin. Er ist seit 1887 verheiratet und hat 5 Kinder.

Im Jahre 1882 machte er sein Referendar- und Doktorexamen, wurde 1887 Elsaß-Lothringischer Regierungsassessor und 1888 in die preußische Verwaltung übernommen; er war 1888—1890 in Köln, 1890—1898 in Koblenz tätig. Regierungsrat seit 1893, wurde er 1898 Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern in Berlin, Geheimer Regierungsrat 1898, Geheimer Oberregierungsrat 1901, Ministerialdirigent und Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat 1911. Mit der Revolution wurde er 1918 Unterstaatssekretär und 1920 Staatssekretär. Seit 1921 ist er Mitglied des Reichsrates.

Er schrieb Werke über die Verantwortung der Beamten, Deportation von Sträflingen, einen Kommentar zum Preuß. Kommunalabgabengesetz. Er ist Verfasser des Zweckverbandsgesetzes, besonders des Gesetzes über den Verband Groß-Berlin und über die Bildung der Einheitsgemeinde Berlin.

Freund ist der Leiter des gesamten Ministeriums des Innern; jegliche Anordnungen des Ministers (Severing) gehen durch ihn, alle im Ministerium bearbeiteten Sachen gehen durch seine Hand.

Hierzu gehören: alle Gesetzentwürfe, alle Personalsachen, alle Polizeisachen, Vertretung Preußens im Reichsrat. Die Personalsachen (Besetzung der Ämter: Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts) werden unmittelbar (ohne Zwischenschiebung eines Ministerialdirektors) von ihm bearbeitet. Die Polizeisachen werden in der Abteilung III bearbeitet. Diese Abteilung steht unter dem Ministerialdirigenten Dr. Abegg, unter dem Dr. Rathenau, ein Vetter des verstorbenen Ministers, arbeitet.

Freund ist Rassejude, ebenso Abegg und Rathenau. Nach einem Worte Bismarcks ist das Ministerium des Innern deshalb besonders wichtig, weil es das Polizeiministerium ist. Von hier aus wird ein Staat beherrscht. Hat man die Macht, die mit Polizeigewalt ausgestatteten Ämter — Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister, Polizeipräsidenten — mit „zuverlässigen" Personen zu besetzen, und dann die Macht, polizeiliche Direktiven auszugeben, denen diese ausgewählten Personen unbedingt Folge leisten müssen — sonst verlieren sie ihr Amt —, so hat man die ganze Staatsgewalt in Preußen in der Hand; das Heer ist ja Reichssache.

Tatsächlich ist somit der Judenabkömmling Freund mit seinen Helfern der Beherrscher Preußens.

Auf dem Ministersessel sitzt zwar Severing, Sozialdemokrat und keineswegs ein Mann nach unserm Geschmack; indessen ist er, als Parteiminister und Laie, ganz in die Hand des wissenden Freund gegeben, dessen „Ratschlägen" er zu folgen gezwungen ist, soweit die eigene Sachkunde nicht ausreicht, wenn wir nur mildeste — Beweggründe annehmen.

Bis 1918 trat m. W. Freund nicht offen hervor. Mit der Revolution bekam er die gesamte Leitung des Ministeriums und überdauerte alle Minister. Der Regierung Kapp stellte er sich — wie freundlich — „zur Verfügung". Als die alte Regierung — blieb er, da er als Fachbeamter und „Sachkenner" „unentbehrlich" war. Bei dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung forderte diese die Beseitigung Freunds als Vorbedingung der Koalition. In anderen Parteien, auch bei den Sozialdemokraten, war man bereit, ihn zu opfern. Indessen — er blieb. Die Volkspartei trat trotzdem in die Koalition ein. Wie dies möglich war, ist bis heute ungeklärtes Geheimnis — für Spießer.

Auf Freunds Wirken ist zurückzuführen: Die Beseitigung unzähliger alter, bewährter Beamter aus maßgebenden Stellen und ihre Besetzung mit „Größen" der Links- und Mittelparteien. Ferner das Verbot der Nat.-Soz. D.A.P., der Völk. Freiheitspartei, des Nat.-Verb. D. Sold. der O.C. u. a. deutscher Verbände, die antideutsche Haltung der Regierungsorgane bei Schlageters Ermordung und Befreiung. Ferner ist, soweit mir bekannt, in Freunds Kopf der Gedanke entstanden, das Gesetz zum Schutze der Republik zu erlassen, die Formulierung stammt von ihm, durch ihn gelangte das Gesetz an den Reichsrat, von da an den Reichstag, nachdem vorher der Reichspräsident eine Notverordnung erlassen hatte.

Unter Freunds Wirken fällt auch die Zulassung der Überschwemmung Deutschlands mit den Ostjuden.

Erklärlich ist das Wirken Freunds sowohl als auch sein Bleiben nur durch jüdische Einflüsse.

Zusammengefaßt ist richtig:

Preußen, wie dessen Einfluß auf das Reich, wird von einem Juden mit seinen Helfern, die zum Teil auch Juden sind, in judendienerischem Sinne beherrscht, regiert und geleitet; denn dieser überdauert alle Minister und ist deren Ratgeber, gleichwie diese heißen mögen.

Das Deutschtum in Ungarn

G.A.N.D. Der Vertrag von Trianon hat Ungarn über zwei Drittel seines alten Gebietes und etwa 59 Prozent seiner früheren Gesamteinwohnerzahl entrissen. 3 1/2 Millionen Magyaren des gesamten magyarischen Volkes stehen heute unter fremder Herrschaft. Außer den Madjaren wurden noch 7 1/2 Millionen anderssprachige Völker an die Nachfolgerstaaten abgetreten. Wenn der Verlust an nicht madjarischer Bevölkerung auch überwiegt, so ist auch das Restungarn von heute national kein einheitlicher Staat. Von den rund 7 1/2 Millionen Einwohnern sind etwa 550 000 Deutsche, die im Bakonyer Wald, in den Gespanschaften Komorn und Stuhl Weißenburg, in den Ofener Bergen, in Ofenpest selbst, in der Gespanschaft Somogy, in den ungarisch verbliebenen Teilen der Gespanschaften Batschka und Arad und in der schwäbischen Türkei siedeln. An anderen Nationalitäten hat das heutige Ungarn 150 000 Slowaken, 45 000 Rumänen, 40 000 Kroaten, 22 000 Serben und 70 000 andere Minderheiten. Die deutsche Minderheit steht in Ungarn mit ihren rund 8 Prozent der Gesamtbevölkerung unter den Minderheiten an erster Stelle. Gegen früher bedeutet das eine Verminderung des nicht magyarischen Bevölkerungsanteils, aber doch ist dieser Anteil groß genug, um Ungarn zu einem besonnenen Vorgehen gegen seine Minderheitsvölker zu mahnen.

350 Gemeinden im heutigen Ungarn haben eine deutsche Mehrheit, doch bestehen leider zur Zeit wenig mehr als 40 Volksschulen, in denen in deutscher Sprache unterrichtet wird. Die Wahlen in die Nationalversammlung vom Jahre 1922 waren ganz im alten Geiste gehalten und vollzogen sich unter Anwendung jahrzehntelang erprobter Mittel. Verhaftungen waren an der Tagesordnung, und man verhinderte, wie in früheren Zeiten, Hunderte deutscher Wähler zur Urne zu gehen. Die Abstimmung wurde in dem Augenblicke abgeschlossen, als die Madjaren in der Mehrheit waren. Das konnte bei den auf dem Lande öffentlich durchgeführten Wahlen leicht festgestellt werden.

Der Dank für die Waffentaten der Deutschen in Ungarn im Kriege wurde von der ungarischen Regierung in der Weise abgestattet, daß die Heldengrundstücke den Soldaten, die sich im Kriege besonders ausgezeichnet haben, als Geschenk der Nation nur unter der Bedingung gewidmet werden, daß der Betreffende einen madjarischen Namen trägt oder seinen Namen madjarisieren läßt.

Die Forderungen der Deutschen Ungarns wurden vom ehemaligen Nationalitätenminister Dr. Jakob Bleyer kurz zusammengefaßt. Sie lauten:

1. „Daß die Schulen in unseren deutschen Gemeinden deutsch seien, wobei die ungarische Staatssprache natürlich und selbstverständlich in ausgiebigem Maße unterrichtet werden soll;
2. daß unsere deutsche Muttersprache in deutschen Gegenden bei Gericht und Verwaltung unbeschadet der ungarischen Staatssprache in entsprechender Weise berücksichtigt werde;
3. daß sich unser Volk zur Förderung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kultur seiner deutschen Eigenheit gemäß organisieren könne."

Diese Forderugen sind fürwahr das, was nicht nur der Minderheitenschutz, zu dem sich Ungarn im Vertrag von Trianon verpflichten mußte, sondern das Gefühl der Dankbarkeit für das, was deutsche Arbeit und Kultur den Madjaren gebracht hat, eine ungarische [Regie]rung zur restlosen Erfüllung dieser Forderungen bewegen sollte.

Italienische Politik

D. **Mailand**, 25. Aug.

Die Stellung Italiens zur Reparationsfrage dürfte „Ambrosiano" richtig wiedergeben, wenn er schreibt: Italiens Gläubiger, Amerika und England, sollten bezahlt sein, während Italiens Schuldner Deutschland und Österreich, nicht zahlen könnten. Das Blatt beklagt sich darüber, daß Italien bei der Verteilung des Kriegsgewinnes zu kurz gekommen sei. England habe die deutschen Kolonien erhalten, Amerika sei durch die Kriegslieferungen reich geworden, Frankreich halte das Rheinland und Ruhrgebiet besetzt und beute sie aus, Italien dagegen habe keinen nennenswerten Vorteil erhalten. Daher sollten Italiens Gläubiger mit Rücksicht hierauf Geduld haben. „Il Resto di Carlino" bemerkt zu dem von L. Lazarus in der „Revue Hebdomadaire" entwickelten Programm Frankreichs, die Ruhrbesetzung bezwecke die völlige Zertrümmerung Deutschlands. Durch diese Politik wolle sich Frankreich „bezahlt" machen, die Wirtschaftsdinge seien ihm Nebensache. Das Blatt fragt, ob es nicht das gleiche Programm sei wie dasjenige Deutschlands, als es 1914 Frankreich angriff (diese Lüge geht hier noch immer um, nicht zum mindesten durch den völligen Mangel deutscher Abwehr in der Kriegsschuldfrage). „Solo" bespricht das englische Blaubuch und äußert in einem Aufsatze „Italien und die englische Note", in Italien, das Englands Auffassung zustimme, hätte man eine vorherige gemeinsame Besprechung beider Länder gewünscht, um so mehr als Frankreich eine solche schon früher zu verhindern gewußt habe und nur durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten entstanden seien. England dürfe Italiens Interessen nicht unberücksichtigt lassen, diese seien aber in der englischen Note gar nicht erwähnt worden. Italien sei sowohl gegen den passiven Widerstand als auch gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes. (Wenn die Franzosen von der Ruhr abziehen würden, würde der passive Widerstand von selbst aufhören.)

„Popolo d'Italia" widmet in versöhnlichem Tone längere Ausführungen der tunesischen Frage und verlangt für die Italiener in Tunis das Recht, neue italienische Schulen zu gründen und [illegible] zu erwerben, ferner die Gleichstellung der Italiener mit den Franzosen im Handel. Bei einem kürzlich stattgefundenen Besuche des Schulschiffes „Verruccio" in Tunis wurde des festlich von der italienischen Kolonie empfangen, und auch die französischen Behörden beteiligten sich an der Feier. Scharf wendet sich „Popolo d'Italia" gegen die Darstellung, der die Angriffe auf italienische Fascisten in Paris, wie sie die „Humanité" gegeben hat.

Die Ereignisse in Deutschland finden hier jetzt zunehmende Aufmerksamkeit. Vor allen Dingen möchte man wissen, ob die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet nach Italien gesichert sind. Weiter wird der Streit um die Deutsche Reichsbank viel besprochen. Über „Das Deutschland Stresemanns" läßt sich [illegible] della Sera aus. Er meint, bisher habe kein Kanzler Frankreich gefallen, und fragt, ob Stresemann den Franzosen wohl lieber [illegible] werde als seine Vorgänger. Fahre Frankreich in seiner Bedrückung Deutschlands [illegible] könnte auch Berlin eines Tages statt des Cuno und Stresemann einen Kemal [illegible] (Berlin [illegible] nicht). Italien sei Frankreichs Verbündeter, Frankreich dürfe aber des Italien nicht schädigen. In Wirklichkeit [sei] Frankreich nirgends bedroht, es mache sich selbst durch sein sinnloses Verhalten England, Rußland und Italien zu Gegnern. Falls Stresemann eine Verbindung mit einer kommenden linksgerichteten Regierung in Frankreich [ge]länge, so könnte hieraus ein für England und Italien gefährlicher Kontinentalblock entstehen. (!) „Il Resto di Carlino" schreibt ausführlich über Stresemann. Es heißt da, er sei wechselnd reaktionär und demokratisch, er [illegible] stehe es, sich jeder Lage anzupassen, und bis sich bis zur Erde, um weiter zu kommen. **Früher [illegible] er einmal Annexionist gewesen, später das Gegenteil, ja, er habe sich sogar zu einem eifrigen Befürworter des Völkerbundes entwickelt. Den Marxisten stehe er heute freundschaftlich gegenüber, weil er ihnen die gleiche Furcht habe wie früher Wilhelm. Er sei ein wahrer Gleichgewichtskünstler, habe zur Rechten einen Katholiken, zur Linken einen Sozialdemokraten und hinter sich einen Demokraten.**

Mit der Unterdrückung der Betriebsräte durch die neue deutsche Regierung befaßt sich „Popolo d'Italia".

Das Blatt Mussolinis hält diese Maßnahme für ein Zeichen klugen Wirklichkeitssinnes, denn sowohl in Rußland als auch in Italien hätten sich die Betriebsräte als eine unmögliche Ein-

Wir

Wir haben gekämpft im blutigen Flandern,
In Rußland, in der Türkei;
Wir mußten von einem Platz zum andern
Und zur See, wo immer es sei.

Wir haben gerungen im hohen Norden
Gegen den weißen Tod;
Wir sind endlich müde geworden
Vor Hunger und vor Not.

Wir haben getrotzt den Feinden allen
Und ihrem eisernen Ring.
Wir sind uns selbst in den Rücken gefallen,
Als es zu Ende ging.

Wir haben müde und verdrossen
Unsere Ehre zum Opfer gebracht.
Wir haben einen Frieden geschlossen,
Der uns zu Sklaven gemacht.

Wir haben nach ungeheueren Taten,
Als unser Schwert zerbrach,
Unser Vaterland verraten
In Schande und in Schmach.

Doch, daß man uns als Volk verhöhne,
Das darf nicht geschehn.
Wir wollen nicht, daß unsere Söhne
Auch noch mit Ketten gehn.

Wir alle haben Fehler begangen,
Wir bekennen das frei.
Ist noch keiner über die Erde gegangen
Schuldlos, wer es auch sei.

Aber nachdem wir eingesehen,
Daß wir schwer gefehlt,
Wollen wir alle zusammenstehen,
Stolz und zum Kampfe gestählt.

Müssen nicht klagen und nicht weinen,
Was geschehen, ist geschehn.
[illegible] soll aus unsern Gebeinen
[illegible] der Rächer erstehn.

Wollen uns selber zur Tat bekennen
Trotzig und ungebeugt,
Daß unsere Söhne einst sagen können:
Uns haben Männer gezeugt!

Bogislav von Selchow.

Aus dem Gedichtband „Von Trotz und Treue" im N. G. Elwert-Verlag Marburg.

Einheitsfront

Von Dr. Franz Haiser (Scheibbs, Niederösterreich).

I.

Wir erteilen nachstehend dem bekannten Schriftsteller Dr. Franz Haiser das Wort. Er ist einer jener kantigen Naturen, die wir heute brauchen, die dem Volke herbe, aber heilsame Wahrheiten sagen. Obgleich wir manche Dinge (z. B. das Christentum und unser Verhältnis zum Slaventum) anders beurteilen, so tut es doch wohl, eine Persönlichkeit als solche sprechen zu lassen. An ungeschminkter Offenheit mangelt es unserer Zeit. Sie aber ist die Voraussetzung für eine deutsche Zukunft. Die Schriftleitung.

Das deutsche Volk stellte nie eine Einheit dar, es ist vielmehr eine Summe von Meinungen, die sich durchkreuzen und gegenseitig zu vernichten trachten. Das soll angeblich im deutschen Nationalcharakter liegen: der Drang zur freien Selbstbestimmung, zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Viele loben das und nennen es aristokratisch; sich ducken, das innere Wahrheitsgefühl unterdrücken, sei sklavisch, sagen sie. Ich hingegen als Vertreter einer sogar extrem aristokratischen Weltanschauung urteile anders, und auch Nietzsche sagt: „Auflehnung, das ist die Vornehmheit des Sklaven. Eure Vornehmheit (nämlich die aristokratische) sei Gehorsam, euer Befehlen selber sei ein Gehorchen!" — Die Frührömer waren gewiß ein hocharistokratisches Volk, aber ihren Führern gehorchten sie blindlings. Besserwisserei und Zanksucht, sobald der Feind im Lande ist, deuten nicht auf Vornehmheit, sondern weit eher auf Zuchtlosigkeit und Mangel an Erziehung. Andererseits müssen wir zugeben, daß es genug Fälle gab, da auch gehorsame und willige Völker mit ihren Führern nicht einverstanden waren, daß man froh war, wenn ein fähiger Kopf als Besserwisser auftrat und die unfähigen Führer beseitigte. Wie ist also dieser Gegensatz zu lösen? Soll ein Volk in geistiger Beziehung eine gleichförmige, starre Einheit darstellen oder soll es aus selbständigen Köpfen bestehen?

Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir auf das Wesen der Persönlichkeit näher eingehen. Soviel steht vor allem fest: ein allzu gleichförmiges, stilisiertes Volk läßt sich wohl spielend lenken, erstarrt aber und wird von anderen Völkern, die Besserwisser haben und sich daher entwickeln, überwunden, während ein Volk, in dem jeder einzelne eine Persönlichkeit ist, in Chaos und Anarchie verfällt, denn jeder tut, was er will und hält seine Ansicht für die richtige. Freilich muß es auch Persönlichkeiten geben, ohne Mutanten, Artveränderer erstarrt der Geist eines Volkes, alles fließt, verändert sich, aber hier wie überall soll sich das Zuviel und das Zuwenig im biologischen Gleichgewichte halten, jede Störung dieses Gleichgewichtes ist vom Übel. Zuviel Einheitlichkeit, Dogma, Stil, Gleichförmigkeit finden wir im päpstlichen Mittelalter. Keiner durfte über das Gebotene und Hergebrachte hinausdenken. Hätte sich dieser aufgezwungene Stil gegen den deutschen Nationalcharakter durchgesetzt, so wäre das geistige Leben des Volkes ganz erloschen. In China finden wir rassische Veranlagung zur Stilisierung, darum erstarrt das Volk. Erst der Abendländer erzeugt das Leben, aber damit auch Anarchie, denn die heutige Persönlichkeitsbildung des Abendländers ist krankhaft, hypertrophisch. Jeder Gassenbube des Abendländers und vor allem des Deutschen, ist ein Drüber-, Hinaus- und Freidenker, denn die Freiheit liegt auf der Gasse herum, und jeder Lümmel darf mit ihr sein Spiel treiben. Jeder von uns bildet sich ein, ein Freidenker zu sein, ist aber in den allermeisten Fällen nichts als ein öder Flachdenker, mit dem der echte, berufene Freidenker keine Viertelstunde verkehren kann, ohne daß ihm übel wird. Zum Freidenker, zur Persönlichkeitsbildung sind nur ganz wenige berufen, sie gleichen Hochtouristen, die den markierten Weg verlassen, um zur höchsten, unerforschten Spitze vorzudringen. Die Masse indes möge schweigsam den bezeichneten Weg weiterwandeln, wo Brücken, Geländer, Stufen und Wegweiser vor Fehltritten bewahren, denn Hochtourist, Pfadfinder sein und in der einsamen Eiswüste unverstanden und verlassen vordringen, ist ein schwerer Beruf, zu dem nur die Stärksten und Mutigsten taugen. Auch macht das Abweichen vom Wege, das Suchen in den seltensten Fällen glücklich, denn je tiefer und genialer die Sucher- und Forschernatur, desto weniger kommt sie zu einem festen Ziele, desto mehr weiß der menschliche Geist, daß er nichts weiß. Aber der Pfadsucher ist nun einmal dazu bestimmt, daß er sich für andere aufopfert und das Genick bricht, denn die Nachfolger können nun seine Irrwege vermeiden. Jeder soll daher froh sein, daß er nicht zum Freidenker berufen ist, daß er einen Fehler hat, der bewirkte, daß er bei der Musterung der Geister zurückgestellt wurde, denn schablonenmäßiges Denken macht weit glücklicher, als verantwortungsvolles und mit Mühen und Enttäuschungen aller Art beladenes Freidenkertum. Freidenker sein ist ein schweres Amt, keine Unterhaltung, kein „Ausleben der Persönlichkeit", keine ausgelassene Frauenemanzipation. Besteht das ganze Volk nur aus selbständigen Freidenkern, Persönlichkeiten, will jeder „nach seiner Art selig werden" oder glaubt jeder einzelne eine Patentwahrheit zu besitzen, so gehen wir einem babylonischen Turmbau entgegen, bei dem jeder eine andere Sprache sprach und daher keiner den anderen verstand. Freilich brauchen wir auch Persönlichkeiten, gerade durch den Mangel an großen, selbständigen Männern gehen wir zugrunde. Warum haben wir keine großen Männer? Weil wir zu viele kleine haben. Die Natur wirtschaftet sparsam: sie schenkt entweder einem viel oder vielen wenig. Und weil die Deutschen ein ganz abscheuliches Neidvolk sind und wie die Griechen keinem großen Mann den Vorzug gönnen, so hat sie die Natur mit Blindheit geschlagen, indem sie jeden rotzigen Schuljungen zu einer Scheinpersönlichkeit machte. Aristokratisch ist das nun beileibe nicht, im Gegenteil, es ist typisch sklavisch, neidisch, aufständisch. Der Aristokrat folgt, und selbst wenn er befiehlt, folgt er damit nur einem höheren Befehle. Sogar der König, denn dieser steht unter dem Pflichtbefehle des Herkommens und der Religion.

Werfen wir einen Blick auf die Armee. Strengste Unterwerfung und Gehorsam charakterisieren ihr Gefüge. Ist deshalb die Armee eine seelenlose Maschine? Nein, denn sie besitzt ein eigenes Organ für die Seele, für das selbständige Denken: den Generalstab. Hier ist das Besserwissen nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten, hier kommt man nur über eine Debatte hinweg zu einem Entschlusse. Freilich, ist einmal der Entschluß gefallen, so hört sich das Besserwissen wieder auf. So bei der gesunden Armee, doch das deutsche Volk ahmt das Beispiel der entarteten Armee nach und treibt Soldatenratswirtschaft, bei der das Besserwissen jedem Gemeinen erlaubt ist. Das führt zu einem babylonischen Turmbau und schließlich zur Selbstzerfleischung. Werfen wir andererseits einen Blick auf den menschlichen Organismus: alles Maschine, nirgends Seele. Sogar die Gehirnzellen, die der Leitung von Organfunktionen dienen, sind Maschine. Sie gleichen den „geistigen Arbeitern", die mit dem Kopfe statt mit den Händen arbeiten, aber ihre Tätigkeit und Pflicht bleibt dennoch Arbeit. Nur bei den Denkzellen des Gehirns verhält sich die Sache anders. Hier herrschen Freiheit, Ungebundenheit, keine beruflichen Tätigkeiten, keine Leiter von Organfunktionen, hier denkt das Leben über sich hinaus, hier herrscht nicht Brahma der Erhaltende, sondern Wischnu der Werdende und andererseits auch Schiwa der Zerstörende, der dem Werden freie Bahn schafft. Ins soziale Leben übersetzt: der Denker, die unabhängige Persönlichkeit ist nie Berufsmensch, steht hoch über allen Berufen, Parteien und Ständen. Wir dürfen das sogenannte „arbeitslose Einkommen" nicht in Bausch und Bogen verurteilen. Freilich erzeugt es in den weitaus meisten Fällen ein gänzlich überflüssiges Rentnertum verknöcherter Philister und Spießbürger, andererseits aber ist zu bedenken, [illegible] große Geer nie aus festen Berufen [illegible] und je mechanisierter diese Berufe [illegible] desto weniger. Sobald die Politik a[illegible] Beruf zu werden, verließen die Idea[listen] [illegible] Volkshäuser, um selbstsüchtigen Geschä[ftemachern] den Platz zu räumen. Gedankenflug [und be]rufliche Tätigkeit sind unvereinbare [Gegen]sätze. Wird einmal das Leben so wei[t mechani]siert sein wird, daß jeder gezwungen [ist, scha]blonenmäßig zu arbeiten und einen fest[illegible] zu ergreifen, wird auch die Volksse[ele ge]storben sein. Das freie, selbständige [Denken] wird dann ganz aufhören, denn es w[illegible] mehr Arbeitsbienen, Maschinen, Robo[ter] [illegible] ben, die vergeblich nach dem letzten M[illegible] suchen werden, der noch Seele hat, der[en] Tod ist auch ihr Tod. Wohl ist Arbeit [illegible] aber es muß auch „Drohnen" geben, [illegible] Bienenstaat und Kulturstaat schließen sich [illegible] Denkzellen und Arbeitszellen [mü]ssen im biologischen Gleichgewi[chte] stehen, eines darf das andere ü[ber]wuchern. Überwiegen die Denkzellen, so [ent]steht ein verträumtes Indertum, überwu[chern] die Arbeitszellen, so erhebt sich ein seelenl[oses] Amerikanismus. Beides sind Entartungserscheinungen.

Also Persönlichkeiten sind notwendig, gewi[ß], aber große und — wenige. Bei wichtigen Entscheidungen sollen sie unter sich beraten und nicht den unerquicklichen Streit vor der Menge und vor dem Feinde breittreten. Die Meinungsverschiedenheit soll nicht aus der Beratungsstube hinausdringen und zu Gespött und Hohn Anlaß geben (?) [illegible] Hohngabe dienen. Das ist aristokratische Staatsauffassung. Die Demokratie hingegen muß auf ihre Herde von Neidern Rücksicht nehmen, keiner darf zu kurz kommen, jeder muß gehört, jeder gut gefüttert werden. Nur um Himmelswillen keine Unzufriedenheit unter meinen Parteigenossen, seufzt der Parlamentarier, sonst ist mein Mandat dahin! [Man] lebt ja von der Politik. Und wie gut! [illegible] nie hat [man] soviel verdient. Und je mehr [illegible]

richtung erwiesen. Der klerikale deutschfeindliche „Ambrosiano" setzt seine Lügen über Deutschland fort. Nach einer Berliner Meldung dieses Blattes hätten sich jüngst in München die Prinzen Rupprecht von Bayern und Eitel Friedrich von Preußen mit Hindenburg und Ludendorff zur Wiederherstellung der Monarchie verschworen. Mit Kaiser Wilhelm wären sie im Einverständnis. (Aus welchem marxistischen Verleumderblatt der italienische Korrespondent diese Lüge wohl genommen hat?)

Für das gute Verhältnis zwischen dem Fascismus und der katholischen Kirche legt der Befehl Zeugnis ab, den die Regierung an den Präfekten von Udine zum Schutze des Eucharistischen Kongresses erlassen hat. Der kirchenfeindliche Verein „Giordano Bruno" hatte sich gegen diesen Kongreß gewandt. Daß die Fascisten ihn zu schützen gewillt sind, hat sowohl den „Osservatore Romano" als auch den Vatikan befriedigt. „Popolo d'Italia" entnimmt dem „Corriere d'Italia" einen Aufsatz „Katholizismus und Fascismus", in dem ein katholischer Geistlicher schreibt, Italien müsse sich heute ebenso für den Fascismus erklären wie 1915 für den Krieg, und wie damals die Geistlichen die Soldaten für den Kampf gesegnet hatten, so müßten sie sich heute hinter die neue nationale Kampfbewegung stellen.

Bemerkenswert ist, daß zur Zeit Abteilungen der nationalen Miliz und der „Schwarzhemden" an den Manövern des Heeres am Gardasee teilnehmen. „Popolo d'Italia" veröffentlicht jetzt ständig Nachrichten, Beförderungen usw. der fascistischen Miliz. Lebhaft besprochen wird die Beschlagnahme großer Mengen kommunistischen Propagandamaterials in Mailand und Genua. Es waren dabei Fragebogen über militärische Ausbildung und es stand darin: „Moskau muß wissen, auf welche Kräfte es in Italien rechnen kann." Falsche Pässe für russische Kommunisten wurden ebenfalls gefunden. Revolutionsfragen werden überhaupt mannigfach erörtert. So enthält „Il Resto di Carlino" einen langen Aufsatz über die Girondisten und Jakobiner in der französischen Revolution. Mit dem Italienertum im Ausland befaßt sich „Popolo d'Italia". Nach ihm leben in Argentinien 1 580 000 Italiener. Sie haben dort mehrere hundert Vereine, drei Tageszeitungen und viele Zeitschriften. Im schweizerischen Kanton Tessin sind von 152 000 Bewohnern 142 000 italienischer Sprache. Mit Bedauern wird dort ein Zunehmen der deutschsprechenden Bevölkerung in letzter Zeit festgestellt. Das Deutschtum in Südtirol hat leider wieder schwer zu leiden. Der Name Tirol ist „gesetzlich" verboten worden. Das Bozener Gewerkschaftshaus ist von den Fascisten übernommen worden. Über den Salzburger Tag der deutschen und österreichischen Nationalsozialisten brachten mehrere Blätter kurze Nachrichten ohne Stellungnahme.

Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik

Dem Werke Alfred Rosenbergs (Mark 2,20; zu beziehen durch die Deutschvölkische Buchhandlung, München, Thierschstr. 15) entnehmen wir aus der Behandlung der 11. Sitzung:

„Nach den letzten Weltherrschaftsgedanken wird nun eine Frage angeschnitten, von der sämtliche Europäer und Amerikaner alle Ursache hätten, endlich einmal Notiz zu nehmen. Der Weise von Zion erzählt:

„Wir haben eine unwahre Staatslehre erdacht und sie unermüdlich den Nichtjuden eingeflößt, ohne ihnen Zeit zur Besinnung zu lassen. Das geschah, weil wir unser Ziel nur auf Umwegen erreichen können, da der gerade Weg über die Kraft unserer zerstreuten Stämme geht. Zu diesem Zwecke haben wir die geheimen jüdischen Freimaurerlogen gegründet. Niemand kennt sie und ihre Ziele, am allerwenigsten die Ochsen von Nichtjuden, die wir zur Teilnahme an den offenen Freimaurerlogen bewogen haben, um ihren Stammesbrüdern Sand in die Augen zu streuen."

In alle freimaurerischen Vereinigungen von politischer Bedeutung steht dem Juden der Eintritt offen. Als der internationale Kitt innerhalb der einzelnen nationalen Oriente, als Gastgeber freimaurerischer Werbetätigkeit, als geborener Verschwörer, hat er schon lange maßgebenden Einfluß in allen maurerischen Organisationen (vgl. die betr. Kapitel bei Wichtl und in meiner anfangs angeführten Schrift). Trotzdem hat er es für gut befunden, neben der mehr konfessionell angehauchten Alliance israélite noch eine Reihe anderer rein jüdischer Freimaurerorden zu gründen. Da bestehen z. B. heute die „Söhne Abrahams" und der „Orden der Makkabäer". Der wichtigste von allen ist jedoch der heute vielgenannte Orden Bnei Briß, mit seinem Sitz in Chicago, der in Deutschland allein über 80 Logen zählt, in welchem sich die führenden jüdischen Journalisten, Bankiers, Politiker vereinigen. In ihm sitzen sowohl „religiöse" Juden wie Rassehebräer (Zionisten), zu deren Weltpropaganda sich der Bnei-Briß-Orden durch Unterstützung der alljüdischen Weltanleihe (Keren-Hajessod, d. h. Palästina-Grundfonds) offen bekannt hat.

In der Leitung dieses — heute unter Vorsitz des Juden Krauß arbeitenden — Ordens finden wir alle schon früher genannten Politiker wieder: Morgenthau, Brandeis, Warburg, Elkus, Schiff, Marshall (zugleich Vorsitzender der Neuyorker Kehillah, eines andern großen Judenverbandes). Es ist deshalb verständlich, wenn die „Jewish Chronicle", Nr. 2708 (laut der „Tribune Juive" vom 25. Februar 1921) erklärt, „daß unter allen jüdischen Hilfsorganisationen der Bnei-Briß-Orden „einen der ersten Plätze" einnehme. „Er ist heute die wichtigste jüdische Organisation in den Vereinigten Staaten..." Dr. Epstein (Vorsitzender des Londoner Bezirks) erklärte, daß der Orden immer breit gewesen wäre, „jede nützliche jüdische Sache" zu unterstützen.

Die Bnei-Briß-Brüder betonen in der Öffentlichkeit, bloß humanitäre Zwecke zu verfolgen. Unter sich verstehen sie selbstverständlich das Judentum als solches und haben angesichts der heutigen politischen Macht des Geldjudentums schon kein Hehl mehr aus ihrer alljüdisch-völkischen Einstellung gemacht. So beschloß die 20. Jahreskonferenz des englischen Distrikts am 2. Juni 1921 zu Manchester, sich „mit der zionistischen Weltbewegung" zu „identifizieren" (Jüd. Rundschau, Nr. 45, 1921). Die „deutschen" Brüder haben selbstverständlich keinen Protest dagegen erhoben, obgleich der Zionismus sich mit dem uns heute feindlichen Angelsachsentum vereinigt hat. Noch mehr! Die Großloge für Deutschland hatte schon vorher ein „großes allgemeines jüdisches Hilfswerk" für Palästina zu befürworten beschlossen (Jüd. Rundschau, Nr. 41, 1921). Der englische Beschluß war also nur die offenere Erklärung alljüdischer Ziele.

Angesichts dieser Tatsachen ist es ein Stück echt jüdischer Unverfrorenheit, wenn die Vorsitzenden des deutschen Distrikts, Dr. Koznitzky und San.-R. Dr. Goldschmidt, in einem Schreiben an den Grafen Reventlow erklären, „daß der Orden nach seinen Satzungen sich weder mit politischen, noch mit religiösen Bestrebungen befassen darf und niemals (!) dagegen verstoßen hat". Ferner heißt es mit echt jüdischer Dreistigkeit: „Wahr ist, daß der Orden keine Beziehungen zur Alliance israélite Universelle und auch nicht zum Zionismus hat." Wenige Monate vorher aber hatten die „deutschen" und „englischen" Brr.. offiziell das Palästinawerk begrüßt, zum Teil sich mit dem alljüdisch-politischen Zionismus identifiziert! Zudem sagt der Bericht der Alliance von 1907 auf S. 218: „Mit der Großloge der U.O.B.B. VII... traten wir anläßlich des 25jährigen Großlogen-Jubiläums zum ersten Male in offizielle Beziehungen; die Beziehung wurde bald freundschaftlich um..."

Dann möge in diesem Zusammenhange noch ein Bekenntnis des verstorbenen Präsidenten der deutschen Großloge, Dr. Maretzky, stehen. Er sagt auf S. 335 seiner Reden und Abhandlungen über den Orden: „Unser Bund umspannt die Erde" und in seiner Schrift „Geschichte des Ordens 1882—1907" heißt es auf S. 85: „Liegt es doch in der Ordenstendenz, Israeliten zu vereinigen, jeden Gedanken des Auseinandergehens ganz und gar abzuweisen, liegt doch in der geschlossenen Einheit allein das sichere Fundament der Macht (!), Einfluß (!), Haltung und erfolgreicher Wirksamkeit."

Jeder Unbefangene wird zugeben, daß diese Worte dem Inhalt der Protokolle vollkommen entsprechen. Und daß die frommen Brr.. uns „Ochsen von Nichtjuden", „Sand in die Augen" zu streuen bemüht sind, haben wir soeben gesehen. Nähere Belege würden Bände füllen...

Die Ukraine und Rußland

Das Verhältnis der Ukraine ähnelt sehr dem heutigen Verhältnis Bayerns zur Novemberrepublik. Das alte, rein zentralistische Rußland, hat nach seinem Zusammenbruch eine noch schlimmere zentralistische Diktatur gezeitigt, welche die alten ukrainischen Unabhängigkeitsinstinkte bis zum Extrem auferweckten. Nachstehender Aufsatz gibt die Stimmung dieser ukrainischen Kreise wieder. An der ukrainischen Grenze erscheint eine Zeitschrift „Der ukrainische Kosak", welcher sich eingehend mit unserer Bewegung beschäftigt und auch das — Hakenkreuz als sein Symbol angenommen hat.

Sachlich glauben wir, daß der ukrainische Patriot über die Grenzen des politisch Natürlichen hinwegeht. Wir glauben, daß Großrussen und Ukrainer aus beiderseitigem Interesse heraus sich zu einer mehr föderativen Gestaltung ihres Reiches, nach der Zertrümmerung des jüdisch-bolschewistischen Moskaus, durchringen werden.

Wir werden nächstens auch einem Vertreter der Großrussen das Wort erteilen. Denn es ist notwendig, daß Deutschland die östlichen Probleme auch der Zukunft in Betracht zieht. Es wird von manchem Werte sein.

Die Schriftleitung.

Der Instinkt der nationalen Selbsterhaltung und der Wille, eine selbständige Ukraine zu schaffen, ist nicht in den Köpfen einer kleinen Gruppe der sogenannten Samistijniki" (d. h. Anhänger einer selbständigen Ukraine) entsprungen, oder gar von Deutschland hinverpflanzt worden, wie das gern die Großrussen behaupten, sondern hat eine tiefe historische Begründung.

Wenn wir den geschichtlichen Gang der Ereignisse in der Ukraine verfolgen, besonders vom 16. bis 18. Jahrhundert, so sehen wir, daß diese vom Fürsten Wolkonsky nicht anerkannte Nation ununterbrochen für ihre nationale Selbständigkeit in blutigem Kampfe gestritten hat. Und es wäre doch zum mindesten kühn, behaupten zu wollen, daß die ganze Geschichte eines Volkes und die Namen seiner Führer im Freiheitskampf eine deutsche Erfindung seien. Nein, was gewesen, bleibt auch bestehen; es ist der Volksstamm „Russi", eines der kriegerischsten und freiheitsliebendsten der slawischen Völker.

Die Namen des Hetmans Dimitrij Wyschnewetzki, der gegen Moskau, die Polen und die Türken kämpfte; des Hetmans Sahaydotschny, der die Ukraine gegen dieselben Feinde führte; ebenso Bogdan Chmelnitzki, Iwan Wygowski, Peter Doroschenko, Iwan Mazepa, der unermüdlich den Kampf gegen die großrussische Herrschaft führte, deren Ziel die Unterdrückung der Ukrainischen Selbständigkeit war — verkörpern bloß einige Momente aus der Geschichte der „Ukraine-Russi", die damals sicher nicht unter dem Einfluß des heutigen deutschen Ministeriums des Äußern stand. Wir sehen vielmehr den bewußten Kampf eines Volkes um seine Freiheit. Dessenungeachtet wird der Kampf gegen uns fortgeführt, und die Unkenntnis der Ausländer in bezug auf die Geschichte der Ukraine ausnützend, will man überall beweisen, daß Großrusse und „Kleinrusse" (wie die Moskauer den Ukrainer nennen) ein und dasselbe ist und daß beide zusammengenommen erst Rußland bilden.

Andrerseits begreifen wir auch vollkommen, daß Großrußland allein nicht „Rußland" ausmachen kann, höchstens dem Namen nach. Ebenso gut sehen wir aber auch, daß weder die Ukrainer noch die Finnen, die Kosaken, die Sibirier und all die anderen, die aus der Gesamtzahl der Bevölkerung Rußlands von 250 Millionen doch 170 bis 180 Millionen ausmachen, sich je wieder die unbegründete Herrschaft der Großrussen gefallen lassen werden — um so weniger, als die Großrussen absolut keine kulturellen oder auch nur zahlenmäßigen Voraussetzungen anführen können, die zu einer solchen Vorherrschaft irgendwie berechtigen. Und wenn diese Frage nicht rechtzeitig gelöst wird, so führt dies sicher zu einem Kampf der 180 Millionen gegen 60 Millionen (Großrussen), der sich unter Umständen lange hinziehen kann. Doch wir wollen uns auch hier fragen: wohin würde dieser Kampf uns führen? Wohl kaum zu etwas Gutem. Am schlimmsten, ja man kann wohl sagen geradezu katastrophal, wäre solch ein Kampf für Großrußland. Mit dieser Frage drängt sich uns die andere Frage auf: Was tun und wie einen Ausweg finden? Eine Lösung wäre: Nordrußland soll den Süden in Ruhe lassen und ihm die Möglichkeit einer selbständigen Entwicklung bieten, ohne schon vorher Bedingungen und Einschränkungen bezüglich der späteren Vorherrschaft in Rußland aufzustellen. Diese Frage ist gerade jetzt akut, und nur auf den Augenblick beschränkte Phantasten können sie eine Frage der späteren Zukunft nennen.

Wir wollen uns aber auf die Gegenwart einstellen und die Folgen einer jahrelangen revolutionären Zerstörung in Betracht ziehen. Hierbei zeigt es sich, daß eine Restauration Rußlands nach dem Programm der Großrussischen Gruppe, das die „Unteilbarkeit" Großrußlands, d. h. Rußlands in seiner bisherigen Form, postuliert, ein Ding der Unmöglichkeit ist, da sich bestimmt keine Regierung bilden läßt, ausgenommen vielleicht eine Regierung der Kadetten oder Kerenskianer, die die Verantwortung für alles das übernehmen könnte, was der Revolutionssturm zerstört hat, und die irgendwelche Garantien bieten könnte für die Beschaffung des Allernotwendigsten (und zum Allernotwendigsten ist heutzutage in Rußland fast alles geworden). Dabei muß die Regierung nicht nur an die augenblickliche Not denken, sondern den Aufbau der Zukunft im Auge behalten. Die Lösung dieser Frage ist aber mehr als kompliziert und kann nicht ohne weiteres in Angriff genommen werden.

Aus diesem Grunde muß eben die Ukraine ihren eigenen Standpunkt einnehmen, ihre nationale Abgrenzung betonen und sich Verbündete suchen, die ihr in ihrem inneren wirtschaftlichen Ausbau Hilfe bieten und nicht nationalen Streit und Anarchie in ihre Reihen tragen, wodurch das Ausmisten des von Sowjet-Moskau geschaffenen Augiasstalles unmöglich würde.

Und wenn uns Fürst Wolkonsky anklagt, daß wir, im Bunde mit den Deutschen, Rußland zerstückeln wollen, so können wir ihm nur sagen, daß diese Demagogie doch gar zu durchsichtig ist. Bei uns handelt es sich um Verteidigung unserer Selbständigkeit, — bei den Großrussen — um die Herrschsucht. Sie können sich eben nicht damit abfinden, daß ihre Hegemonie ein für allemal ein Ende gefunden hat — deshalb mögen die Imperialisten mit den Imperialisten gehen — die Unterdrückten gehen mit den Besiegten! —

Ataman Hordienko.

Wie verhält sich der National-Sozialismus zum Privateigentum?

Karl Marx und mit diesem die gesamte marxistische Literatur hat bekanntlich das Eigentum geleugnet, ja geradezu Eigentum als Diebstahl erklärt. Die daraus abgeleitete Forderung war die „Expropriation", d. h. die Enteignung der Besitzer. Eine derartig wirklichkeitsfremde, flach konstruierte Lehre fand naturgemäß ihren besten Nährboden in dem von Heimat und Scholle losgelösten Industrieproletariat.

Völkischem Empfinden widerstrebt eine solche Lehre im Innersten. Der Mensch, der in harter Arbeit dem Boden seine Ernten abringt, der die Wälder urbar macht und durchforstet, der Handwerker, und nicht minder der geistige Arbeiter, sie alle haben ein unbeirrbar richtiges Empfinden für die Berechtigung des Eigentums. Schaffen und Besitzen sind für jeden klar denkenden Menschen gerade unzertrennlich. In richtiger Erkenntnis dieser Bedingungen erkennt der Nationalsozialismus auch grundsätzlich das Eigentum an. Das ehrlich Erworbene durch Fleiß, Tüchtigkeit, besondere Mehrleistungen, durch nutzbringende Erfindungen, Verbesserungen, durch hervorragende Dienste an der Allgemeinheit, erfolgreiche Unternehmungen usw. soll und muß in das freie Eigentum des Erwerbenden übergehen. Im tiefsten Grunde ist ja das Streben nach eigenem Besitz in jedem unverbildeten Menschen vorhanden, allen kommunistischen Lehren zum Trotz. Auch das Sehnen des ärmsten Arbeiters geht danach, einmal irgend etwas seinen eigenen Besitz nennen zu können, sei es nur eine eigene Zimmereinrichtung oder gar ein eigenes kleines Häuschen. Diese unaustilgbare Sehnsucht nach Eigentum, besonders nach Grundbesitz, ist ja gerade die Grundlage für jede Wirtschaft und für jede Kultur überhaupt. Eine Bewegung, die ein durch die marxistische Irrlehre in Klassen zerrissenes Volk vor allen Dingen wieder zu einer lebendigen Volksgemeinschaft zu einen strebt, wird und muß daher das Privateigentum als wesentlichste Voraussetzung des Volksstaates anerkennen.

Die Entstehung des Eigentumsbegriffes hatte nun zur selbstverständlichen Folge die Abgrenzung der verschiedenen Eigentumsverhältnisse durch das Recht. Das jetzt geltende Recht schützt nun aber in einseitiger Weise das Eigentum ohne jede Beschränkung. Hier gehen die Anschauungen des Nationalsozialismus und die im westlichen Kulturkreis üblichen Rechtsvorstellungen auseinander. Seine wirtschaftspolitisch-sittliche Grundforderung lautet: Gemeinnutz vor Eigennutz! — Er fordert, daß „das Eigentum da eine obere Grenze finden muß, wo übergroßer Privatbesitz den Belangen der Allgemeinheit entgegensteht.

Der Kampf des Nationalsozialismus richtet sich dagegen mit aller Schärfe gegen den Überkapitalismus, der in seinem Weltmachtsstreben sich heute schon alle Völker, alle schaffende Arbeit des westlichen Kulturkreises zins- und tributpflichtig gemacht hat.

„Brechung der Zinsknechtschaft" heißt sein Schlachtruf.

Dieser Kampf richtet sich also nicht gegen privates Eigentum, sondern ist nur der Ausdruck für die größte und am tiefsten in alle Völkerschicksale einschneidende Lebensfrage:

„Soll die schaffende Arbeit von der brutalen Geldmacht beherrscht sein, oder soll der Arbeitsertrag den Schaffenden selbst gehören und das Geld wieder werden, was es seiner innersten Natur nach ist: der Diener der Wirtschaft?"

Am besten und klarsten kann die Stellung des Nationalsozialismus aus der folgenden Gegenüberstellung der drei überhaupt möglichen Wirtschaftsformen abgeleitet und erkannt werden.

Die marxistisch-kommunistische Wirtschaftsform geht, wie oben gezeigt, von der Verneinung des Privateigentums aus und führt in gerader Linie zu dem wirtschaftzerstörenden Wahnsinn in Sowjetrußland. Dort ist an einem entsetzlichen Beispiel allergrößten Stiles der schlüssige Nachweis erbracht worden, daß auf dem Grundsatz „alles gehört allen", eine Wirtschaft überhaupt nicht aufgebaut werden kann.

Die deutsche Revolution kommt hier nicht in Frage, denn sie war in wirtschaftlicher Hinsicht nur eine Revolte der „hungrigen" Kapitalisten gegen die gesättigten, unersättlichen Kapitalisten. Eine kommunistische Wirtschaftsreform, die, wie in Rußland, das Privateigentum leugnet, entzieht damit jedem persönlichen Streben den Boden, die verhängnisvolle Phrase der französischen Revolution tut das übrige, um aus lebendigen, hoffenden, freudigen Menschen eine faule, dumpfe Masse zu machen, beherrscht von einem blutsaugerischen Verwaltungsapparat.

Die zinskapitalistische Wirtschaftsform stützt sich einseitig auf Rechtsvorstellungen, wonach dem Privateigentum überhaupt keine Grenzen gezogen sind. Sie ist eine Wirtschaftsform, die insbesondere den Zins als berechtigten Anspruch des Geldbesitzers an den die Arbeit Leistenden hinstellt und zu rechtfertigen versucht. Diese rein privatkapitalistische Einstellung der zinskapitalistischen Wirtschaftsform hat zu einer Verwüstung der Staatsfinanzen in allen Ländern des westlichen Kulturkreises und zu einer restlosen Abhängigkeit der Staaten und Völker von der überstaatlichen Geldmacht geführt. In dieser heutigen Form der zinskapitalistischen Wirtschaft kann erst eigentlich von einer Zinsknechtschaft im weiteren und höheren Sinne gesprochen werden. Wer weiß und sieht, daß die wichtigste Aufgabe der Regierungen das Zins- bzw. Steuereintreiben geworden ist, dem wird erst die ungeheure Bedeutung der heutigen Geldherrschaft und die Bedeutung des Zinsproblems klar. Dieser heutige Zustand ist aber bereits die letzte Vorstufe zu dem Endziel, daß alle Arbeitenden die Zinssklaven für einen Weltgeldherrscher, für den irdischen Gott Mammon werden.

Im bewußten Abwehrkampf gegen diese beiden wirtschaftlichen Extreme strebt der Nationalsozialismus eine Wirtschaftsform an, die schon einmal wirtschaftlicher Grundsatz des deutschen Mittelalters gewesen, und was im deutschen Staatsgedanken lebendig war. Das bedeutet Nationalsozialismus.

Im Rahmen der Gesamtheit und haltmachend vor den Interessen des Allgemeinwohles soll jeder einzelne nach seinen Leistungen und Kräften, nach seinen Fähigkeiten und Anstrengungen die Möglichkeit haben, zu Besitz und Vermögen zu gelangen. Dieser wahrhaft soziale Staatsgedanke ist die Wirtschaftsform, der die nationalsozialistische Staatsidee nahekommen will. Wir wissen, daß dieses Ideal nicht sofort verwirklicht werden kann, wir wissen auch, daß das Heraufführen dieser wirtschaftlichen Seite des Staates keine revolutionäre Aufgabe, sondern eine reformatorische Aufgabe ist im Sinne Steinscher Staatskunst. Für diese Reformen wird Grundlinie sein: keine Erschütterungen in der Wirtschaft zuzulassen, der freien Wirtschaft Gelegenheit zu geben, sich den neuen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen anzupassen. Die Maßnahmen in bezug auf Währungsreform, Steuerwesen, Staatshaushalt, Geldwesen, in bezug auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Finanzierung aller großen staatlichen Aufgaben unter Vermeidung des Anleihweges, die Schaffung öffentlich-rechtlicher Körperschaften für die Finanzierung des Wohnungsbaues, die Maßnahmen zur Sicherung der Inlandswährung gegen die Ausplünderung durch das valutastarke Ausland, die Maßnahmen zur Durchführung eines reibungslosen inneren Geldverkehres, und schließlich als letzte und größte Aufgabe: die Lösung des Staates selbst aus den Fesseln seiner Zinspflicht gegenüber dem Großkapital und die damit verknüpfte Vorsorge zur Milderung der Härten, die durch diese Maßnahmen die Mitläufer der zinskapitalistischen Wirtschaftsordnung treffen würden. Alle diese Aufgaben werden ihre Lösung in der nationalsozialistischen Wirtschaftsreform finden.

Der Nationalsozialismus ist für alle diejenigen, denen Vaterland und Freiheit mehr sind als persönliches Wohlergehen, das Flammenzeichen für das erwachende Großdeutschland. Das Wort „sozialistisch" ist für alle die Gewähr dafür, daß im nationalsozialistischen Staat kein Platz ist für unbegründete Vorrechte jeder Art.

Zeichen der Zeit

Im „Vorwärts", Nr. 393, vom 24. August 1923 können wir folgendes lesen: „Erzberger-Gedenkfeier. Am kommenden Sonntag, den 26. August, dem Todestage des ermordeten Reichsfinanzministers Erzberger, findet in Griesbach eine kleine Gedenkfeier statt. In der Griesbacher Pfarrkirche wird ein Requiem gehalten." Also der antichristliche „Vorwärts" fordert zum Besuch einer christlichen Kirche auf. Die „Bayerische Volkspartei" kann daran ihre helle Freude haben.

*

Es ist leider keine Seltenheit, daß Leute, welche im Kriege, dem Rufe des Vaterlandes folgend, ihre Wertsachen für Papier hingaben — und es waren nicht immer gerade die reichsten, die es taten —, sich heute von anderen als „Deppen" verhöhnen lassen müssen. Kürzlich ist es sogar öffentlich geschehen, nämlich in einem Berliner Blatte. Schrieb doch die „B. Z. am Mittag" in ihrer Nr. 163: „Wie groß der Prozentsatz an Kamelen ist, die ihm schon unterlegen sind, ist statistisch wohl nicht festzustellen. Man sieht immer noch sehr viele heute, die mit eisernen Uhrketten herumlaufen, auf denen steht: ‚Gold gab ich für Eisen'."

Es wird nicht lange dauern, schreiben die „Frankfurter Nachrichten" vom 23. Aug. 23, Nr. 225, mit Recht dazu, und man wird nicht nur diejenigen, welche, weil sie selbst dem Vaterlande sich nicht oder nicht mehr zur Verfügung stellen konnten, wenigstens ihr Gut opferten, sondern auch jene noch verhöhnen, die solche „Kamele" waren, Blut und Leben und Gesundheit hinzugeben oder doch in die Schanze zu schlagen.

*

Der sattsam bekannte frühere Generalmajor Frhr. v. Schönaich sucht sich als neuestes Blatt, in dem er seine Geistesblitze zum besten gibt, die „C. V.-Zeitung" heraus, also die Blätter des „Zentralvereins Jüdischer Staatsbürger Mosaischer Konfession". Liegt schon darin eine Würdelosigkeit sondergleichen, so wird die Sache noch auf die Spitze getrieben dadurch, daß er in einem Leitartikel der Nummer 30 den Geist Fritz Reuters beschwört, und zwar folgendermaßen:

„Die Wahlen in Mecklenburg-Strelitz haben eine erschreckende Zunahme der Deutschvölkischen und Kommunisten gebracht. Das ist besonders erstaunlich im Lande Fritz Reuters, des überzeugten Gegners von Chauvinismus und Radikalismus, dessen dichterische Kunst im Dienst der Freiheit den guten Seiten des Gegners ebenso gerecht wurde wie den schlechten."

Daß Fritz Reuter so etwas ähnliches wie „Erinnerungen an die Franzosenzeit" geschrieben hat, braucht ja der Herr v. Schönaich nicht zu wissen. Für uns genügt es, daß Fritz Reuter ein glühender Patriot gewesen ist, während der Herr Generalmajor v. Schönaich nichts Übleres zu tun weiß, als sich bei Juden und anderen Feinden unseres Volkes anzubiedern.

*

Der neue Außenminister Sollmann hat erklärt, „das Reichskabinett, einschließlich des Reichskanzlers Stresemann, halte die demokratische Republik für die einzige Staatsform, unter der Deutschland leben und seine Wirtschaft entwickeln könne." Der Meinung sind wir auch, daß unser gegenwärtiges Leben in Deutschland und die gegenwärtige Entwicklung unserer Wirtschaft nur in einer demokratischen Republik möglich ist. Sollmann schloß aber seine Rede mit der Behauptung: „Das Kabinett wolle die Hoheitsrechte der deutschen Republik wahren, aber es fühle sich von jedem Nationalismus frei." Einen Nationalismus wird der neuen Regierung ebensowenig wie der alten jemand nachsagen können. Man ist lediglich darauf gespannt, wie die deutsche Republik ohne Nationalismus ihre Hoheitsrechte wahren wird.

Soeben erschien:

Rassenkunde des deutschen Volkes

Mit einem Anhang: Rassenkunde des jüdischen Volkes

Mit 14 Karten und 537 Abbildungen

Dritte, umgearbeitete Auflage

Grundpreis 11,— (mal Buchhandelsschlüsselzahl)

Das Werk über diese Grund- und Kernfrage unseres Volkes

J. F. Lehmanns Verlag, München SW 4

Parteien streiten, desto besser seine Konjunktur. Es wäre den Sozialdemokraten gar nicht recht, wenn sie allein alle Sitze besäßen, denn dann gäbe es keinen Hader, mit dem sie doch dem Volke die Augen auswischen müssen. Einträgliche Prozesse gibt es nur dann, wenn zwei Rechtsanwälte in einem Bauerndorfe sitzen, einer allein macht's nicht, die Rollen müssen verteilt werden. So ähnlich steht es ja in den Protokollen der Weisen von Zion. Aber auch außerhalb des hohen Volks- und Komödienhauses wird gestritten, höchst unwürdig und verräterisch debattiert. Nirgends große, überall viel zu viele kleine Persönlichkeiten, die sich gegenseitig nicht achten können und daher beschimpfen.

Das deutsche Volk ist bisher noch nie richtig erzogen worden. Entweder wurde es verdummt und verdroschen oder verhätschelt und verzogen; stets fehlte die eiserne, ruhige, gerechte, aber unerbittliche Hand des Alleinherrschers. Gewiß, solch ein unerzogener, eigenwilliger Junge muß folgen lernen, und er wird seinem Lehrmeister dafür später die Hände küssen. Wir brauchen einen Marbod, keinen Cheruskerfürsten Armin, der so freiheitlich war, sich für seine dem Vaterlande geleisteten Dienste von dem neidischen Volke umbringen zu lassen. Freiheit ist Gift für uns! Das deutsche Volk hätte die Welt erobern können, wenn es spartanisch erzogen worden wäre. Sogar ein rassisch so einheitliches Volk wie die Spartaner brauchte den Drill. Und nun gar unser Rassengemenge! Solange hier „gleiches Recht für alle" herrscht, muß alles Edle untergehen. Lassen wir in einem Kornfelde der Wicke freien Lauf, so gibt es in einigen Jahren überhaupt keinen Roggen mehr, nur noch Wicke. Ein Bauer würde uns schön auslachen, wenn wir ihm weismachen wollten, die Wicke hätte auch ihr Daseinsrecht, er solle daher freie Konkurrenz walten lassen, „dem Tüchtigen freie Bahn" gewähren. Ist einmal die Zucht da, die das Unkraut zurückdrängt, dann wird es auch nicht mehr an Führern fehlen. Das schädlichste Unkraut aber in den Völkern ist der Jude.

(Fortsetzung folgt.)

Max Reger

Inmitten jener Zeit, die von den Schatten einer heraufziehenden Weltkatastrophe schon verdunkelt wurde, lassen sich in Deutschland, gleichsam unter dem Eindruck eines kommenden Unheils, auch in der Kunst mehrere große Eindrücke einander widerstrebender Bewegungszüge unterscheiden.

Neben den Symptomen der Zersetzung und Auflösung einer äußerlich repräsentativ wirkenden nationalen Richtung schwache Anzeichen einer tief von unten kommenden Erneuerung. Die zweite, äußerlich bis zum Artistentum, unaufrichtig bis zur Verneinung, wurde bewußt aufgegriffen, ausgenutzt, zur Übersteigerung und damit zum Versagen gedrängt. Daneben eine dritte, ebenso bewußte und skrupellose Ausschlachtung der unleugbar vorhandenen wirklichen Kräfte, die, in den Dienst einer zerstörenden Macht gezwungen, gegen sich selbst arbeiteten und sich inzuchtmäßig schwächten.

In keiner Kunst wird dieser dreifache Bewegungszug der Vorkriegszeit so deutlich wie in der Musik (weil die Musik in der Tat Schöngeisterei und ästhetischen Snobismus mehr ablehnt als irgendeine andere), wird er weniger erkannt, in keiner Kunst wird er bis in unsere Tage herein mit ähnlich starken Tatsachen belegt. Wenn man den deutschen Menschen der Nachkriegszeit als unkünstlerisch, als „amusisch" bezeichnen wollte, wäre damit das Ende des einen Bewegungszuges angedeutet. Im Innersten seines Wesens bleibt der Mensch unserer Tage in der Tat künstlerisch indifferent. Lebensnotwendigkeiten, Lebenskampf des einzelnen Volkes und des einzelnen, Politizismus sind die eigentlichen Ursachen dieses Rückganges jeglicher produktiven künstlerischen Betätigung bestenfalls zugunsten der reproduzierenden, der nachschaffenden Kunst oder was man so nennt.

Jene zweite Richtung, deren beste Leistung seit mehr als einem Menschenalter die nachweisbare Ausschlachtung des Traditionell-Völkischen war, rettete in unsere Zeit herüber ein ziemliches Maß von äußerer Regsamkeit und Beweglichkeit, das sich als durchaus übernommen, als entlehnt, als „epigonenhaft" (wie man es in der Politik nennt) darstellt. Unter diesen beiden bewegt sich eine Art neuer oder ebenso erneuter Kunstauffassung mit zunehmender Kraft nach oben, welche, die Zukunft in dunkler Tiefe umschließend, gerade aus der Vergangenheit seiner besten Kräfte absorbiert.

In der Musik stellen sich jene drei Richtungen der Vorkriegszeit in drei Paaren von Namen dar, die man einmal unter dem Gesichtspunkt einer völkisch beengten Kulturgeschichte betrachten muß: Wagner und Strauß, Mahler und Schönberg, Brahms und Reger.

Zweifellos stellt von diesen markanten Künstlern jeder einzelne einen Typus des Menschen dar, der in den dunkelsten Stunden der letzten beiden Menschenalter die kommende Weltkatastrophe ahnen mochte. Daß dabei die Vertreter der antivölkischen zersetzenden Kunstrichtung Mahler und Schönberg als Außenseiter, sozusagen als Beobachter und Abschätzer der kunstpolitischen Entwicklung gelten müssen, erklärt sich aus ihrer inneren und rassischen Beziehungslosigkeit zu den völkischen Entwicklungsinteressen. Mahler und Schönberg standen innerhalb des „Gründungszeitalters" der Jahre nach dem Siebziger Krieg sozusagen als Außenseiter gegenüber in eben dem Maße als Wagner und Strauß, Brahms und Reger mit ihnen als Deutsche verwachsen waren. Die Kunstauffassung, welche in der deutschen Neuromantik und im deutschen Neuklassizismus der achtziger und neunziger Jahre mit intensiver Kraft allerdings nach entgegengesetzten Seiten zum Durchbruch kam, berührte sie nur äußerlich, formell, interessierte sie nur als Mittel zum Zweck. Hätte die Neuromantik innerhalb dieser Zeit gegenüber dem Neuklassizismus nicht, wie es in der Natur ihrer Kunstbetätigung lag, bedeutend an Boden gewonnen, wäre eben nicht sie, sondern die andere künstlerische Richtung Konjunktur geworden und hätte sich eine äußerliche Propaganda gefallen lassen müssen.

Verhältnismäßig frei von aller irritierenden Ausnützung blieb somit nicht die Neuromantik, sondern der deutsche Neuklassizismus. Die Gründe hierfür zu untersuchen, kann nur einer eingehenden Betrachtung wert sein. Jedenfalls wird ihre instinktive Abwehrstellung gegen Zersetzungserscheinungen jederzeit auf Konto ihrer tiefen inneren Gediegenheit, ihrer künstlerischen Abgeschlossenheit und ihrer technischen Vertiefung zu setzen sein. Brahms und Reger als Symbole und bedeutendste Vertreter des deutschen Neuklassizismus sind ohne jede propagandistische Ausschlachtung und Protektion zu dem geworden, was wir an ihnen bewundern.

Allein schon der Mangel einer umfangreichen Literatur, das Versagen der Verlagstätigkeit den Werken dieser beiden Meister gegenüber, weist auf die bewußte Teilnahmslosigkeit der sonst so rührigen, jüdisch-kapitalistischen Kunstpropaganda hin. Man kann diesen heute noch bestehenden Mangel als großen Vorzug werten, besonders in Hinsicht auf die grundsätzliche Einstellung dieser beiden Künstlerpersönlichkeiten in den Rahmen der Musikgeschichte. Hier ist eine große Lücke auszufüllen, die in demselben Augenblick spürbar werden wird, wo unserer Zeit die Bedeutung dieser beiden Künstler für die Musik der Gegenwart und der nächsten Zukunft zum Bewußtsein kommen wird.

Max Reger als die letzte Säule in der Entwicklung der deutschen Musik ist im zweiten Jahre des Weltkrieges gestorben. Er hat damit, wie es vor kurzem so schön ausgedrückt wurde, „ein Ereignis von entscheidender Bedeutung nicht mehr erlebt: die Aufgabe, die ein bitteres Schicksal den Deutschen auferlegt hat, durch Hölle und Fegfeuer, durch Irrungen und Wirrungen den Aufstieg zu einer neuen Höhe zu finden." Über sein ganzes Lebenswerk allerdings sind wie dunkle Schatten über ein sonnenbestrahltes Tal die Ahnungen von dem kommenden Lebenskampf des deutschen Volkes verteilt.

Es ist nicht möglich, die tiefe innere Tragödie dieses Künstlerlebens anders aufzufassen, als unter dieser Erklärung, besonders, wenn man weiß und gelten läßt, mit welcher tiefen, persönlichen Anteilnahme der große Künstler den Kampf des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden mitgekämpft hat.

Freilich laufen in seinem Lebenswerk die Fäden mannigfacher Entwicklung in buntem Wechsel hin und wieder, und doch hat eine höhere Macht jeden ihrer Einzüge geschlagen, hat eine höhere Macht das anderthalbe Hundert seiner Werke unter dem Druck jener Verpflichtung gehalten, die der Künstler als deutscher Mensch noch bis in seine letzten Tage hinein erfüllte. Die Aufrichtigkeit, Reinheit und Stärke seiner künstlerischen Gesinnung erhebt ihn ebenso wie die natürliche Kraft und Inbrunst seiner Werke weit über alle Zeitgenossen.

Eine junge Generation, welche die zehnjährige Welterschütterung unter deren Nachwirkungen die Überreste des vorigen Jahrhunderts bis auf den letzten ausgetilgt worden sind, jetzt jeder Überlieferung ein gerütteltes Maß von Mißtrauen gegenüber. In keinem Falle wird dieser seelische Abstand weniger bemerkbar sein als in den Beziehungen unserer Zeit zu Reger. Nicht seine bewußte Anlehnung an die Vergangenheit der völkischen Kunstpflege und Kunstartung allein wird genügen, um diese Hochachtung restlos zu erklären. Max Reger ist der Schlußstein eines großen Gebäudes, des stolzen Baues einer deutschen Musik, er ist aber mehr als das. Er ist nicht zuletzt infolge seiner rassischen Artung und seiner seelischen Eigenart der Grundstein zu dem neuen Gebäude, welches die deutsche Jugend aufzuführen die Pflicht hat, wenn sie sich ihre völkische und staatliche Existenz mit der Berechtigung und Kraft ihres Lebenstriebes erkämpft haben wird.

Dr. B.

Wie die Schikhin Gebweiler vor den Franzosen rettete (1448)

Es schmeckhete disen Frantzösischen undt Engelländtischen Völckherren der Elsässer Wein, den sie genuegsam ohne Geld khauffen khundten, also wohl, daß sie gedachten noch länger darin zu verbleiben; aber ehe sie sich in die Winterquartier begaben, kamen die Schinder (auch Armagnaken), Arme Gecken genannt, das fürchterlichste Franzosengesindel, das je das Elsaß heimsuchte) in das Elsas hinundter, verharent eine Zeit lang zu Entzisheimb, als dan kamen sie undt nahmen Ruffach ein, Hattstatt, Herlesheimb, Heilig-Creutz, das Schloß und Stättlin Kestenholz; Sant-Pilt hat sich, noch gewehret, undt zwei Stürm abgeschlagen; letztlichen als man ihnen getrauwet (gedroht), so sie das dridte Mal solten stürmen, niemandten zu verschonen, so haben sie sich endtlichen auch mit Beding ergeben miessen.

Gebweiler mieste endtlichen auch an den Tantz undt zwar unvermuethendter Weis, weil man geglaubet sie hielten sich ietzundt still in dem Winterquartier, so kamen sie urblitzlichen mit vierzigtausend Mann, undt lägerten sich unweith unser Frauwen Capellen undterhalb auff Schenckhen Wuest genanndt. Nachdeme der Dalphin (Dauphin, später Ludwig XI. von Frankreich) mit seinen Generalen und Kriegsobristen Rath gehalten, soch er an Sanct Valentini Abendt (13. Februar 1445) in dise Statt undt nach Mitternacht um die drey Uhren gegen den Tag, kamen sie und legten Leitheren (Leitern) an die Ringmauwern auswendtig gegen der hinderen Badstuben, undt stigen auff die Mauwren; und als die Mauwr mit Stein belegt ware, da fielen die Stein auff das Gerüst, daß es ein großes Geboldter undt Getös von sich gabe, ob welchem die Wächter erwachten (dan sie hatten sich in die Badstuben in die Wärme gelegt, weilen es selbige Nacht sehr kalt ware); die Wächter fiengen an zu schrrüwen und machten einen großen Lärmen, also das die Leith aus dem Schlaf erwacheten, und luffen alle dem Geschreüw zu.

In dessen aber war ein wackhers Weib in der Statt, mit Namen Bridt (Brigitte) Schikhin; sie liess ihr das Heil der Statt wohl angelegen seyn; die selbige nahm etlich Wellen Stroh undt luff auff den Prediger Gang, zündete dasselbige Stroh an, wurffe solches mit großem Geschreüw über die Mauwren hinaus in den Stattgraben, ab welchem ein solcher Forcht und Schräckhen undter den Feind kame, das er eilligst widerumb zurückh, den Schinberg hinauf undt die Flucht nahme, nicht ohne sonderbare Schickhung Gottes.

(Nach Stöber, Sagen des Elsasses.)

Theater

Staatstheater. Mittwoch, den 29., und Donnerstag, den 30. August, bleibt das „Residenztheater" wegen Umbaus geschlossen. Im Künstlertheater wird an beiden Tagen Shakespeares „Maß für Maß" gegeben.

Der Herr Georg Bernhardt [illegible] der „Vossischen Ztg.“ hat in Nr. 391 eine „Gerade Linie“ entdeckt. Dirnach ist auch „das Kabinett Stresemann nicht sakrosankt“. Vermutlich deshalb, weil auch Juden in ihm sitzen oder, nach der Meinung des Herrn Bernhardt, weil zu wenig darin sind. Herr Bernhardt ist Redakteur, und zwar ein jüdischer, drum darf er „geradlinig“ erklären. „Ein Redakteur hat kein Vorrecht vor anderen Bürgern. Und wenn er zu gesetzwidrigen Handlungen auffordert, so muß er sich gefallen lassen, daß er wegen der besonderen Gemeingefährlichkeit seines Tuns auch an weiteren ähnlichen Äußerungen gehindert wird.“ Das Kabinett Stresemann ist sicherlich ebensowenig „sakrosankt“ wie sein Vorgänger, denn sonst hätte der Jude Georg Bernhardt schon längst hinter Schloß und Riegel gesetzt werden müssen.

*

„Nicht ohne Gründe hat Poincaré auf das Beispiel Österreichs verwiesen, dessen Fall völlig hoffnungslos zu liegen schien, und das heute ein Schoßkind der internationalen Finanz zu werden im Begriffe ist.“ So steht zu lesen in der alljüdischen „Vossischen Ztg.“, Nr. 397 vom 23. August 1923. Wie wohl sich Österreich im Schoße der Internationalen (d. h. jüdischen Finanz) fühlt, läßt sich ja denken. Offener hätte die „Vossische Ztg.“ die Ziele der internationalen Finanz nicht beschreiben können.

Inflation?

Wir haben in Deutschland keine Inflation!
Helfferich.

Der Kreis der neuen Steuertheoretiker ist nach den Bilanzausweisen der letzten Tage, die ein undurchdringlich düsteres Bild von der gegenwärtigen Finanzlage Deutschlands entworfen haben, völlig verstummt. Allein der Umstand, daß das Reich vor einigen Tagen über 100 Billionen Mark für Gehälter gezahlt hat, daß 177 Billionen Mark diskontierter Schatzanweisungen am 15. August zu Lasten der Reichsbank standen, daß neuerlich eine Verpfändung des Goldbestandes der Reichsbank in Höhe von 80 Millionen Goldmark erfolgte (so daß das im Ausland befindliche Golddepot nur noch 10 Millionen Goldmark beträgt), haben den großsprecherischen Wirtschaftspolitikern des neuen Kabinetts jede Sprache geraubt.

Die berühmte Verteidigungsrede des Reichsbankpräsidenten Havenstein, welche im Interesse der deutschen Finanzgebarung viel früher hätte kommen müssen, zeigte, daß das Programm des Herrn Hilferding zunächst graue und nichts als graue Theorie bleibt und bleiben muß. Daß Herr Havenstein erklärte, die entscheidende Ursache des Anschwellens unserer Papiermark sei in der Anhäufung der diskontierten Schatzanweisungen in Händen der Reichsbank zu suchen, die diese Kredithingabe damit rechtfertigte, daß ja eigentlich der Umfang dieser Kredite kaum mehr als 100 Millionen Friedensmark betrage gegenüber „einem Friedensportefeuille von rund 1 Milliarde“, läßt den weiteren Schluß zu, daß die dem Reich gewährten Kredite (welche doch nach Havenstein der Hauptgrund unserer Staatsinflation sind) auch nicht höher als 300 Millionen Friedensmark ausmachen. Solche theoretische Umrechnungskünste zeigen eine große Ähnlichkeit mit der berühmten Feststellung des deutschnationalen Börsenmannes Helfferich: wir hätten eigentlich in Deutschland keine Inflation...

Damit erklärt sich die offizielle Haltung des Reichsbankpräsidenten und des Reichsbankdirektoriums der Inflationspolitik und Kredithandhabung gegenüber mit völliger Deutlichkeit. Man kann bei gutem Willen nur so und nicht anders das geradezu skrupellose Finanzgebaren des Zentralnoteninstituts zur Begünstigung der Privat- und Staatsinflation eben aus dieser finanztheoretischen Einstellung des Reichsbankleiters erklären.

Daß die Rückwirkung des Havensteinsystems auf den Etat eine Ordnung des Staatshaushaltes nicht nur hintangehalten, sondern in einer Weise unmöglich gemacht wird, die sich in der ungeheuren Vermehrung der schwebenden Schuld äußert, wird auch dem oberflächlichen Beurteiler klar werden. Die Zickzackpolitik und abwartende Haltung der Reichsbank, die Herr Havenstein mit den Worten rechtfertigte, daß „die Reichsbank die im Gange befindliche Entwicklung nicht führen dürfe, sondern sich darauf beschränken müsse, sehr vorsichtig und sozusagen tastend zu folgen“, wirft ein grelles Licht auf die pathologische Entschlußlosigkeit und Unfähigkeit der verantwortlichen Stellen durch zielbewußte und diktatorische Maßnahmen die Belange der Allgemeinheit gegenüber der Diktatur einzelner Wirtschaftskreise zu vertreten.

Die Großindustrie und der Großhandel finden in dem Verharren der Reichsbankleitung und der von ihr inspirierten Regierungsstellen für ihre Schlechtgeldpolitik bis auf den heutigen Tag die denkbar beste Unterstützung. Das [illegible] auch durch die sogenannten Kreditreformen des neuen Finanzministers nicht behoben oder auch nur gebessert werden. Die Entwicklung der Wirtschaft in der Richtung zur Goldmark und zur Wertbeständigkeit ist schon seit Monaten in einer Weise fortgeschritten, daß sie zur unmittelbaren und denkbarst schweren Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, des Einzelhandels und aller der Kreise führte, die auf Leben und Tod auch heute noch mit der Papiermark verbunden sind. Dagegen ist nichts geschehen. Die Reichsbank hat die Zügel schleifen lassen, bis das Fehlen wertbeständiger Geldformen zu Störungen nicht nur des Geldumlaufs der Marktverhältnisse, sondern zu unmittelbaren Anzeichen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs geführt hat. Nun soll eine „Vertiefung und Verstärkung der Wertbeständigkeitsbasis“ durchgeführt werden, die nach „beweglichen Vorschlägen“ in der Ausgabe von Geldnoten ihr Ende finden müßte. In dieser Richtung ist ja von der früheren Regierung schon beabsichtigt worden, die kleineren Stücke der jetzt aufliegenden Goldanleihe als wertbeständige Zahlungsmittel zu verwenden. Man kann darüber nicht im Zweifel sein, daß die bisher und auch noch hier eingeschlagene Politik der theoretischen Hinterhältigkeit dazu angetan ist, das tiefe, allzu tiefe Mißtrauen weitester Volkskreise gegenüber allen sogenannten „Maßnahmen“ oder „drakonischen Repressalien“, die jetzt angestrebt werden sollen, aufrecht zu erhalten.

Es handelt sich auch bei einer Umgestaltung der deutschen Finanzpolitik nicht um einen Personenwechsel innerhalb des Zentralnoteninstituts oder einer „Reform an Haupt und Gliedern“, sondern um weit, weit mehr.

Auch heute noch ist eine solche Reform von jeder außenpolitischen Situation unabhängig. Sie ist eine Angelegenheit der staatspolitischen Energie und des guten Willens. Den neuen Männern gegenüber aber kann das deutsche Volk keine andere Stellung einnehmen als jene, die sich in die Worte fassen läßt: Sprecht, wessen soll man sich von Euch versehen? H. B.

Die wirtschaftliche Lage Japans

(Von unserem ständigen Berichterstatter.)

London, 25. Aug. 1923.

Die wirtschaftliche Lage läßt in Japan noch viel zu wünschen übrig. Es scheint sogar, daß die Krise, unter der alle Länder nach dem Kriege zu leiden gehabt haben, dort jetzt erst recht zum Ausbruch kommt. Von einer Besserung, wie sie sich z. B. in den Vereinigten Staaten und anderen weniger direkt vom Kriege mitgenommenen Ländern bemerkbar macht, ist im Lande der aufgehenden Sonne jedenfalls nichts zu sehen. Das ist in der Hauptsache auf zwei Umstände zurückzuführen: einmal ist eins der wichtigsten Ausfuhrprodukte Japans, nämlich Seide, besonders stark durch die Krise getroffen, und zweitens hat der Kriegs-„boom“ in Japan in mehrfacher Beziehung einen anderen, gefährlicheren Charakter gehabt als in den übrigen Ländern. In Europa sowohl wie in den Vereinigten Staaten von Amerika war ein großer Teil der industriellen Tätigkeit auf die Kriegsindustrien gerichtet. In Japan dagegen hatte man die Hände frei, um auf so ziemlich allen Gebieten die industrielle Produktion und die Ausfuhr zu vergrößern. Die natürliche Folge davon ist, daß man jetzt nach dem Kriege in Japan mehr als wo anders die erwachende Konkurrenz des Auslandes fühlt. Der auswärtige Handel Japans ist infolgedessen letzthin zurückgegangen, und die meisten Industrien erleiden schwere Verluste. Es handelt sich bei diesem Lande nicht um die Frage der verminderten Kaufkraft der inländischen und der ausländischen Märkte, sondern um den vollständigen Verlust weiter Absatzgebiete, die man sich unter besonderen Umständen erworben hatte, und von denen man sich hätte sagen müssen, daß sie wieder verloren gehen würden, sobald die Zustände für die übrige Welt sich wieder normaler gestalteten.

Diese Zustände sind außerdem dadurch verschlimmert worden, daß das japanische Bankwesen sich durchaus nicht seiner Aufgabe gewachsen zeigte. Es war vor dem Krieg stark dezentralisiert. Es gab damals in Japan nicht weniger als 2155 Banken. Das amerikanische Federal Reserve Board hat jüngst eine Studie über das japanische Bankwesen veröffentlicht, in welcher festgestellt wurde, daß in der letzten Zeit eine gewisse Konzentration eingetreten ist, aber trotzdem bestanden Ende 1921 doch noch 2000 Banken in Japan, viele davon sind natürlich ganz kleine Unternehmungen, die kaum den Namen „Banken“ verdienen. Ende 1920 hatten 1046 Banken noch ein Kapital von weniger als 50 000 Pfund Sterl. Schon unter normalen Umständen muß das Bestehen einer so großen Anzahl kleiner, nicht kontrollierter Banken eine Quelle von Schwierigkeiten bilden, wie vielmehr in Zeiten wie den gegenwärtigen. Die häufigen Bankkrachs, die aus Japan gemeldet werden, erklären sich daraus, und ihre Bedeutung darf daher auch nicht überschätzt werden. Natürlich gibt es in Japan auch eine Anzahl großer Banken, die einen Weltruf haben. Die Zahl der Banken mit einem Kapital von mehr als einer Million Yen stieg von Ende 1913 bis Ende 1920 von 165 auf 495, und die der Institute mit mehr als 10 Millionen Yen von 14 auf 43.

In Japan gibt es zwei Klassen von Banken, die allgemeinen, und die, welche zu besonderen Zwecken durch besondere Gesetze eingerichtet sind. Zu dieser letzten Kategorie gehören 52 Banken, darunter 46 industrielle, landwirtschaftliche und Hypothekenbanken. Dazu ist auch die Bank von Japan zu rechnen und die Yokohame Specia Bank. Die Bank von Japan ist im Gegensatz zu europäischen Zirkulationsbanken berechtigt, auch alle möglichen anderen Geschäfte zu machen. Die Yokohame Specia Bank ist hauptsächlich zur Finanzierung des auswärtigen Handels aufgerichtet worden und befaßt sich auch mit den Operationen der Regierung im Ausland.

Die Schwierigkeiten, mit denen Japan in den letzten Jahren zu kämpfen gehabt hat, können nicht auf einen übertriebenen Gebrauch der Notenpresse zurückgeführt werden, denn das Verhältnis der Golddeckung hat sich nicht verschlechtert, sondern der Goldvorrat hat sich enorm vergrößert, hauptsächlich durch Zufuhr aus dem Ausland während der Kriegsjahre. Ende Mai dieses Jahres besaßen die Bank von Japan und die japanische Regierung zusammen 1 797 000 000 Yen in Gold gegen 314 000 000 Ende 1914. Die Golddeckung der im Umlauf befindlichen Noten beträgt jetzt 80%. Dieser ungewöhnlich große Goldvorrat war zuerst der Anlaß ausgebreiteter Kreditgewährungen und Ursache eines ungesunden Optimismus, denen dann natürlich um so härter empfundene Rückschläge folgten.

Die sich auf den ausländischen Handel beziehenden Zahlen sind noch sehr unbefriedigend. Das Preisniveau ist jedoch in den letzten anderthalb Jahren viel stabiler geworden. Die Inderziffer war im Mai 199 gegen einen Durchschnitt von 196 im Jahre 1922. Daraus schöpft man die Hoffnung, daß Handel und Industrie das ärgste überstanden haben. Eine wirkliche Besserung kann jedoch nicht erwartet werden, ehe die Zustände in Europa sich nicht ändern, und auch dann kann Japan nicht auf die Beibehaltung an Märkten rechnen, die es unter abnormen Verhältnissen gewann.

Die Juden in der „Einheitsfront“

Die „Frankfurter Nachr.“ melden aus Limburg a. d. L.: Zu dem Vorfall auf dem Bahnhof Eschhofen bei Limburg, wobei mehrere Viehhändler wegen Benützung des französischen Regiezuges von Nassau nach Limburg a. d. L. vom deutschen Publikum verprügelt wurden, wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Die Viehhändler **Saly Landau, Saly Heilbronn, Salomon Hofmann** aus Nassau und der Händler **Strauß** aus Miehlen (also alles Juden) hatten den französischen Regiezug bis Limburg benützt und wollten von Eschhofen aus den deutschen Zug bis Gießen benützen. Sie wurden auf dem Bahnhof Eschhofen von Mitreisenden wegen ihres undeutschen Verhaltens verprügelt. Die Händler liefen darauf nach Limburg zurück und machten hier die französische Besatzungsbehörde mobil. Es begab sich ein größeres Gendarmerieaufgebot nach dem unbesetzten Eschhofen und forderte von dem Bürgermeister unter Androhung schwerer Sanktionen die sofortige Namhaftmachung der Prügler. Der Bahnhofsvorsteher von Eschhofen, **Bohländer**, sollte wegen der gleichen Angelegenheit verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt werden, konnte sich aber seiner Festnahme im letzten Augenblick durch die Flucht ins unbesetzte Gebiet entziehen. Die Namen einiger anderer Viehhändler, die wegen ihres gleichfalls undeutschen Verhaltens auch verprügelt wurden und ebenfalls die französische Besatzungsbehörde mobil machten, werden gegenwärtig noch festgestellt.

Man sieht also auch aus diesem Vorfall, wie gut sich die Juden im besetzten Gebiete mit den Franzosen zu stellen wissen. Bei der Gelegenheit drängt sich einem übrigens die Feststellung von selbst auf, daß unter den Zehntausenden ausgewiesener Pfälzer und Hunderttausenden ausgewiesener Deutschen aus dem übrigen besetzten Gebiete sich in der Pfalz nach amtlichen Unterlagen kein einziger ungetaufter Jude befindet, im sonstigen Rheinland nur ein Bankier Levi aus Mainz. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete ist daher der Meinung, daß die Juden von der französischen Regierung einen Freibrief, eine Zusicherung besitzen, daß sie durch die Okkupation nicht weiter belästigt werden. So erhalten denn auch die Juden stets anstandslos Brückenpässe, wogegen die Deutschen schikaniert und offen verhöhnt werden. Sollte es auch „Zufall“ sein, daß die französische Delegation in Speyer zum größten Teil aus Juden besteht?

Letzte Nachrichten

Aus dem Ruhrgebiet.

tu. **Gelsenkirchen**, 28. Aug. **Die Franzosen besetzten heute auf Zeche „Zentrum“ die Schächte 1–3 und 5. Wie aus Westerholt gemeldet wird, haben die Franzosen auf den Ruhrgrundstücken des dortigen Wasserwerkes einen Exerzierplatz eingerichtet.**

Eine englische Lektion für die Franzosen.

tu. **Hamm**, 28. Aug. Am Samstag erschien auf der französischen Kommandantur eine englische Kommission aus Solingen, die gegen die Unterbrechung der Strecke Vohwinkel–Solingen — die Franzosen hatten mit der Zerstörung dieser Strecke sowie Vohwinkel–Langendreer begonnen — **scharfen Einspruch erhob und die Franzosen zwang, noch am gleichen Tag sämtliche Gleise wieder herzustellen.**

Da in der letzten Zeit auf dem Bahnhof in Vohwinkel zahlreiche Reisende mit ordnungsgemäß ausgestellten Geleitscheinen von den Franzosen nicht durch die Sperre gelassen wurden, hat die englische Besatzungsbehörde angeordnet, daß in jedem Zuge, der von Köln abgelassen wird, oder von Vohwinkel nach Köln fährt, englische Soldaten mitfahren und darauf achten, daß den mit englischen Geleitscheinen fahrenden Personen von den Franzosen keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Die „Times“ zum Reparationsproblem.

tu. **London**, 28. Aug. Die „Times“ setzen heute an leitender Stelle auseinander, daß die schwebenden Aussprachen in der Reparationsfrage, wenn sie auch bisher keine Verständigung ergeben haben, doch bereits in deutlichen Umrissen die Forderungen von England und Frankreich einerseits und die konkreten deutschen Zahlungsvorschläge andererseits haben hervortreten lassen. Jetzt sei eine gewisse Pause notwendig, um die bisherigen Ergebnisse der Aussprachen unter den Alliierten und mit Deutschland sorgfältig zu prüfen, bevor eine neue Anstrengung gemacht werde, um die europäischen Probleme zu lösen.

„Beschlagnahmte“ Gemeindegelder.

tu. **Weitmar**, 28. Aug. Die Franzosen hatten die Gemeinde Weitmar wegen eines Unfalls im französischen Automobilpark zu einer Geldstrafe von 500 Franken verurteilt. Da die Gemeinde die Zahlung ablehnte, beschlagnahmten die Franzosen aus der Gemeindekasse 185 Mill. Mark.

Ein Aufruf der rheinischen Verräter

tu. **Paris**, 28. August. Die Pariser Blätter veröffentlichten heute früh in großer Aufmachung einen neuen Aufruf der Direktion der rheinischen Separatistenpartei „Freies Rheinland“, im Anschluß an die Ereignisse in München-Gladbach. In diesem Briefe an die Besatzungsbehörde wird ausgeführt, daß die rheinische Separatistenpartei in München-Gladbach eine Demonstration für das unabhängige Rheinland als einem Pfand des Friedens und der Versöhnung der Völker abgehalten habe. Der Brief beruft sich darauf, daß die französische und belgische Besatzungsbehörde die Versammlung vorher genehmigt hatte und gibt alsdann eine Schilderung der bekannten Vorgänge. Sodann fordert die Direktion der rheinischen Separatistenpartei in dem Schreiben Belgien und Frankreich auf, der Friedfertigkeit der von einem wahren Versöhnungswunsche beseelten Rheinländer jede mögliche moralische und wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren.

Reichsbahn und Geldentwertung.

tu. **Berlin**, 28. Aug. Mit Rücksicht auf die mit der Geldentwertung zusammenhängende zahlenmäßige Steigerung aller Ausgaben hat der Reichsverkehrsminister unter Zustimmung des Reichskanzlers vom 1. September ab die Schlüsselzahl im Personenverkehr von 150 000 auf 600 000, im Güterverkehr von 1,2 Millionen auf 1,8 Millionen heraufgesetzt. Gleichzeitig den Ausnahmetarife für Obst und Gemüse eingeführt werden. Kartoffeln werden heute schon zu einem Fünftel des normalen Tarifsatzes, also weit unter den Selbstkosten, befördert.

Der Reichsverkehrsminister teilt mit: Die Geldentwertung zwingt auch die Reichsbahn, auf die rechtzeitige Bezahlung ihrer Leistungen zu dringen, um so auch für ihren Teil die Inflation abzudämmen. Das gilt namentlich hinsichtlich des Einganges der Frachten. In erster Linie ist deshalb eine Änderung des jetzigen Stundungsverfahrens in Aussicht genommen. Außerdem wird vom 1. September ab für Frachten, die nicht vom Versender bei Aufgabe des Frachtgutes, sondern beim Empfang des Gutes vom Empfänger durch Überweisung erlegt werden, ein Zuschlag von 10 Proz. zur tarifmäßigen Fracht erhoben.

Ein Erwerbslosenkrawall.

tu. **Plauen**, 28. Aug. Während am Montag nachmittag im Stadtverordnetensitzungssaal des hiesigen Rathauses im Beisein eines Regierungsvertreters eine Beratung zwischen Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände über die Arbeitslosigkeit stattfand, versammelten sich einige tausend Arbeitslose vor dem Rathaus und forderten durch eine Kommission eine Wirtschaftsbeihilfe von 5 Mill. für für jeden Verheirateten und 3 Millionen für jeden Verheirateten und 3 Mill. für jeden Unverheirateten, ein Verlangen, das die Versammlung nicht zu erfüllen vermochte. Als von der Polizei das Rathaus gesäubert wurde, wuchs die Erregung so, daß die Menge eine größere Anzahl Fensterscheiben im Lichthof des Rathauses zertrümmerte. Eine später herangezogene Abteilung Sicherheitspolizei zerstreute die Menge.

Ein Zeitungsverbot.

tu. **Hamburg**, 28. Aug. **Die Hamburger Polizeibehörde hat, wie der Nordische Nachrichtendienst meldet, die „Hamburger Volkszeitung“ auf drei Tage verboten, weil sie zur Vorbereitung von Gewalttätigkeiten aufgefordert hat.**

Die Staatsarbeiterlöhne.

tu. **Berlin**, 28. Aug. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, fand heute im Reichsfinanzministerium die allwöchentliche Verhandlung über die Anpassung der Staatsarbeiterlöhne an die Geldentwertung statt. Gegenüber den bisherigen Verhandlungen trat heute zum erstenmal eine neue Praxis in der Handhabe des Wertbeständigkeitsabkommens in Kraft. Bis jetzt wurde in den Verhandlungen einmal der Lohn auf Grund einer geschätzten Inderzahl festgesetzt, der am Freitag der folgenden Woche zur Auszahlung kam, gleichzeitig der Lohn der Vorwoche auf Grund der amtlichen Inderzahl nachgeprüft und endgültig geregelt. Dieses Verfahren brachte es mit sich, daß der Lohn der Vorwoche nachträglich immer wieder in größerer Höhe valorisiert werden mußte. Um diesen Mißstand zu beseitigen, wird im Einverständnis mit den Organisationen jeden Dienstag auf Grund zuverlässiger indexmäßiger Unterlagen der Lohn festgestellt, der am Freitag der laufenden Woche zur Auszahlung kommt. Nachträgliche Valorisationen werden dadurch im allgemeinen kaum mehr nötig sein.

Russischer Protest an Polen.

tu. **Warschau**, 28. Aug. Der russische Bevollmächtigte in Warschau, Obolenski, hat dem polnischen Außenminister eine scharfe Note übergeben, worin gegen die Zurückhaltung von 317 russischen Bürgern in Gefängnissen protestiert wird, da sie laut Vereinbarung schon vor einem halben Jahre gegen polnische Staatsbürger hätten ausgetauscht werden müssen.

Die Ermordung Daskalows.

tu. **Prag**, 28. Aug. Der Mörder des gewesenen bulgarischen Innenministers und späteren Gesandten in Prag, Daskalow, erklärte, er sei stolz darauf, Daskalow getötet zu haben. Da sich in Bulgarien zu dem Attentat keine Gelegenheit bot, sei er nach Prag gereist, wo es ihm erst nach längerer Zeit gelungen sei, Daskalow ausfindig zu machen. Das Untersuchungsverfahren wurde inzwischen eingestellt, der Täter wird dem Gericht überliefert.

Ungarische Informationsreise nach Genf.

tu. **Budapest**, 28. Aug. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, er werde in den nächsten Tagen nach Genf reisen, um außerhalb der Völkerbundskonferenz mit den anwesenden Vertretern der Großmächte und der Kleinen Entente über die ungarische Anleihefrage Verhandlungen zu pflegen, sich über die Konferenzbeschlüsse von Sinaia zu orientieren und auch mit dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch eine Unterredung zu haben. Der Finanzminister werde ihn auf seiner Reise begleiten. Graf Bethlen will während seiner Anwesenheit in Genf alle maßgebenden Stellen darüber aufklären, daß die Frage der ungarischen Anleihe dringend sei. Es handle sich dabei nicht allein um eine ungarische Frage, sondern um die Konsolidierung Mitteleuropas.

Ende des Generalstreiks in Athen.

tu. Athen, 28. Aug. Der Generalstreik ist nunmehr endgültig beendet. Sämtliche Arbeiter haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Regierung zugesichert hatte, daß sie ihre, anläßlich des Ausstandes erlassenen Ausnahmegesetze wieder zurücknehmen werde.

Kämpfe zwischen Arabern und Hebräern.

tu. **Jerusalem**, 28. Aug. **Im Tale des Tigris in der Nähe von Beisan, entspann sich gestern ein heftiger Kampf zwischen Arabern und Juden. Zehn Juden wurden verwundet, fünf davon sehr schwer.**

Die japanische Kabinettskrise.

tu. **Tokio**, 28. Aug. **Wie hier verlautet, sollen der gegenwärtige Justizminister Okanano und der Gouverneur von Korea, Admiral Srito, mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden.**

Aus München

Endgültig freigesprochen.

München, 28. Aug.

Das Schöffengericht beim Amtsgericht München verurteilte bekanntlich am 4. September 1922 unsere Pg. Berthold, Drexler, Körner und Schüßler zu 20 Millionen Geldstrafe wegen der Verausgabung unserer Geldscheine. Rechtsanwalt Roder legte Berufung ein, worauf die Strafkammer beim Landgericht München I die sämtlichen Herren am 6. Juni 1923 freisprach. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision zum Obersten Landesgericht ein. Bei diesem Gericht fand heute die Revisionsverhandlung statt. Der Generalstaatsanwalt erklärte es für zweifelhaft, ob hier Inhaberpapiere vorliegen, und überließ die Entscheidung dem Gericht, ohne einen bestimmten Antrag zu stellen. Rechtsanwalt Roder beantragte die Zurückweisung der Revision, das Oberste Landesgericht verwarf dann auch die Revision des Staatsanwaltes und überbürdete die Kosten der Staatskasse.

Ein Leichenschänder.

Am Samstag verbreitete sich in Schwabing das Gerücht von der Festnahme eines Mannes, der sich in das Leichenhaus in Schleißheim eingeschlichen hatte und dort an weiblichen Leichen seine Geschlechtslust befriedigte und den Leichen Geschlechtsteile entfernte. Auf Erkundigung erfahren wir folgendes: Am Samstag wurde ein an der Herzogstraße wohnhafter, verheirateter Schlosser verhaftet, der in Schleißheim im Leichenhaus überrascht wurde, als er sich an einer dort aufgebahrten Leiche einer 30 Jahre alten Schreinersfrau sittlich verging. Bei der Einvernahme gestand er dies zu und erklärte, daß er dies schon seit drei Jahren betreibe. Als er bei den Fliegern in Schleißheim diente, sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen, als er im Leichenhaus eine Frau aufgebahrt sah. Er ließ sich zum erstmaligen Eintritt in das Leichenhaus einen Schlüssel geben und gab sich als Verwandter der Toten aus. Um öfters dort eintreten zu können, fertigte er sich dann selbst einen Schlüssel an und kam so öfters, wenn Frauenleichen im Leichenhause lagen, dorthin, seine Geschlechtslust zu befriedigen. Diese Krankheit sei ein Erbstück seiner Mutter, die, als sie in gesegneten Umständen sich befand, immer Leichenhäuser aufsuchte. Schon mit 12 Jahren hatte er den Drang nach weiblichen Leichen.

Gewährung einer Nachzahlung für Sozialrentner. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 14. August haben die Bezüge der Sozialrentner eine grundsätzliche Änderung und Erhöhung erfahren. Die Höchstgrenzen der Normalunterstützung werden jeweils an die Reichsinderziffer für Lebenshaltung automatisch angeglichen. Auf Grund der gleichen Verordnung ist den Sozialrentnern für die erste Hälfte des August eine erhöhte Nachzahlung zu leisten. Da die Ausführungsbestimmungen des Sozialministeriums noch nicht erschienen sind, beschloß der Stadtrat in der heutigen Plenarsitzung, den Rentnern eine Abschlagszahlung auf diese Nachzahlung zu gewähren, und zwar zunächst in runden Beträgen in Höhe von 6 Millionen für jeden Alters- und Invalidenrentner, 3,5 Millionen für Witwen- und Witwerrentner und 3 Millionen für Waisenrentner. Der Gesamtaufwand für diese Auszahlung errechnet sich auf rund 54½ Milliarden, davon entfallen auf das Reich 80 Prozent, die Stadt hat zu tragen nahezu 11 Milliarden, die vorbehaltlich der Einstellung in die nächste Deckungsvorlage bewilligt wurden, so daß die Auszahlung alsbald erfolgen kann.

*

Teuerungsbeihilfe für Armenunterstützungsempfänger. Der Stadtrat genehmigte in seiner heutigen Plenarsitzung, daß die Armenunterstützungsempfänger eine einmalige Teuerungszulage von 3 Millionen Mark ausgezahlt erhalten. Die erforderlichen Mittel von rund 17½ Milliarden sind bei der nächsten Deckungsvorlage mit zu genehmigen.

Das öde Haus

Novelle von E. Th. A. Hoffmann.

Ihr wißt, daß ich den ganzen vorigen Sommer in ***n zubrachte. Die Menge alter Freunde und Bekannten, die ich vorfand, das freie gemütliche Leben, die mannigfachen Anregungen der Kunst und der Wissenschaft, das alles hielt mich fest. Nie war ich heitrer, und meiner alten Neigung, oft allein durch die Straßen zu wandeln, und mich an jedem ausgehängten Kupferstich, an jedem Anschlagzettel zu ergötzen, oder die mir begegnenden Gestalten zu betrachten, ja wohl manchem in Gedanken das Horoskop zu stellen, hing ich hier mit Leidenschaft nach, da nicht allein der Reichtum der ausgestellten Werke der Kunst und des Luxus, sondern der Anblick der vielen herrlichen Prachtgebäude unwiderstehlich mich dazu antrieb. Die mit Gebäuden jener Art eingeschlossene Allee, welche nach dem ***ger Tore führt, ist der Sammelplatz des höheren, durch Stand oder Reichtum zum üppigeren Lebensgenuß berechtigten Publikums.

In dem Erdgeschoß der hohen breiten Paläste werden meistenteils Waren des Luxus feilgeboten, indes in den obern Stockwerken Leute der beschriebenen Klasse hausen. Die vornehmsten Gasthäuser liegen in dieser Straße, die fremden Gesandten wohnen meistens darin, und so könnt ihr denken, daß hier ein besonderes Leben und Regen mehr als in irgendeinem andern Teile der Residenz stattfinden muß, die sich eben auch hier volkreicher zeigt, als sie wirklich ist. Das Zudrängen nach diesem Orte macht es, daß mancher sich mit einer kleineren Wohnung, als sein Bedürfnis eigentlich erfordert, begnügt, und so kommt es, daß manches von mehreren Familien bewohnte Haus einem Bienenkorbe gleicht.

Schon oft war ich die Allee durchwandelt, als mir eines Tages plötzlich ein Haus ins Auge fiel, das auf ganz wunderliche seltsame Weise von allen übrigen abstach. Denkt euch ein niedriges, vier Fenster breites, von zwei hohen schönen Gebäuden eingeklemmtes Haus, dessen Stock über dem Erdgeschoß nur wenig über die Fenster im Erdgeschoß des nachbarlichen Hauses hervorragt, dessen schlecht verwahrtes Dach, dessen zum Teil mit Papier verklebte Fenster, dessen farblose Mauern von gänzlicher Verwahrlosung des Eigentümers zeugen. Denkt euch, wie solch ein Haus zwischen mit geschmackvollem Luxus ausstaffierten Prachtgebäuden sich ausnehmen muß. Ich blieb stehen und bemerkte bei näherer Betrachtung, daß alle Fenster dicht verzogen waren, ja daß vor die Fenster des Erdgeschosses eine Mauer aufgeführt schien, daß die gewöhnliche Glocke an dem Torwege, der, an der Seite angebracht, zugleich zur Haustüre diente, fehlte, und daß an dem Torwege selbst nirgends ein Schloß, ein Drücker zu entdecken war. Ich wurde überzeugt, daß dieses Haus ganz unbewohnt sein müsse, da ich niemals, niemals, so oft und zu welcher Tageszeit ich auch vorübergehen mochte, auch nur die Spur eines menschlichen Wesens darin wahrnahm.

Ein unbewohntes Haus in dieser Gegend der Stadt! Eine wunderliche Erscheinung und doch findet das Ding vielleicht seinen natürlichen einfachen Grund, daß der Besitzer auf einer lange andauernden Reise begriffen oder auf fernen Gütern hausend, dies Grundstück weder vermieten noch veräußern mag, um, nach ***n zurückkehrend, augenblicklich seine Wohnung dort aufschlagen zu können. — So dacht' ich, und doch weiß ich selbst nicht, wie es kam, daß bei dem öden Hause vorüberschreitend ich jedesmal wie festgebannt stehenbleiben und mich in ganz verwunderliche Gedanken nicht sowohl vertiefen als verstricken mußte. — Ihr wißt es ja alle, ihr wackeren Kumpane meines fröhlichen Jugendlebens, ihr wißt es ja alle, wie ich mich von jeher als Geisterseher gebärdete und wie mir nur einer wunderbaren Welt seltsame Erscheinungen ins Leben treten wollten, die ihr mit derbem Verstande wegzuleugnen wußtet!

Nun! Zieht nur eure schlauen, spitzfindigen Gesichter, wie ihr wollt, gern zugestehen darf ich ja, daß ich oft mich selbst recht arg mystifiziert habe, und daß mit dem öden Hause sich dasselbe ereignen zu wollen schien, aber — am Ende kommt die Moral, die euch zu Boden schlägt, horcht nur auf! — Zur Sache! —

Eines Tages, und zwar in der Stunde, wenn der gute Ton gebietet, in der Allee auf und ab zu gehen, stehe ich wie gewöhnlich, in tiefen Gedanken hinstarrend vor dem öden Hause. Plötzlich bemerke ich, ohne gerade hinzusehen, daß jemand neben mir sich hingestellt und den Blick auf mich gerichtet hatte. Es ist Graf P., der sich schon in vieler Hinsicht als mir geistesverwandt kundgetan hat, und sogleich ist mir nichts gewisser, als daß auch ihm das Geheimnisvolle des Hauses aufgegangen war. Um so mehr fiel es mir auf, daß, als ich von dem seltsamen Eindruck sprach, den dies verödete Gebäude hier in der belebtesten Gegend der Residenz auf mich gemacht hatte, er sehr ironisch lächelte, bald war aber alles erklärt. Graf P. war viel weiter gegangen als ich, aus manchen Bemerkungen, Kombinationen usw. hatte er die Bewandtnis herausgefunden, die es mit dem Hause hatte, und eben diese Bewandtnis lief auf eine solche ganz seltsame Geschichte heraus, die nur die lebendigste Fantasie des Dichters ins Leben treten lassen konnte.

Es wäre wohl recht, daß ich euch die Geschichte des Grafen, die ich noch klar und deutlich im Sinn habe, mitteilte, doch schon jetzt fühle ich mich durch das, was sich wirklich mit mir zutrug, so gespannt, daß ich unaufhaltsam fortfahren muß. Wie war aber dem guten Grafen zumute, als er mit der Geschichte fertig, erfuhr, daß das verödete Haus nichts anderes enthalte, als die Zuckerbäckerei des Konditors, dessen prachtvoll eingerichteter Laden dicht anstieß. Daher waren die Fenster des Erdgeschosses, wo die Öfen eingerichtet, vermauert und die zum Aufbewahren des Gebackenen im obern Stock bestimmten Zimmer mit dicken Vorhängen gegen Sonne und Ungeziefer verwahrt. Ich erfuhr, als der Graf mir dies mitteilte, so wie er, die Wirkung des Sturzbades, oder es zupfte wenigstens der allem Poetischen feindliche Dämon den Süßträumenden empfindlich und schmerzhaft bei der Nase. — Unerachtet der prosaischen Aufklärung mußte ich doch noch immer vorübergehend nach dem öden Hause hinschauen, und noch immer gingen im leisen Frösteln, das mir durch die Glieder bebte, allerlei seltsame Gebilde von dem auf, was dort verschlossen. Durchaus konnte ich mich nicht an den Gedanken der Zuckerbäckerei, des Marzipans, der Bonbons, der Torten, der eingemachten Früchte usw. gewöhnen.

Eine seltsame Ideen-Kombination ließ mir das alles erscheinen wie süßes, beschwichtigendes Zureden. Ungefähr: „Erschrecken Sie nicht, Bester! wir alle sind liebe süße Kinderchen, aber der Donner wird gleich ein bißchen einschlagen.“ Dann dachte ich wieder: „Bist du nicht ein recht wahnsinniger Thor, daß du das Gewöhnlichste in das Wunderbare zu ziehen trachtest, schelten deine Freunde dich nicht mit Recht einen überspannten Geisterseher?“ — Das Haus blieb, wie es bei der angeblichen Bestimmung auch nicht anders sein konnte, immer unverändert, und so geschah es, daß mein Blick sich daran gewöhnte, und die tollen Gebilde, die sonst ordentlich aus den Mauern hervorzuschweben schienen, allmählich verschwanden. Ein Zufall weckte alles, was eingeschlummert, wieder auf.

Daß, unerachtet ich mich, so gut es gehen wollte, ins Alltägliche gefügt hatte, ich doch nicht unterließ, das fabelhafte Haus im Auge zu behalten, das könnt ihr auch bei meiner Sinnesart, die nun einmal mit frommer, ritterlicher Treue am Wunderbaren festhält, wohl denken. So geschah es, daß ich eines Tages, als ich wie gewöhnlich zur Mittagsstunde in der Allee lustwandelte, meinen Blick auf die verhängten Fenster des öden Hauses richtete. Da bemerkte ich, daß die Gardine an dem letzten Fenster, dicht neben dem Konditorladen, sich zu bewegen begann. Eine Hand, ein Arm kam zum Vorschein. Ich riß meinen Operngucker heraus und gewahrte nun deutlich die blendend weiße, schön geformte Hand eines Frauenzimmers, an deren kleinem Finger ein Brillant mit ungewöhnlichem Feuer funkelte, ein reiches Band blitzte an dem in üppiger Schönheit gerundeten Arm. Die Hand setzte eine hohe, seltsam geformte Kristallflasche hin auf die Fensterbank und verschwand hinter dem Vorhange.

Erstarrt blieb ich stehen, ein sonderbar banglich wonniges Gefühl durchströmte mit elektrischer Wärme mein Inneres, unverwandt blickte ich herauf nach dem verhängnisvollen Fenster, und wohl mag ein sehnsuchtsvoller Seufzer meiner Brust entflohen sein. Ich wurde endlich wach und fand mich umringt von vielen Menschen allerlei Standes, die, so wie ich, mit neugierigen Gesichtern heraufguckten. Das verdroß mich, aber gleich fiel mir ein, daß jedes Hauptstadtvolk jenem gleiche, das zahllos vor dem Hause versammelt, nicht zu gaffen und sich darüber zu verwundern aufhören konnte, daß eine Schlafmütze aus dem sechsten Stock herabgestürzt, ohne eine Masche zu zerreißen.

Ich schlich mich leise fort, und der prosaische Dämon flüsterte mir sehr vernehmlich in die Ohren, daß soeben die reiche, sonntäglich geschmückte Konditorsfrau eine geleerte Flasche feinen Rosenwassers v. s. auf die Fensterbank gestellt. — Seltner Fall! — Mir kam urplötzlich ein sehr gescheuter Gedanke. — Ich kehrte um und geradezu ein, in den leuchtenden Spiegelladen des dem öden Hause nachbarlichen Konditors.

Mit kühlendem Atem den heißen Schaum von der Schokolade wegblasend, fing ich leicht hingeworfen an: In der Tat, Sie haben da nebenbei Ihre Anstalt sehr schön erweitert. — Der Konditor warf noch schnell ein paar bunte Bonbons in die Viertelstüte, und diese dem lieblichen Mädchen, das darnach verlangt, hinreichend, lehnte er sich mit aufgestemmtem Arm weit über den Ladentisch herüber und schaute mich mit solch lächelnd fragendem Blick an, als habe er mich gar nicht verstanden. Ich wiederholte, daß er sehr zweckmäßig in dem benachbarten Hause seine Bäckerei angelegt, wiewohl das dadurch verödete Gebäude in der lebendigen Reihe der übrigen düster und traurig absteche. „Ei, mein Herr!“ fing nun der Konditor an, „wer hat Ihnen denn gesagt, daß das Haus nebenan uns gehört? — Leider blieb jeder Versuch, es zu acquirieren, vergebens, und am Ende mag es auch gut sein, denn mit dem Hause nebenan hat es eine eigne Bewandtnis.“

Ihr, meine treuen Freunde, könnt wohl denken, wie mich des Konditors Antwort spannte, und wie sehr ich ihn bat, mir mehr von dem Hause zu sagen. „Ja, mein Herr!“ sprach er, „recht Sonderliches weiß ich selbst nicht davon, soviel ist aber gewiß, daß das Haus der Gräfin von S. gehört, die auf ihren Gütern lebt und seit vielen Jahren nicht in ***n gewesen ist. Als noch keins der Prachtgebäude existierte, die jetzt unsere Straße jetzt zieren, stand dies Haus, wie man mir erzählt hat, schon in seiner jetzigen Gestalt da, und seit der Zeit wurd' es nur gerade vor dem gänzlichen Verfall gesichert. Nur zwei lebendige Wesen hausen darin, ein steinalter, menschenfeindlicher Hausverwalter und ein grämlich lebenssatter Hund, der zuweilen auf dem Hinterhofe den Mond anheult. Nach der allgemeinen Sage soll es dem öden Gebäude häßlich spuken, und in der Tat, mein Bruder (der Besitzer des Ladens) und ich, wir beide haben in der Stille der Nacht, vorzüglich zur Weihnachtszeit, wenn uns unser Geschäft hier im Laden wach erhielt, oft seltsame Klagelaute vernommen, die offenbar sich hier hinter der Mauer im Nebenhause erhoben. Und dann fing es an, so häßlich zu scharren und zu rumoren, daß uns beiden ganz graulich zumute wurde. Auch ist es nicht lange her, daß sich zur Nachtzeit ein solch sonderbarer Gesang hören ließ, den ich Ihnen nun gar nicht beschreiben kann. Es war offenbar die Stimme eines alten Weibes, die wir vernahmen, aber die Töne waren so gellend klar, und liefen in bunten Kadenzen und langen, schneidenden Trillern so hoch hinauf, wie ich es, unerachtet ich doch in Italien, Frankreich und Deutschland soviel Sängerinnen gekannt, noch nie gehört habe. Mir war so, als würden französische Worte gesungen, doch konnt' ich das nicht genau unterscheiden, und überhaupt das tolle, gespenstige Singen nicht lange anhören, denn mir standen die Haare zu Berge. Zuweilen, wenn das Geräusch auf der Straße nachläßt, hören wir auch in der hintern Stube tiefe Seufzer, und dann ein dumpfes Lachen, das aus dem Boden hervor zu dröhnen scheint, aber das Ohr an die Wand gelegt, vernimmt man bald, daß es eben auch im Hause nebenan so seufzt und lacht. —

Fortsetzung folgt!

Geheimnisse des Redaktionszimmers der „Humanité" und die „deutsche" Sozialdemokratie

Von Martell Amboß.

…t hat im deutschen Volke zu Beginn des … Völkerringens, Anfang August 1914, sich …ßerordentlichem Maße über das Zerfallen …roten Internationale und die Stellung …ranzösischen Sozialisten zu der Verteidi… ihres Landes überrascht gezeigt. In zahl…en Aufsätzen konnte man damals die „Sinn…igkeit von internationalen Abmachungen … Art, wie sie seit Jahren auf internationalen …zialistenkongressen beliebt wurden", z. B. den …uttgarter von 1906, beleuchtet finden, die …rin gipfelten, daß neben vielen anderen Auf…ben „Kriege, die aus ‚kapitalistischen Inter…en' heraus geboren wurden, das internatio…le Proletariat zu verhindern haben werde". …cht ganz so geschlossen, wie sich von Anfang … — unserem deutschen Auge zunächst erkennt…h — die französische Sozialdemokratie hinter …re Regierung stellte, war es anfänglich bei …n „deutschen" Sozialdemokraten, somit konnte … nicht ausbleiben, daß man in diesen Schrif…n, hämisch oder schadenfroh, gönnerhaft oder …mutternd, je nach der politischen Stellung … betr. Schreibers, auf den Wert solcher inter…tionaler Abmachungen hinwies, dabei die ent…rechenden Schlußfolgerungen für unsere …ozialdemokratie zog. Erst nachdem die deutsche …zialdemokratische Partei am 4. August durch …ewilligung der Kriegskredite öffentlich do…menticrte, daß sie willens sei, in der Stunde …r Gefahr an der Verteidigung des Landes …ilzunehmen, verstummten diese Stimmen und …e Sozialdemokratie schien „eine rein deutsche …rbeiterpartei" geworden zu sein.

So urteilte man damals und glaubte zu…reffend zu urteilen. Die Internationale schien … praxi ein für allemal erledigt und nur …ünstigenfalls ein Sammelpunkt weltfremder …ealisten zu werden. Und doch, man war …llständig auf dem Holzwege, man hatte …ündlich vorbeigeurteilt. Von falschen Voraus…ungen ausgegangen, mußte man eo ipso … falschen Schlußfolgerungen gelangen.

Doch ehe wir weiterschreiten, wollen wir …nächst des besseren Verständnisses halber die …aktik des sozialdemokratischen Parteivorstan…s in der zweiten Julihälfte 1914 und die …altung der deutschen Regierung dieser gegen…ber noch kurz kennenlernen. Diese illustriert …ielleicht am treffendsten eine Auslassung des …üheren Berichterstatters des „New States…man" (in der Nummer vom 25. Aug. 1914):

„Nachdem nun der Krieg ausgebrochen, …ann ich eine Indiskretion begehen und einen …orfall erzählen, über den vorher meine Lip…en verschlossen waren. In der deutschen reak…ionären Presse war eine Bewegung zur Unter…rückung sozialistischer Friedensversammlungen …tstanden mit der Begründung, sie schwäch…n die Politik des Landes. Am Morgen …s Tages, an welchem die Versammlungen …ttfinden[1], wurde ein wichtiges Mitglied der …zialdemokratischen Partei zum Minister des …nnern berufen und ihm dort eröffnet, daß …e Regierung nicht nur nicht die Absicht habe, …e Friedensversammlungen zu verbieten, son…rn daß sogar alle Vorsichtsmaßregeln gegen …re etwaigen Störungen ergriffen würden, und …ß die Regierung hoffe, die Sozialisten wür…n ihre Bewegung mit der äußersten Energie …etzen. Das geschah bis zu dem Augenblick, … der Kriegszustand erklärt (1. August, 7 Uhr …ends, d. Verf.) und eine weitere Tätigkeit …tzlos wurde."

Die Richtigkeit dieser Darstellung wurde seit…r durch einen Brief bestätigt, den der eng…sche Arbeiterführer Ramsay Macdonald von …nem deutschen Sozialistenführer über Schwe…n erhalten hat. (S. 119, Hermann Lutz: „Ein gerechter Engländer über die Schuld am …riege.")

Halten wir also fest: Anläßlich ihrer Protest…rsammlungen in der letzten Julihälfte 1914 …gen den Krieg wird am 25. Juli 1914, mor…ns, dem sozialdemokratischen Parteivorstand …nen Vertreter, regierungsseitig, also von der …aiserlichen Regierung, mitgeteilt, daß diese …ie Protestversammlungen billigt und deren …twaige Störung unterbinden wird. Auf Grund …ieser regierungsseitigen Zusicherung am Mor…n lief dann abends die vorstehend mitgeteilte …zialdemokratische Entschließung vom Stapel, …r sich dann 3 Tage später die der deutschen …ektion der internationalen Liga für Men…henrechte anschloß.

Hieraus mußte zumindest — sie hatte aber …uch sonst noch gute Verbindungen! — die …arteileitung der Sozialdemokratischen Partei …ie Überzeugung gewinnen, daß die kaiserliche …egierung nicht kriegsdurstig war. — Und sie …atte sie gewonnen. Trotzdem schickte dieselbe …arteileitung Mittelsleute wenige Tage später …ach London, Brüssel und Paris in besonderer …ission.

Hermann Müller

…ekam, infolge auch seiner französischen Sprach…enntnisse, die Route Brüssel-Paris.

In Brüssel, dem Sitz der Internationalen, …urde ihnen ein soeben eingetroffenes Schrei…en Jean Jaures aus Paris vom 29. Juli 1914 …n Vandervelde vorgewiesen, worin es u. a. …örtlich heißt:

„… Es läge in der Macht der französischen …egierung, Rußland am Kriege zu verhindern. …ber man sucht den Krieg, den man schon …ange spürte. Hier treiben alle schädlichen …räfte zum Kriege, den man zur Erfüllung …ines krankhaften Ehrgeizes führen will und …eil die Börsen von London und Paris auf Petersburg spekulieren …"

Hierdurch mußte Herr Hermann Müller zu…mindest die Überzeugung gewinnen, wo die wahren Kriegslustigen saßen und danach sein …erhalten einstellen, wenn er in Paris an…angte.

Wie er es tat, werden wir gleich sehen, zu…leich aber auch erkennen, welches das Ziel …der der Zweck seiner Reise war, selbst wenn …r uns nicht den Satz Davids in dem Recht…tigungsschreiben der deutschen Sozialdemo…ratie an die Rumpf-Internationale in Genf, …uli 1920, zu eigen machen:

„Die deutsche Revolution, die mit der Herr…aft des persönlichen Regiments, des Mili…rismus und des Alldeutschtums aufräumte, … zum Unglück der Welt (!), ganz besonders …ch des deutschen Volkes selbst (!) um fünf …hre zu spät gekommen. (!) Ihr nicht schon …her den Weg gebahnt zu haben, ist die …uld, deren wir deutschen Sozialdemokraten …s anklagen müssen."

…arum die Sozialdemokraten nicht „früher", etwa bei Ausbruch des Krieges, der Revolution die Bahn ebneten, werden wir noch sehen.

So hatten sich die Dinge im Redaktionszimmer der Pariser „Humanité" abgespielt, die von eminenter Bedeutung für unser ganzes deutsches Volk werden und die nicht ohne Einfluß auf den Verlauf und das Ende des Krieges bleiben sollten, nicht zum wenigsten zu dem furchtbaren Haß und der Verleumdung beitrugen, unter denen unser ganzes deutsches Volk während der langen Dauer des Krieges gelitten hat. Niemals würde der Krieg wohl eine solche Dauer gehabt, nie einen solchen Haß geboren, nie solche Opfer erfordert haben, ohne die Verpflichtungen, die, nach protokollarischen Aufzeichnungen des französischen Sozialisten Renaudel, die deutsche sozialdemokratische Partei auf sich genommen hat. Erst wenn man dieses Protokoll kennt[2], versteht und begreift, man auch die verräterische Haltung der Partei des börsianischen Judentums während des Krieges, ihre Spaltung und ihre Minierarbeit in der Heimat und im Heere, die ja dann endlich zu dem völligen Zusammenbruch des Heeres und des Landes führte.

Der Sachverhalt ist folgender: In der Sitzung im Redaktionszimmer der Pariser „Humanité" waren anwesend die französischen Mehrheitssozialisten Sembat und Renaudel, einige radikale Genossen und der deutsche Parteiangehörige Hermann Müller.

Während in besagter Sitzung am 31. Juli 1914 Sembat und Renaudel sich verpflichteten, nur dann für die Kriegskredite zu stimmen, wenn Frankreich augenscheinlich der angegriffene Teil sei, verbürgte sich, wie bereits erwähnt, im Namen des deutschen Parteivorstandes ohne jede Einschränkung, wie sie Renaudel und Sembat beliebten, **Hermann Müller wie folgt: „… wir werden auf keinen Fall (!) für die Kriegskredite stimmen. Es kommen für uns nur zwei Möglichkeiten in Betracht, entweder Ablehnung der Kredite oder Stimmenthaltung. In beiden Fällen wird die Partei einmütig vorgehen …"** Also ohne jede Prüfung einer eventuellen „Würdigkeit" oder Schuldlosigkeit der deutschen Regierung, gab es für die Hintermänner Müllers nur Kreditverweigerung oder Stimmenthaltung, nur keine Hilfe für ihr Land. Ohne jede Einschränkung, wie sie die französischen Genossen beliebten, lege man sich glatt fest, hoffend im stillen Herzenskämmerlein, daß durch dieses „forsche Vorgehen" die französischen Genossen mitgerissen würden. Das läßt ja auf die Stellung und Bekämpfung der Regierung durch die Partei in Friedenszeiten interessante Schlüsse zu.

Müller kehrte zurück, Jaures wurde ermordet, und die deutsche Partei enthielt sich nicht nur nicht der Stimme, verweigerte nicht nur nicht die Kriegskredite, sondern bewilligte diese. Man hat damals, in völliger Verkennung des Wesens der Partei und ihrer Ziele, die Kreditbewilligung für eine brave patriotische, im Sinne Bebels geschehene Tat gehalten. So unverständlich nun die Erklärung Müllers in Paris war, so unverständlich bleibt aber auch, weshalb, entgegen der in Paris eingegangenen Verpflichtungen, die Auftraggeber Müllers plötzlich anderen Sinnes wurden. Am 3. August 1914 abends tagte die sozialdemokratische Fraktion in Berlin und nahm gegen 14 Stimmen bei einer Gesamtstärke von 110 eine Entschließung an, die besagt, daß man die Kriegskredite bewilligen wolle. Zweifellos steckt hinter ihrem Umfall in Rücksicht auf die machtvolle Stimme der Erhebung des ganzen deutschen Volkes, um die ewig denkwürdigen Tage des 4. August, die Besorgnis, daß man bei einer Kreditverweigerung schließlich parteitaktisch einen Fehlschlag von unverzeihlicher Größe beging.

Der jüdische „Genosse" Wurm hatte ganz recht, wenn er am 4. August abends sagte: „Wenn wir die Kriegskredite abgelehnt hätten, wären wir nicht bis ans Brandenburger Tor gekommen, unsere eigenen Arbeiter hätten uns totgeschlagen."

Die Bewilligung der deutschen Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie im Reichstage wirkte wie eine Bombe in Paris. Man fühlte sich in Paris düpiert, schändlich angelogen und hielt die Herren des Parteivorstandes im Dienste der kaiserlichen Regierung stehend, also bestochen. Eine spätere Rechtfertigung des Parteivorstandes durch einen Mittelsmann über die Schweiz besorgt, fand keine Gnade mehr im Taumel der sich überstürzenzenden Ereignisse. Die Wirkung konnte ja auch nur verschlimmert werden. „Wer einmal lügt" usw.

Sagte nicht am 29. August 1920 noch in der französischen Kammer der Abgeordnete Brunet, „daß die deutschen Sozialisten mit der Bewilligung der Militärkredite nicht ihre Pflicht erfüllten, sondern ein Verbrechen begangen hätten, welches auf der ganzen Menschheit laste"?

Der französische Minister Viviani sagte am 31. Juli 1914, abends 7 Uhr, dem deutschen Botschafter, er sei in keiner Weise über eine angebliche Totalmobilisierung der russischen Armee und Flotte unterrichtet. Daß dies eine bewußte Unwahrheit ist, zeigte zu vielen anderen Beweisen die Zeitung „Prawda" am 9. März 1919. Nach einem Geheimtelegramm des russischen Ministers Iswolski war ein die „volle Mobilisation der russischen Armee ohne jede Ausnahme bestätigendes Telegramm des französischen Botschafters in Paris eingetroffen, und zwar schon am Morgen des 31. Juli. (Siehe auch „Deutsches Weißbuch", 1919, Seite 61.) Eine Tatsache, die auch Poincaré stets und auf alle mögliche Art und Weise zu verschleiern, abzuschwächen oder zu leugnen sucht unter Berufung auf seine den Kriegsfall zu verhindern suchende Schritte gegenüber Rußland.

Am 31. Juli 1914, abends, telegraphierte übrigens der englische Botschafter auch die Mission Hermann Müllers nach London. — — Und am 31. Juli 1914, abends, sagte der französische Unterstaatssekretär des Auswärtigen zu einer Abordnung sozialistischer Deputierter: „Alles ist aus!" (Aussage eines von ihnen im Prozeß gegen den Mörder von Jaurès, Villaine. Vgl. Demartial, Seite 4).

Warum der französische Unterstaatssekretär dies sagte und ob mit Recht, verrät uns Lord Haldane, der im Juli 1919 vor der Kohlenkommission etwas ganz anderes über die englische Mobilisierung sagte als im Jahre 1918, 29. November, vor dem Bedford College. Da sagte er, wir mobilisierten am Montag, den 3. August, 11 Uhr morgens, 36 Stunden früher, ehe wir den Krieg erklärten.

Vor der Kohlenkommission im Juli 1919 sagte Lord Haldane: „Am Freitag, den 31. Juli 1914 (also dem Tage der Anwesenheit Müllers in Paris und zweifellos nach Erhalt der Depesche des englischen Botschafters in Paris, (…s. d. Verf.) mobilisierte das Kriegsamt infolge Ersuchens des Premierministers (Herbert Asquith) die Kriegsmaschine, mit der ich (Haldane war Kriegsminister) bekannt war. Befehl zu geben, dauerte mir einige wenige Minuten. Alles war Jahre zuvor vorbereitet. Die Truppentransporte waren in 48 Stunden fertig!"

Übrigens ist es außerordentlich interessant, die beiden Auslassungen Haldanes miteinander zu vergleichen, um zu erkennen, wie England in den Krieg, um ein Wort Lloyd Georges zu gebrauchen, mit vollem Bewußtsein und mit Grazie „getaumelt" ist.

Doch auch hiervon genug. Daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie am Abend des 3. August 1914 entgegen den Verpflichtungen des Parteivorstandes, dessen Vorsitzender Herr Fritz Ebert war, die Kriegskredite bewilligte, ist nur zum Teil auf Konto der machtvollen nationalen Erhebung jener denkwürdigen ersten Augusttage zu setzen. Der Hebräer Kurt Eisner und neben ihm noch andere Israeliten bestürmten in Briefen, persönlich und telephonisch die Parteileitung, vorzüglich aus Rache gegen das antisemitische Rußland, dessen Niederlage sie wünschten und um die aus dem Kriege geschwächt hervorgehende Militärpartei Deutschlands besser treffen zu können, daß die Partei die Kriegskredite bewillige. Wenige Wochen später mußten dem jüdischen Abgeordneten Haase doch gewisse Mitteilungen über eine Festlegung des Parteivorstandes zugegangen sein. In einer Unterredung mit dem jüdischen Abgeordneten Bernstein, die dieser dann in der „Zukunft" Ende 1914 schilderte, ohne natürlich sich in die Details zu verlieren, die ihm schließlich auch noch nicht bekannt sein konnten, beschloß auch Bernstein, sich der Richtung Haase anzuschließen.

Direkt nach dem Bekanntwerden der Kreditbewilligung durch die deutsche sozialdemokratische Fraktion im Reichstage setzte nun die ganze internationale sozialistische Presse zu einem furchtbaren Schimpffeldzuge gegen die deutsche Partei, und, nach dem Einmarsch in Belgien, gegen Deutschland ein. Die imperialistische Presse der ganzen Welt aber nutzte nun sofort die günstige „Konjunktur" aus. Das Wasser war ihnen ja über alles Erwarten günstig auf ihre Mühlen gelaufen, und auch die pazifistische Presse fand durchgängig nur Worte des Tadels über solche Hinterhältigkeit. Der Chorus der so vereinten gegnerischen Presse war nun jeder Rücksichtnahme überhoben.

Erstmalig wurde das Protokoll auf dem im Februar d. J. in Bern stattfindenden Internationalen sozialistischen Kongreß und da von Renaudel, am Eröffnungstage, direkt nach der Begrüßungsrede Brantings, bekannt. Mit dieser Bekanntgabe erreichte der Kongreß seinen dramatischen Höhepunkt, und mit Recht konnte Renaudel versichern — damals führten ja die U.S.-Leute in Deutschland das Szepter — kein französischer Sozialist habe mehr Vertrauen zu den Leuten um Ebert und Scheidemann. Demütig ihr pater peccavi stammelnd, bettelten die deutschen Sozialisten dort in Bern um Vertrauen, und wiesen, ihr Vaterland weiter beschmutzend, um des Wohlergehens der Partei zuliebe und der internationalen Verbrüderungsziele willen, auf ihre Taten zur Beendigung des Friedens hin. Diese „Taten" sind männiglich bekannt, die kommenden Geschlechter, bis in die fernsten Zeiten, werden den Parteigrößen, die aus Parteiegoismus und politischem Machthunger ihr Vaterland in der Stunde höchster Gefahr entweder verrieten oder beschmutzten, fluchen. Aber man war ja vaterlandslos, dies war ja ein „Ehrentitel" für die „führenden" Größen eines Teils, erfreulicherweise nicht der ganzen deutschen Arbeiterwelt.

Nun aber heraus mit der Erklärung: „Wer hat den Angehörigen der deutschen sozialdemokratischen Partei nach Paris geschickt und jene folgenschwere Erklärung abgeben lassen?"

Zu der Erklärung Müllers im Auftrage des deutschen sozialdemokratischen Parteivorstandes in Paris am 31. Juli 1914 vergleiche man die verschiedenen Buntbücher unseres Landes und die unserer Gegner, man gewinnt dann ein ganz „reizendes" Bild.

Die Schuld der Sozialdemokratie am traurigen Kriegsende datiert also in ihren Ursachen schon vor dem Kriege, und gerade diese Leute sehen vielleicht nun auch ein, daß sie in allerletzter Linie berufen sind, über die Schuld am Kriegsausbruch, der ja auch seine „Vorzeit" hatte, wie das traurigste Kriegsende, zu Gericht zu sitzen, sondern selbst auf die Anklagebank gehören. Mag die alte Regierung vieles im Interesse der Einigkeit des Volkes verschwiegen haben und jahrelang verschweigen haben müssen, mögen viele Organe der alten Regierung auch nicht ohne Fehl sein, so, wie die „Führer" der sozialistischen Parteien aber in diesem Kriege bis zur Frontzermürbung im Interesse der hebräischen Börsenrevolution und aus parteiegoistischem Machthunger „geschwafelt" haben, aus solchen Motiven würde nie die alte Regierung das Volk an der Nase herumgeführt haben.

Wenn erst die Sozialdemokratie in Deutschland, so erzählte man den blinden Gläubigen, zur Macht gelangt sei, würde sofort ein Frieden der Versöhnung und der Verständigung anbrechen. Dank ihrer internationalen Verbrüderungsverbindungen würde es für die deutsche Sozialdemokratie ein leichtes sein, dem Kriege zu steuern, dabei wußte man ganz genau, wie man die Pariser Genossen düpiert hatte, mußte man zumindest auch die Kräfteverhältnisse der Sozialisten in den feindlichen Ländern, dank seiner internationalen Beziehungen, kennen! — Aber weder das letztere kannte man, noch wollte man das erstere ehrlich eingestehen. Und Philipp Scheidemann, des Deutschen Reiches 9. Kanzler (König im Kegelspiel!) muß nun nationale Trauerfeiern veranlassen und endlich eingestehen, daß wir am Grabe unseres Landes stehen! Dabei tröpfelt die Phrasengießkanne dieser politischen Inferioren, aber „Gernegroßen" ohne Unterbrechung. Was sagte noch Proudhon, ein im Geiste größerer Genosse und Buchdrucker wie Herr Philipp Scheidemann: „Ich lasse mich lieber von alten Königen regieren, die auf Jahrhunderte der Ehre und des Gewissens zurückblicken als von Demagogen, die im Herzen auf das Volk und den Staat pfeifen, und die dem Volke schmeicheln, um sich des Staates zu bemächtigen."

[1] Es war der 25. Juli 1914, von welchem Tage …nds (!) folgende Entschließung der Sozialdemokratie …rt: „Das einsichtige Proletariat Deutschlands erhebt … Namen der Menschlichkeit und der Zivilisation flam…den Protest gegen die verbrecherischen Machenschaften … Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch, daß die Regie… ihren Einfluß auf Österreich für die Aufrechterhal… des Friedens ausübt." Drei Tage später, am 28. …i 1914, erklärte die internationale deutsche Sektion … Liga für Menschenrechte) in einem Manifest: „Wir …llen keinen Krieg! Hoch die internationale Versöh…ung!"

[2] Bis heute ist das genaue stenographische Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses in Bern, 4. Febr. 1919, in keiner sozialistischen Buchhandlung zu haben und wird auch nie zu haben sein.

Münchener Beobachter

Im neuen Kleid

„Ja, was is denn jetzt dös", werden heute unsere Münchener Leser sagen. „Was ist denn aus dem „Völkischen Beobachter" word'n?" Und sie werden ihn von hint'n und von vorn anschau'n, ob er's denn wirklich is. Und er ist's. Der gleiche „Völkische Beobachter", der nun seit sieben Monaten als Tageszeitung unerschrocken und gradheraus seine Ideen verficht.

Nur ein anderes, stattlicheres Gewand hat er sich jetzt zugelegt. Bei den heutigen Zeiten immerhin ein Aufsehen erregendes Unterfangen sich eine neue „Montur" zu beschaffen. Aber der „V. B." hat's geschafft. Und wie er in den sieben Monaten gewachsen ist! Wie a richtig's frisches, kerngesundes Münchener Kindl vom alten Schlag. Es reckt sich und dehnt sich und wächst, wie es eben nur der Jugend mit ihrer unbändigen Lebenskraft eigen ist.

Wir können also unsere Freude haben an unserem Münchener Kindl. Mit uns aber auch unsere Leser, die ihrerseits mit ihrer Treue nicht wenig dazu beigetragen haben, daß es so gedieh. Und weil der Erfolg so sichtbar unser ist, wollen wir jetzt erst recht alle miteinander fest zusammenstehen, allen Feinden und aller Scheelsucht zum Trotz, auf daß der „V. B." als Bannerträger der deutschen Freiheitsbewegung noch weiter wachse, blühe und gedeihe!

Wir jedenfalls werden, soweit es an uns liegt, nicht auslassen. Mögen sich die Dunkelmänner darob grün und blau ärgern! Wir werden nicht lucklassen, bis der Tag kommt, an dem sie an ihrem eigenen Ärger ersticken. Einen teilnehmenden Nekrolog sichern wir ihnen heute schon zu!

Der Multiplikator

Ein melodiöses Wort, fürwahr! Es ist jetzt „modern" geworden. Man hört und liest es an allen Ecken und Enden. Dabei haben die wenigsten eine klare Vorstellung von dem, was es eigentlich besagen will. Ich wenigstens gestehe es offen, daß ich mir, da ich weder ein Arithmetiker, noch ein gelehrter Volkswirt bin, vom „Multiplikator" nur von ungefähr was denken kann. Ich habe davon eben die Vorstellung, wie sie mir das tägliche Leben bietet.

So wollte ich mir vor ein paar Tagen a neues Krawattl kaufen. Der Ladeninhaber beantwortete meine Frage nach dem Preis wie folgt: „75 Pfennig, das macht nach dem Multiplikator 1,6 Millionen." Ich hab' grad so g'schaut wie a Zeiserl und bin wieder ganga. Als ich nachher meinen Nachmittagskaffee trank, kostete er nochmal so viel wie am Vortag. Auf meine Frage, wieso, meinte der Ober: „Das macht der Multiplikator." Ich hab' ihn drauf ang'schaut, ob er's ernst meint. Er meinte es ernst, wußte mir aber über das Zustandekommen dieses Multiplikators keine Auskunft zu geben.

Bis jetzt weiß ich nur soviel, daß gegenwärtig alles in Deutschland multipliziert. Ganz Deutschland scheint zu einem Sammelbecken multiplizierender Zeitgenossen geworden zu sein. Für den aber, der bloß als Papiermarkbesitzer und Verbraucher durch das aschgraue Leben wandelt und nicht in der Lage ist, selbst mitzumultiplizieren, sondern nur mit sich multiplizieren zu lassen, für den beginnen jetzt erst die „rosigen" Zeiten. Vor lauter Multiplizieren werden wir bald statt der Millionen bei den Milliarden angelangt sein. Dann ist es höchste Zeit, daß statt des Multiplizierens das Dividieren beginnt! Ra.

Eisenbahnfahrt — Luxus

[illegible] werden ab 1. September die Personen-, Gepäck- und Expreßguttarife der Eisenbahn erhöht, und zwar die Personentarife auf das Vierfache der derzeitigen Fahrpreise und der Schnellzugszuschlag um das Dreifache. Anläßlich dieser Tariferhöhung werden alle vom 29. bis 31. August verkauften Fahrkarten mit dem 31. August abgestempelt werden, so daß sie bis einschließlich 3. September benützt werden können. Den Reisenden wird empfohlen, von dieser Gelegenheit, die Fahrkarten für Reisen, die am 3. September ausgeführt werden, im voraus schon, am 29. und 30. August, zu lösen, nach Möglichkeit Gebrauch zu machen, da der Verkauf der Fahrkarten zum alten Preis grundsätzlich am 31. August mit Schluß der üblichen Schalterstunden eingestellt wird.

Wie hoch sich in Zukunft Eisenbahnfahrten stellen werden, möge aus folgenden Angaben hervorgehen: Nach Nürnberg 2. Kl. 11 880 000 Mark, 3. Kl. 3 960 000 M., 4. Kl. 2 640 000 M.; nach Rosenheim 2. Kl. 3.9 Mill., 3. Kl. 1 320 000 Mark, 4. Kl. 900 000 M.; nach Reichenhall 2. Kl. 9 720 000 M., 3. Kl. 3 240 000 M.; nach Lindau 2. Kl. 13 200 000 M., 3. Kl. 4 380 000 M.; nach Augsburg 3. Kl. 1 260 000 M., 4. Kl. 840 000 M. Tölz 3. Kl. 1 300 000 M., 4. Kl. 780 000 M.; Garmisch 2. Kl. 6 240 000 M., 3. Kl. 2.1 Mill., 4. Kl. 1 440 000 M.; Herrsching 3. Kl. 780 000 M., 4. Kl. 540 000 M.; Berlin 2. Kl. 39 Mill., 3. Kl. 13 960 000 M.; Breslau und Hamburg 2. Kl. 48.6 Mill., 3. Kl. 16.2 Mill.; Frankfurt 2. Kl. 24.6 Mill., 3. Kl. 8 280 000 M.; nach Stuttgart 2. Kl. 14.4 Mill., 3. Kl. 4.8 Millionen Mark.

Sonntagskarten kosten u. a.: Nach Starnberg 540 000 M, nach Schleißheim—Dachau 360 000, Prien 1 620 000 M., Herrsching 720 000 M., Fischhausen 1,2 Millionen, Kochel 1 440 000 M., Garmisch 1 860 000 M., Tölz 1,2 Millionen.

Die Freizügigkeit in der „freien" deutschen Republik wird für das arme Volk immer mehr eingeschränkt: Das Dampfroß wird zum Luxusvehikel für das Schieber- und Valutapack! O, du herrliche Novemberrepublik!

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die nördliche Depression zieht langsam in der Richtung des Golfstromes ab. Ihre nach dem Kontinent übergreifenden Ausläufer werden den unbeständigen Witterungscharakter aufrechterhalten.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 29. Aug.: Witterung weiterhin raschen Wechseln unterworfen.

*

Die Kartoffelversorgung. Zwecks Behebung der Knappheit an Frühkartoffeln in den letzten Wochen sind von der Staatsregierung Kartoffeln aus Italien und anderen Bezugsgebieten für das rechtsrheinische Bayern und insbesondere für die Pfalz bestellt worden. Die ersten Wagen mit diesen Kartoffeln sind bereits am 20. August in München eingetroffen. Da auch aus anderen deutschen Bezugsgebieten voraussichtlich in der nächsten Zeit eine größere Zahl von Wagen nach Bayern rollen wird, ist anzunehmen, daß die Kartoffelknappheit, die jedes Jahr bestanden hat, in kurzem erheblich gemildert werden wird. Auch ist zu erwarten, daß infolge der gesteigerten Anlieferung eine entsprechende Preissenkung eintreten wird, und daß die Schwierigkeiten, die sich bisher beim Absatze der aus Italien eingetroffenen Kartoffeln ergeben haben, obwohl die Preise sich unter den zur Zeit geltenden Verkaufspreisen hielten, in Bälde behoben werden. — Anzunehmen, erwarten, voraussichtlich — — Davon wird niemand satt.

Angestelltenversicherung. Infolge der neuen Gehaltssteigerungen hat der Reichsarbeitsminister von der ihm durch den Reichstag erteilten Ermächtigung Gebrauch gemacht und den jüngst veröffentlichten Gehaltsklassen sechs neue, nämlich die Klassen 24—29 hinzugefügt. Die Höchstgrenze der Gehaltsklasse 23 ist abgeändert worden. Es gelten nunmehr außer den Klassen 13—22: Gehaltsklasse 23, monatl. Entgelt von mehr als 2 970 000 bis zu 3 600 000 M., Monatsbeitrag 124 000 M.; 24, 3 600 000—4 320 000 M.,

Münchener Theater- und Vergnügungs-Anzeiger

Münchener Theater

National-Theater
Mittwoch, 29. Aug.: Geschl.
Donnerstag, 30. August: Geschlossen.

Residenz-Theater
Mittwoch, 29. Aug.: Geschl.
Donnerstag, 30. August: Geschlossen.

Prinzregenten-Theater
Mittwoch, 29. Aug.: Geschl.
Donnerstag, 30. August, nachm. 4 Uhr: Die Walküre.

Münchner Künstler-Theater
Mittwoch, 29. Aug., abds. 7 Uhr: Maß für Maß.
Donnerstag, 30. Aug.: abds. 7 Uhr: Maß für Maß.

Theater am Gärtnerplatz
Mittwoch, 29. Aug., abds. 7.30 Uhr: Die Bajadere.
Donnerstag, 30. Aug.: abds. 7.30 Uhr: Offenbach.

Schauspielhaus
Mittwoch, 29. Aug., abds. 7.30 Uhr: Kammermusik.
Donnerstag, 30. Aug.: abds. 7.30 Uhr: Königin Christine.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Mittwoch, 29. Aug., abds. 7.30 Uhr: Madame Pompadour.
Donnerstag, 30. Aug.: abds. 7.30 Uhr: Madame Pompadour.

Volks-Theater
Mittwoch, 29. Aug., abds. 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Donnerstag, 30. Aug.: abds. 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Mittwoch, 29. Aug., abds. 8 Uhr: Der 7. Bua.
Donnerstag, 30. Aug.: abds. 8 Uhr: Der 7. Bua.

Weingaststätte Damböck
Barer Straße 55
Telephon 28316

Löwenbräu-Keller
Täglich Konzerte

Gaststätten Humplmayr
München, Maximiliansplatz 17
Telephon Nr. 27615
Vorzügliche Küche
Bestgepflegte Weine
Täglich Künstlerkonzert
JOHANN SCHOTTENHAMEL

Gaststätte Malkasten
München, Augustenstr. 78, Tel. 54700
Vorzüglicher Mittag- u. Abendtisch
Täglich Künstlerkonzerte
Bunte Vorträge
BESITZER JOSEF VOGL

Weinhaus W. Fellner
vormals Straßer
Westenrieder Str. 7 — Telephon 27747
Jeden Donnerstag fideler Abend
Samstag und Sonntag Künstlerkonzert
Treffpunkt der Nationalsozialisten!

Tabarin Luitpold
Dir.: Anton Schneider
Art. Leit. J. Ambrunn
Salvatorplatz 4. Tel. 27799
Das große August-Programm
Olga Olgitza
Angeli-Trio
Deti Tollnai
Lisa Lind und Peter Zell
Karl Ruppelt und Bert Dixon
Lobow
Rutkowskaja
Tanzorchesterleitung: Fränzis Schmitt

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53464
Direktion Max Pfahler.
Täglich abends 8 Uhr
Fred Arnold
Ria u. Joe
Trude Lehmann
Bruno Schneider
und das übrige große August-Programm
Ab 10½ Uhr Bar Wien-München

Peterhof-Spiele
Marienplatz
Inh.: Hans Schwojer
Direktion: August Junker
Täglich Vorstellung
Sonn- u. Feiertags 4 und 8 Uhr und vorm. 10 Uhr
Alt-Münchner Frühschoppen-Konzert
Hackerbr.-Märzenbier

Diana
Ecke Adalbert- u. Nordendstraße
Tel. 34059

SERENISSIMUS
Täglich abends 8 Uhr das hervorragende Programm
Kein Weinzwang! Kein Weinzwang!

Rosen-Casino
Vornehmes Wein- und Speisehaus
Schommerstraße 19 am Stadus
Täglich Künstlerkonzert
Tanz

BUNTER VOGEL
Adalbertstraße 41a
Linie 6, 16 Tel. 23327
Ab Samstag, 30. Juni täglich abends 8 Uhr
Wiederauftreten der Stimmungskapelle
Hans Kerschbaum
der urfidele Münch. Humorist
Tischbestellung 23327

WAGNER SAAL
Sonnenstr. 21 — Sonnenstr. 21
Jeden Samstag Beginn 7 Uhr — Sonntag Beginn 6 Uhr
Große Tanz-Abende
Musikmeister Brathuhn
Bier vom Faß — Wein-Abteilung

Werbt für den „Beobachter"!

Photo-Spezialhaus
Werkstätte für Präzisions-Mechanik
Max Stiehl
München, Zweibrückenstraße 1, I. Stock
Großes Lager in neuen u. gebr. Apparaten
Ausführung aller einschlägigen Reparaturen

EISEN u. METALLE
kauft zu den höchsten Preisen
Josef Kainz
Zeppelinstraße 65
Telephon 40878
Geöffnet von 8½—5 Uhr

Völkische Gaststätte „Deutsches Haus"
Hakenkreuz-Klause
Nürnberg — Tetzelgasse 7
Treffpunkt aller Völkischen
Warme u. kalte Küche. Pg. Paul Strebel.

Metall
Zinn in jeder Form, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Nickel, Quecksilber sowie Werkzeuge aller Art, Motore, Maschinen, Material für Elektrotechnik, Gas, Wasser, Dampf und Autos usw. kauft stets zu höchsten Preisen
R. Dingfelder
Sendlinger Str. 77, Tel. 25330
Rückporto erbeten.

Goldina-Kakao-Stube
Platzl 1
gegenüber dem Hofbräuhause
Kakao, Kaffee, Tee, Eis, Limonade, Gebäck usw.
Bürgerlich gediegener, angenehmer Aufenthalt!
Fernruf Nr. 25023

2 Aufklärungs-Broschüren über
Heilung der Syphilis
ohne Quecksilber u. Salvarsan, durch die bestbewährte unschädliche Methode von Dr. med. Günt.
Zu beziehen für 10 000 M. durch
Daphners Verlag, München 23, Postfach 3.

Löwenschänke Kulmbach
Treffpunkt aller Völkischen
Adam Renschel

Kommissions-Waren
nehme ich aller Art. Nähe Hauptbahnhof, große Geschäftsverbindung vorhand. f. Referenzen.
Metzger, Sonnenstr. 26/0r.
Telephon 54207

148 000 M.; 25, 4 320 000—5 130 000 M., 176 000 Mark; 26, 5 130 000—6 030 000 M., 208 000 M.; 27, 6 030 000—7 020 000 M., 244 000 M.; 28, 7 020 000—8 100 000 M., 282 000 M.; 29, 8 100 000 M. u. mehr 324 000 M. — Die neuen Klassen gelten gleichfalls schon vom 1. August ab. Die Marken dieser Klassen sind vom 20. August ab bei den Postanstalten zu haben. Die im Juli auf 78 000 000 M. festgesetzte Höchstgrenze des versicherungspflichtigen Jahresarbeitsverdienstes wird voraussichtlich im Laufe des Monats geändert werden.

Die schreiende Notlage der Altpensionisten. Ein Altpensionist schreibt uns: „Die verdienstvollen Altpensionisten in Bayern sind bei ihrem an sich schon erbärmlichen Pensionsgehalt in Schulden und in eine unbeschreibliche Not geraten durch die leeren Versprechungen und saumseligen Auszahlungen in der letzten Zeit. Das hat noch gefehlt, nachdem durch Beschluß des Reichstags vom 1. Juli die Altpensionisten endgültig aus der ihnen rechtmäßig zustehenden 8. Gehaltsgruppe grausam und unbarmherzig in die 7. Gehaltsgruppe zurückversetzt worden sind. So stehen nun die Altpensionisten ratlos vor der Verzweiflung und schauen nach dringender Hilfe aus. Namentlich schlimm schaut es aus mit der Lebensmittelversorgung. In dieser hoffnungslosen Notlage hat schon mancher sein Heil bei den Kommunisten gesucht. Das beweist deutlich genug, was die gegenwärtige bayerische Regierung mit ihrer selbstverschuldeten Ohnmacht noch Gefährliches zeitigen wird.

Betriebseinschränkung in Gaststätten. In verschiedenen Gaststätten, Hotels u. dgl. geht man jetzt dazu über, den Betrieb und den Personalstand ganz empfindlich einzuschränken. Aus diesem Anlaß wird uns aus Angestelltenkreisen dieses Erwerbszweiges geschrieben:

„Kaum ist die kritische Zeit da, so beabsichtigen jetzt diese Herren die Betriebe zu schließen und die Angestellten der Erwerbslosenfürsorge zu überantworten. Für sie selbst reicht's, die anderen sollen sehen, wie sie zurecht kommen. Als „Pionier" marschiert wie gewöhnlich der Jude Markus Friediger voran. Er hat schon in der Schweiz zwei Betriebe gepachtet. Seine nach und nach in München und im Hochland allenfalls stillgelegten Betriebe werden seine Glaubensgenossen schon zu verwerten wissen. Wo ist da das Finanzamt und das Kapitalfluchtgesetz? Friediger wird hierin bald Nachahmer finden. Schon ist für 1. September d. J. im Hotel Grünwald verschiedenen Angestellten gekündigt, viele befürchten dasselbe jeden Tag. Die Öffentlichkeit hat aber ein Interesse daran, daß mit Familienvätern nicht so gewissenlos verfahren wird." — Wir haben zu dieser Zuschrift nur zu bemerken, daß hier die zuständigen Behörden allen Anlaß hätten, nach dem Rechten zu sehen.

Der Ratskeller Bierwirtschaft? Im Stadtrat stellte St.-R. Dr. Jodlbauer den Antrag, die Frage in Instruktion zu nehmen, den Ratskeller auf einen gemischten Betrieb (Bier und Wein) umzustellen und zu diesem Zwecke wegen der Übernahme die nötigen Einrichtungen (Eiskeller usw.) mit einigen der ersten Brauereien alsbald in Fühlung zu treten.

Augustgehaltsverhandlungen. Wie uns der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband mitteilt, finden in den nächsten Tagen folgende Verhandlungen statt: Donnerstag, 30. August, halb 10 Uhr vorm., „Hotel Union": Elektrizitätswerke; 3 Uhr nachm.: Handelsverein, chem. Industrie; Freitag, 31. Aug., halb 11 Uhr vorm., Handelskammer: Papierindustrie.

Entschädigung für Auslandsdeutsche! In letzter Zeit ist durch die Presse die Notiz gegangen, daß liquidationsgeschädigte Auslandsdeutsche ihre Entschädigungsanträge an den Bund der Auslandsdeutschen, Berlin C II, Klosterstr. 75, einzureichen haben. Dies trifft aber nur für solche Auslandsdeutsche zu, die ihren Wohnsitz im Land Preußen haben oder im Ausland. Auslandsdeutsche, die in Bayern wohnen, haben ihren Entschädigungsantrag beim Bund der Auslandsdeutschen, Prüfungsstelle München 32 (Postfach) oder Ludwigstraße 24 (ehemaliges Kriegsministerium) zu stellen.

Barzahlung in den Apotheken. Um ihre Betriebe aufrechterhalten zu können, heben die Münchener Apotheken ab 1. September die bisherige Rechnungstellung mit den langfristigen, verlustreichen Zahlungsterminen auf. Medikamente an Kassenmitglieder werden nur noch gegen Barzahlung unter Einhaltung des vorgeschriebenen Rabattes ausgehändigt. Die Apotheker Münchens betrachten diese Maßregel nur als eine vorübergehende Maßnahme, bis die Wertbeständigkeit ihrer Rechnung durch gesetzliche Maßnahmen garantiert ist. Die Apothekerschaft erwartet von den Krankenkassen Verständnis für die unhaltbare Lage und ihre Unterstützung bei den Behörden zur Beseitigung des jetzigen Zustandes.

Reist nicht auf Dächern und Trittbrettern! Die Bergwacht teilt mit: Eine Reihe schwerer Unfälle in der letzten Zeit geben Veranlassung, mit allem Nachdruck davor zu warnen, die Dächer und Trittbretter der Eisenbahnwagen als Sitzgelegenheiten zu benützen oder die Blenden offen zu lassen. Die Betreffenden, die ihren Leichtsinn — wie am letzten Samstag bei Olching geschehen — mit dem Leben büßen können, bringen nicht nur sich, sondern auch andere Reisende in Gefahr und sind nicht selten die Ursache von Zugsverspätungen und Verkehrsstörungen. Seitdem die Bergwacht gemäß einer mit der Reichsbahndirektion München getroffenen Vereinbarung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Eisenbahnsportverkehr zu sorgen hat, werden die Reisenden immer und immer wieder auf die bestehenden Gefahren aufmerksam gemacht und von den Wagendächern und Trittbrettern verwiesen. Wenn sich auch Einsichtige belehren lassen, so steht doch ein großer Teil des Publikums dieser wohlgemeinten Warnung ablehnend gegenüber. Wie bei anderen Gelegenheiten, zeichnet sich auch hier die Jugend beiderlei Geschlechts durch Eigensinn und Disziplinlosigkeit aus. Die Entschuldigung mit der ungenügenden Wagenabstellung ist in den seltensten Fällen begründet. Ein Platzregen — und Dächer und Trittbretter, sogar die Plattformen sind leer und die Reisenden im Wageninnern untergebracht. Die Zeit der fruchtlosen Warnungen muß nun vorüber sein! Sache der Verkehrsverwaltung ist es zunächst, dem geschilderten Unfug im Interesse eines geregelten und gesicherten Verkehrs nunmehr mit allen Machtmitteln energisch zu begegnen. Strafanzeigen und Geldbußen sind hierfür ungeeignet. Wirksam ist nur eine Maßnahme: Reisende, die Vernunftsgründen kein Gehör schenken wollen, neben Anzeigeerstattung mit rücksichtsloser Strenge von der Fahrt auszuschließen. Die offiziell abgestellten B.W.-Gruppen erhalten von nun ab Weisung, in allen Fällen im Benehmen mit dem Zugs- oder Bahnhofspersonal in dieser Weise vorzugehen. Es darf erwartet werden, daß der weitaus überragende Teil der Besonnenen und auf Ordnung bedachten Fahrgäste die ausführenden Organe unterstützt und daß die berg- und wandersportlichen Vereine Mitglieder, die sich in gemeingefährlicher Weise gegen bahnpolizeiliche Vorschriften verstoßen und deswegen zur Anzeige gebracht werden, unnachsichtlich ausschließen.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß von seiten der Bahnverwaltung stets alle Vorkehrungen zur Bewältigung des Massenverkehrs getroffen werden, und daß die Bergwacht auf Grund eingehender Beobachtungen und Erfahrungen im Bedarfsfalle jederzeit von selbst mit Verbesserungsanträgen an die Reichsbahndirektion herantritt. Es ist jedoch zwecklos, unerfüllbare Forderungen zu stellen und deren Ablehnung als Ursache der obenerwähnten Unfälle hinzustellen. Gegenüber dem gewaltigen Aufschwung des Sportverkehrs einerseits und dem tatsächlich bestehenden Wagenmangel andererseits kann zur jetzigen Zeit auch die mustergültige Arbeit der Reichsbahndirektion München keinen Ausgleich schaffen.

Das Unglück bei Gerlinden. Die beiden am Sonntag bei Gerlinden vom Zug gestürzten und tödlich verunglückten Personen sind nun erkannt. Es handelt sich um den 20 Jahre alten Hilfsarbeiter Jakob Ganslmeier und die ihm befreundete 17 Jahre alte Stenotypistin Elisabeth Obermeier, beide aus München, die von Nannhofen kamen, wo sie Kartoffeln und Mehl holten. Beide saßen auf dem Trittbrett. Während der Fahrt griff die Obermeier nach einer der am Geleise stehenden Telegraphenstangen, wurde vom Trittbrett gerissen und geriet unter den Zug. Ganslmeier sprang dem Mädchen nach und erlitt dasselbe Schicksal.

Kleine Chronik. Zur Zeit befindet sich eine 25 Jahre alte Verkäuferin in Haft, die Leuten vormachte, in einem Kaufhaus angestellt zu sein, wo sie Waren billiger haben könne, weil sie Prozente bekomme. Einem Herrn, der sie bat, ihm einen Sweater zu besorgen, lockte sie 1 600 000 Mark, einer Frau, der sie Bettzeug kaufen sollte, 3½ Millionen Mark ab. Weitere von ihr Betrogene wollen sich melden: Polizeidirektion Zimmer 259. — Im Haunerschen Kinderspital starb das 2 Jahre alte Hilfsarbeiterskind Paul Kunstwadl, das am 19. August in der elterlichen Wohnung an der Westendstraße in einen Topf mit heißem Wasser fiel und sich schwer verbrühte.

Die Hundesteuer als Einnahmequelle. Der Stadtrat will jetzt offenbar seine erschöpften Finanzen mit der Hundesteuer auffrischen. In diesem Bemühen ist die Hundeabgabe für neu anzumeldende Hunde erhöht worden auf drei Millionen für den ersten, 9 Millionen für den zweiten und 15 Millionen für jeden weiteren Hund. Für Ersatzhundezeichen wird eine Gebühr von 10 000 M. erhoben.

Aus Neuhausen. Man schreibt uns: „Es ist etwas Wunderbares um die Städtische Straßenbahn in München. Ich will hier nicht reden von alltäglichen Dingen, wie die ständigen Kletterübungen der Fahrtgebühren, sondern von einer besonders angenehmen Zeiterscheinung. Seit Wochen nämlich werden im Neuhauser Viertel die Gleise ausgebessert usw. Nun, da kann man nichts dagegen haben, wenn diese Arbeit bei Tage geschieht; aber besonders lieblich ists anzuhören, wenn bei nächtlicher Stunde das Heer der Straßenbahnarbeiter seine absolut nicht lautlose Tätigkeit ausübt. Es will allerdings für den Steuerzahler nichts besagen, wenn er alle Stunden durch den Lärm aus seinem durch keine Indexziffer beeinträchtigten Schlummer geweckt wird; er soll eben denken, daß er in Schönheit und Würde lebt und das kleine Opfer wochenlang gestörter Nachtruhe leicht bringen kann. Etwas anderes ist es aber für die geplagten Hausfrauen, und noch ärger für die kleinen Kinder, die durch einen solchen Spektakel nicht zur Ruhe kommen können. Sonst wird doch nächtliche Ruhestörung schwer geahndet?!"

Die Näh- und Abendkurse der Hauswirtschaftlichen Beratungsstelle beginnen neu am 3. und 4. September. Anmeldungen hierzu können noch angenommen werden in der Geschäftsstelle, Alte Polizei, Eingang Weinstr. 13, täglich von 9—4 Uhr, durchgehend.

Deutsche Woche. Unter dem Protektorat des Ministerpräsidenten v. Knilling, Generalobersten Grafen von Bothmer und Generalleutnants Karl von Schoch, M. d. R., veranstaltet die vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gegründete „Arbeitsgemeinschaft Bayerische Landesstelle für gemeinnützige Kunstpflege und Bayer. Lichtbildstelle der D.V.P." eine Deutsche Woche. Die Anregung hierzu geht von der Jugendgruppe Isargau aus, deren Aufklärungstätigkeit über Friedensdiktat und Schuldlüge bereits mehrmals in der Öffentlichkeit anerkannt wurde. Die Jugendgruppe ist mit der Durchführung der Deutschen Woche beauftragt. In 22 vaterländischen Lichtbild- und Filmvorträgen, die mit bestem Material durch erste Sachverständige gehalten werden, zeigt die Deutsche Woche der bayerischen Bevölkerung in klarster Weise die Wurzeln unserer Not: 25. Sept., 3, 5, 8 Uhr: Die Lüge von der Deutschen Schuld und der Fluch von Versailles. 26. Sept., 3, 5, 8 Uhr: Die Verstümmelung der deutschen Ostgrenze. 27. Sept., 3, 5, 8 Uhr: Der Franzoseneinbruch an Rhein, Saar und Ruhr. 28. Sept., 3, 5, 8 Uhr: Der Raub des deutschen Neulands in den Tropen. 29. Sept., 3 und 5 Uhr: Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot! Der deutschen Flotte Heldenkampf und Untergang. 30. Sept., 11, 3, 5 Uhr; 1. Oktober, 3, 5, 8 Uhr: Im Felde unbesiegt! Gedenkstunden an die Helden der alten Armee. Alle Veranstaltungen finden im Großen Wagnersaal, Sonnenstr. 21, statt. Der Besuch dieser großen Veranstaltung ist nicht nur für die Erwachsenen die ja aus eigener Urteilskraft die Wichtigkeit dieser Woche erkennen werden, sondern vor allem auch für die deutsche Jugend von grundlegender Bedeutung. Es ergeht daher schon heute an alle klarsehenden Eltern und Volksbildner der Ruf, der Deutschen Woche jetzt schon das ihr gebührende Interesse entgegenzubringen. Alle Anfragen über die Deutsche Woche sind an den Arbeitsleiter Kurt Trampler, München, Galeriestraße 15/3, zu richten.

Otto Töpler. Die Firma Otto Töpler, die in Wanne und Essen a. d. Ruhr bereits zwei große Herrenkleidergeschäfte unterhält, hat nunmehr auch in München, Reichenbachstr. 34, ein gleichartiges Geschäft eröffnet, das sich bereits lebhaften Zuspruches seitens des kaufenden Publikums erfreut. Die Auswahl an gediegener Ware ist reichlich bemessen, und die Preise entsprechend dem Grundsatz der Firma „großen Umsatz bei geringem Nutzen" verhältnismäßig niedriggehalten. Wir verweisen unsere Leser auf die Anzeige der Firma in dieser Ausgabe und empfehlen sie bestens.

*

Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge

Das städtische Versicherungsamt München hat mit Wirkung vom 20. August 1923 ab für das Gebiet der Arbeiter- und Angestelltenversicherung den Wert der Sachbezüge im Bereich des Stadtrats München wie folgt festgesetzt: A. bei voller Verpflegung und Wohnung einschl. Beheizung und Beleuchtung für männliche Versicherte ein Betrag von 400 000 Mark täglich, für weibliche Versicherte ein Betrag von 360 000 Mark täglich; B. bei teilweiser Gewährung der Sachbezüge: 1. Frühstück männlich 33 000, weiblich 30 000 M., 2. Frühstück männlich 40 000, weiblich 36 000 M., Mittagessen (ohne Getränke männlich 155 000, weiblich 135 000 M., Vesperbrot männlich 50 000, weiblich 42 000 M., Abendbrot (ohne Getränke) männlich 92 000, weiblich 87 000 M., Wohnung, Beheizung und Beleuchtung männlich 30 000, weiblich 30 000 M. Für sonstige Sachbezüge (Bier, Milch usw.) gilt der jeweilige Kleinhandelspreis als Wert der Sachbezüge.

Für die Berechnung der Beiträge zur Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung gelten ausschließlich die vorgenannten vom Versicherungsamt festgesetzten Sachbezugswerte, für den Steuerabzug jedoch nur die von den Finanzämtern getroffenen Festsetzungen (letzte Festsetzung vom 27. Juli 1923, Staatsanzeiger Nr. 174).

Es sind deshalb in der Invalidenversicherung für die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Arbeitnehmer bis einschließlich 2. September 1923 ohne Unterschied des Barlohnes und des Geschlechtes Beiträge der Lohnklasse 23 mit 14 000 M. wöchentlich, ab 3. September 1923 der vorläufig geltenden höchsten Lohnklasse 29 mit 37 000 Mark zu entrichten. In der Angestelltenversicherung sind ab 20. August 1923 bei männlichen oder weiblichen in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf den Barlohn Monatsbeiträge von 244 000 M. bis auf weiteres zu entrichten. — Die nach Veröffentlichung anfangs August für die Zeit ab 20. Aug. 1923 in der Invalidenversicherung vorgesehen gewesenen Beitragssätze sind durch diese Bekanntgabe überholt.

*

Bestattungen

am 29. August.

Ostfriedhof: Joseph Pösl, Hilfsarbeiter, 25 J., f. n. Gmund; Kath. Scheibe, Schreinermeisterswitwe, 54 J. 11 Mon., 2 Uhr; Maria Wimmer, Bierbrauerstochter, 14 J., 3¾ Uhr; Viktoria Zechmeister, Oberpostschaffnerstochter, 11 J. 8 Mon., 2 Uhr; Magd. Hundseder, Taglöhnerswitwe, 72 J. 11 Mon. 1¾ Uhr; Johanna Strickner, ehem. Köchin, 74 J. 6 Mon., 3 Uhr; Josef Schaberl, Hilfsarbeiter, 60 J., 3¼ Uhr; Xaver Schneider, ehem. Gärtnermeister, 68 J., 3 Uhr; Therese Stöber, ehem. Zugeherin, 69 J., 3½ Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing): Gustav Schwarz, Geschäftsinhaber, 57 J., 3 Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Elisabeth Ferber, Sekretärswitwe, 87 J. 5 Mon., 3½ Uhr; Therese Oswald, Gastwirtswitwe, 52 J., 4 Uhr; Georg Kastl, pens. Bahnwärter, 86 J., 2½ Uhr; Elise Hafner, Spenglersgattin, 31 J., 4¼ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Karl Weinzierl, Kaminkehrermeister, 45 J., 2 Uhr.

Sendlinger Friedhof: Johann Dallmeyer, Bierbrauer, 65 J., 10½ Uhr.

Bayern

Zuviel Beamte

Der „Regensburger Anzeiger", das Sprachorgan des Vorsitzenden der Bayer. Volkspartei, schreibt in seiner Nummer 192 vom 23. August: „Wir wollen nur kurz darauf hinweisen, daß die jetzige Beamtenzahl nicht mehr lange ertragen werden kann, denn es ist ein unerträglicher Zustand, wenn weiteste Kreise der deutschen Wirtschaft und des ganzen Volkes unter der Steuerlast zusammenzubrechen drohen und all diese Opfer nicht nur des Ertrages und des Verdienstes, sondern sogar schon der Substanz selbst kaum hinreichen, um nur das Riesenheer dieser Beamten zu bezahlen . . ."

Von Zeit zu Zeit läßt ja die regierende Partei Bayerns, trotzdem sie den Großteil der bayerischen und einen bedeutenden Teil der ehemals bayerischen Beamtenschaft als „Beamtenvereinigung in der Bayer. Volkspartei" unter ihrem alleinseligmachenden Baldachin vereinigt, die Katze aus dem Sack und zeigt ihr wahres, beamtenfreundliches Herz. Wie reimt sich aber dieser Zornausbruch über die „überflüssigen Fresser an der Staatskrippe" mit den seit Jahren gehörten Reden der maßgebenden Abgeordneten dieser Partei zusammen, die immer von Dank und Anerkennung für die ungeheuer brave und arbeitsfreudige Beamtenschaft überfließen und immer wieder betonen, daß bei der durch verlorenen Krieg und Revolutionswirtschaft enorm gewachsenen Arbeitslast des Staates an einen Abbau der Beamtenschaft nicht zu denken sei? Wie verträgt sich auch die Schaffung einer eigenen bayerischen Finanzverwaltung damit?

Wenn man aber doch einmal für die katastrophalen Erscheinungen, die gerade jetzt so wolkenbruchartig besonders über die der Bayer. Volkspartei angehörigen Kreise des mittleren Handwerker-, Gewerbe- und Kaufmannstandes, des Buchdruck- und Zeitungsgewerbes hereinbrechen, wieder das Beamtenheer verantwortlich machen will, dann darf man sich die Sache nicht so leicht machen, wie der Leitartikler der Heldenzeitung.

Wer hat zuviel Beamte? Bayern oder Reich? Wahrscheinlich sind wohl in erster Linie die Reichsbetriebe gemeint. Nicht ununtersucht darf auch bleiben, ob es zuviel untere, mittlere oder höhere Beamte gibt. Es ist ein weiteres Kennzeichen der ganzen seichten, parteipolitischen Einstellung der B.Vp., von einem Riesenheer von Beamten zu sprechen, ohne sich auch nur den leisesten Gedanken zu machen, wodurch wir denn zu diesem Riesenheer kamen und kommen mußten. Hat denn nicht die B.Vp., die ihrer ganzen psychischen Verfassung nach getreue Zwillingsschwester des mit den jüdisch-marxistischen Parteien durch dick und dünn gehenden Reichszentrums tapfer mitgearbeitet am Zustandekommen des Versailler Schandvertrages, ist sie nicht mit schuld am Erzbergerschen und Wirthschen Erfüllungswahn, am Verreichlichungs-Koller, an der seit nahezu fünf Jahren über das arme deutsche Volk herniedergehenden Flut halbreifer, praktischem und rechtlichem Sinn ins Gesicht schlagender Gesetze und Verordnungen? Hat nicht Zentrum und B.Vp. durch die freistaatliche Beamtenpolitik wacker mitgeholfen, um unter der verlogenen Phrase „Freie Bahn dem Tüchtigen" den großen marxistischen Wurstkessel zu füllen, in dem der fleißige, wie faule, der gescheite wie dumme Beamte und Arbeiter wohl gleiche Rechte, aber nicht gleiche Pflichten hat? Haben diese Parteien keine Schuld, daß der Beamtenschaft die Zwangsjacke des ungerechten Bes.Ges. 20 angelegt wurde, dieses Gesetz, das jede Einstufung nach Vorbildung und Leistung zur Phrase macht?

Dazu bringt dieses Gesetz eine Flut geradezu lächerlicher Titel mit. Wenn man früher den Assistenten und Sekretär hatte, so mußte man in der „sozialen Republik für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" daraus den Assistenten, Sekretär, Obersekretär, Inspektor, Oberinspektor und, als schönste soziale Schöpfung, den „Amtmann" als „Verzahnungsstellung" erstehen lassen. Durch die gegen früher dreifache Zahl der Titel ist selbstverständlich auch die Versetzungsziffer eine entsprechend vielfache.

Die gleiche unsinnige Titel- und Stellenseuche haben wir beim Lehrpersonal. Aus dem Lehrer von einst sproßte der Lehrer, Hauptlehrer, Oberlehrer in IX, Oberlehrer in X, Bezirksschulrat und Regierungsschulrat. Die mit der von der Bureaukratie natürlich peinlichst eingehaltenen Stellenzahl verbundenen Versetzungen und das und getrennten Haushalt machen dem Reich und tausend unter Versetzung „Beförderten" und den Ländern ungezählte Milliarden völlig überflüssiger und vermeidbarer Ausgaben. Die Versetzungsentschädigung für einen von seiner Familie getrennt lebenden Beamten beträgt zur Zeit etwa 1,5 Millionen täglich. Bei den vielen durch verursachten Aufwendungen für Umzug Kommandierten kann sich jeder die Milliardenbeträge dadurch verursachter und überflüssiger Ausgaben herausrechnen.

Vielleicht erkundigt sich ein Abgeordneter der B.Vp., wieviel Wartegeldempfänger wir noch im Reich und wohlgemerkt auch in Bayern haben. Beamte mit 80 Prozent ihres Gehalts, weil sie wegen „Abbau von Behörden „überflüssig" geworden waren. Es würden dem Leitartikler die Haare zu Berge stehen ob der Summe, die für diese Beamten für nichts gezahlt werden muß. Gleichzeitig könnte er erfahren, daß in die Verwaltungen, und zwar auch in die der Reichswehr, ein ganzes Heer von Damen eingezogen ist, und eine erkleckliche Anzahl von Angestellten weiter beschäftigt wird.

Diese Damen sind nicht die hungrigen Töchter von Kriegsopfern und sonstige arme Dinger, sondern vielfach Töchter von gut bezahlten mittleren und höheren Beamten, und die Angestellten sind nicht immer Kriegsbeschädigte, wie es das Gesetz vorschreibt.

Verraten können wir auch noch, daß seinerzeit bei Errichtung des Versorgungswesens für Kriegsopfer von dem damaligen U.S.P.-Arbeitsminister Schlicke und seiner rechten Hand, dem der B.Vp. sicherlich nicht unbekannten damaligen Ministerialdirektor Dr. Schweyer, in geradezu furchtbar großzügiger Weise die Republikanisierung der Versorgungsämter betrieben wurde. Man hat nicht die in Menge vorhandenen altgedienten Militärbeamten und Anwärter genommen, sondern lieber gesinnungstüchtige Elemente. Vielleicht fragt man die Kriegsopfer, wie diese unfähigen Größen den „Dank des Vaterlandes" zur Wirklichkeit werden ließen.

Es hat diesen jedes primitivste Wissen und Können derart gefehlt, daß der Reichsarbeitsminister beschämenderweise an diese „Beamten" nachträglich die Erteilung von Unterricht anordnen mußte, um sie wenigstens nicht ganz überflüssig herumsitzen zu haben.

Die Militärbeamten aber wurden auf Wartegeld oder schmale Pension gesetzt, die Beamtenanwärter gingen mit ihrem Zivilversorgungsschein bei den Reichsbehörden betteln, um eine Anstellung zu finden. Als der weitaus fähigste Kopf der B.Vp., „der lange Schorsch", noch kein müder Mann war, war es ein Ereignis, wenn er im Reichstag auftrat und manchem kaltschnäuzigen Schwätzer über das große Maul fuhr, wenn er mit der Hand auf den Tisch schlug, und eine Schweinerei auch eine Schweinerei nannte. Er wußte eben, daß man mit Leisetreten, Leisereden und Diätenschlucken keinem Saustall zu Leibe rücken kann.

Es ist noch nicht lange her, daß man sich in Reich und Bayern die „Vereinfachung der Staatsverwaltung" zum Ziele setzte. Spardiktatoren wurden eingesetzt und umfangreiche Denkschriften ausgearbeitet. Unseres Wissens ist damals gerade im Bayerischen Landtag dieses Thema wieder abgesetzt worden, weil es in der „jetzigen bewegten politischen Lage inopportun sei", sie durchzuführen.

Der wahre Grund war, daß man sich schon bei der Kardinalfrage: Abbau von oben oder von unten, d. h. bei den Ministerien und Regierungen, oder den Gemeinden und Bezirksämtern, in die Haare geriet.

Man konnte eben ein so heikles Thema bei der so notorischen Verfilzung persönlicher Interessen in unserem schönen Vaterlande nicht lösen, ohne verschiedenen einflußreichen Persönlichkeiten der B.Vp. wehe zu tun. Darum blieb die „Vereinfachung der Staatsverwaltung" weiter ein Noli me tangere, obgleich Redner der B.Vp. vor einiger Zeit in einem berechtigten Wutanfall über unglaubliche Verzögerung der Einkommensfeststellung der Geistlichen die Kreisregierungen als „überflüssige Verschleppungsinstanzen" bezeichneten. Die Wut legte sich, die Geistlichen fatieren weiter, und die Verschleppungsinstanzen verschleppen weiter.

Nein! Deutschland hat nicht zuviel Beamte, solange man nicht diesen greisenhaften, vergilbten, unfähigen Apparat mit seinen unnatürlich geschwollenen Wasserköpfen von Provinzial- und Ministerial-Instanzen von Grund auf umarbeitet und vereinfacht. Es ist dieses unselige System von Mißtrauen und Vormundschaft, diese Flut von Papier und Tinte, meine Herren von der B.Vp., das den die Hauptarbeit leistenden Außenbeamten durch eine Hydra am grünen Tisch sitzender, gut bezahlter Aufseher wie einen Idioten oder Lumpen behandeln läßt. Mit der radikalen Umarbeitung unseres mittelalterlichen Behördenaufbaues muß völlig Änderung des senilen Verwaltungs-, Buchungs- und Rechnungswesens verbunden sein und kaufmännischer Geist einziehen.

Unsere höheren Beamten mit ihrer gründlichen akademischen Ausbildung sind doch schließlich nicht dazu da, um sich fast nur als Unterschreiber und Postordonnanzen höherer Stellen zu betätigen. Man gebe nicht über jede Lächerlichkeit seitenlange Erlasse und kuhhautartige Vorschriften heraus, sondern lasse die Außenämter unter tüchtigen Vorständen selbständig arbeiten und gewöhne sich endlich dieses ewige kindische Gängeln ab. Gerade die Bayer. Volkspartei, die immer über die Reichszentralisierung schimpft, veranlaßt die Bayerische Staatsregierung am allerwenigsten, in Bayern selbst nach dem Rechten zu sehen.

Vor allem muß aber wieder Treu und Glauben in unsere Beamtenpolitik einziehen. Dazu gehört, daß die Männer, die sie leiten, dem Geist radikaler Elemente und der Herrschaft der Straße, die auch hier eine Rolle spielt, den Kampf ansagen.

Also Taten, keine tapferen Reden. Wer immer nur über die Wirkung schimpft und die Ursache wie die Katze den heißen Brei umschleicht, darf nicht von überflüssigen Beamten sprechen.

J. Sch.

Die Monarchie Manfred Wolframs

München, 27. August.

Seit einigen Wochen erscheint hier ein Käseblättchen „Die Monarchie", Kampfblatt der bayerischen monarchistischen Bewegung, Parteiorgan der Bayerischen Monarchistischen Partei. Da wir bereits eine Bayerische Königspartei haben, so fragt man sich unwillkürlich, ob hier eine Neugründung vorliegt, oder ob innere Verbindungen zwischen den beiden Gruppen herrschen. Aber das ist schließlich eine Angelegenheit, die für uns wenigstens, die wir auf dem Standpunkte stehen, daß es sich jetzt um die Rettung der nackten Existenz des deutschen Volkes handelt, nicht um die Frage der Staatsform, nebensächlich ist.

Etwas mehr interessiert uns die Person des Herausgebers dieses Blättchens, der in einem Aufsatz „Hitler und Wir" sich eine freche Anpöbelung unserer Bewegung erlaubte. Auf den Inhalt dieses Schriebes näher einzugehen, erübrigt sich, denn wir haben Wichtigeres zu tun, als uns mit Hinz und Kunz herumzuschlagen. Wir möchten nur zeigen, was für eigentümliche Persönlichkeiten sich heute anmaßen, in der Politik eine Rolle spielen zu wollen, anstatt froh zu sein, in aller Stille ein möglichst unbeachtetes Dasein führen zu können.

Vor einem Jahre noch war Manfred Wolfram, der aus Sachsen stammt, ein ganz armer Teufel, der seine Kinder auf Kosten der Armenkasse erhalten ließ. Armut ist freilich keine Schande, am allerwenigsten in der Novemberrepublik, allein man hat doch den Eindruck, daß Manfred Wolfram deswegen so in Not geriet, weil er nichts taugte. Deshalb wurde ihm von seinem eigenen Vater, einem höheren, allgemein geachteten Regierungsbeamten in Sachsen, der Stuhl vor die Türe gesetzt, und als er vor einiger Zeit versuchte, ins Elternhaus zu gelangen, scheuchte ihn sein Vater mit der Drohung, die Polizei anzurufen, hinweg. Es müssen also wohl höchst schwerwiegende Gründe sein, wenn der eigene Vater gegen seinen Sohn die Polizei anruft.

Lange ist es noch nicht her, da war M. W. alles andere, nur kein Monarchist. Er schimpfte ganz gewaltig auf das Haus Wittelsbach und erklärte dazu auch, daß Ludendorff umgebracht werden müsse. In Berlin, wo er sich auch aufhielt, verkehrte er vorwiegend in den Kreisen der dort eingefilzten galizischen Juden, die einen üppigen Handel mit Schmuck treiben, den sie einschmelzen, verkaufen usw. Überflüssig zu bemerken, daß ihnen der größte Teil des Schmuckes auf unreelle Weise zukommt. M. W. erklärte hier vor Zeugen, daß er aus diesen „Handelsgeschäften" viel Nutzen zog.

Nun sitzt er in München, wo er in der Hohenzollernstraße 102 eine hochherrschaftliche Wohnung bezog. Wo nimmt er nur die Mittel dafür und zur Herausgabe seiner Wochenschrift her? Vielleicht gelingt es ihm, aus adeligen Kreisen Gelder zu erhalten, aber wir glauben bei der ganzen Persönlichkeit dieses Menschen nicht, daß er dort viel Glück haben wird.

Sollte er etwa in Verbindung mit jenem Manne stehen, der Joseph Moser heißt, wie man uns versichert, einer jüdischen Familie entstammt und dessen Stiefvater ein Berliner Bankier, namens Rotschild, ist? Als Baron Moser de Beiga wurde dieser Mann vor zwei Jahren in München wegen verschiedener Hochstapeleien und Betruges zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Vorher übrigens schon lief hinter ihm ein Steckbrief, da er bereits in anderen Städten geschwindelt hatte.

In München trat er als päpstlicher Kämmerer auf, schacherte mit längst erloschenen Ordensauszeichnungen und wurde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis Brillantenschieber. Als solcher wurde er von der Polizei eine Zeitlang beobachtet. Dieser höchst ehrenwerte Mann soll sich nun, wie uns von glaubwürdiger Seite versichert wird, in die monarchischen Kreise eindrängen, wo er Vorträge über die Monarchie hält. So erst vor etwa zwei Wochen im Augustiner. Während der Rätezeit verhaftete man ihn als Geisel; er spielte damals eine mehr als zweideutige Rolle und machte sich deshalb bei beiden Parteien verdächtig. Politisch ist er bayerischer Separatist und propagiert den Gedanken der Loslösung Bayerns vom Reich unter Frankreichs Protektorat.

Manfred Wolfram und Joseph Moser — wahrlich ein schönes Paar. Uns kann es ja gleichgültig sein, von welchen Leuten die Bayerische Königspartei, die bekanntlich vor allem in der Bayerischen Volkspartei ihre Anhänger hat, monarchistische Propaganda treiben läßt, aber daß immer wieder die Tigerklauen des Separatismus dabei bemerkbar werden, das möchten wir doch ausdrücklich wieder einmal feststellen. Unwillkürlich fällt einem stets der Tirardsche Geheimbericht ein, dessen Dr. Heim so schwer belastende Stellen bis heute von der Presse der Bayerischen Volkspartei „verheimlicht" wurden.

Polizeivorstand oder Börsensyndikus?

Die „Bayerische Gemeindebeamten-Zeitung" Nr. 12 vom 15. August schreibt unter dieser Überschrift:

Wiederholt haben wir schon darauf verweisen müssen, welch unheilvolle Rolle Herr Bürgermeister Merkt in Kempten gegenwärtig spielt. Seine früheren Aussprachen über Beamtenbesoldung sind noch in Erinnerung und standen im merkwürdigen Gegensatz zu der Freigebigkeit, mit der er die landwirtschaftliche Bevölkerung geradezu anspornt, ihre Preise nach jeder Möglichkeit zu erhöhen. Die Gründung der Kemptener Butterbörse haben wir gekennzeichnet, ebenso ihren rein börsenmäßigen Ausbau. Es folgte der Kampf um die Anerkennung der Börsennotierungen von Kempten für die Milchpreisfestsetzung für Südbayern. Merkt, Syndikus der Butterbörse, siegte, denn seine Notierungen wurden anerkannt. Es kam zur Debatte im Landtag zwischen Bauernbundsminister Wutzlhofer gegen Merkt, der von allen Parteien preisgegeben wurde. Wie auswärtige Sachverständige über das Auftreten Merkts urteilten, haben wir hier abgedruckt, ohne daß Hr. Merkt uns oder unserem Gewährsmann eine Berichtigung gesandt hätte. Auch unsere früheren Anfragen, ob Merkts Auffassungen mit seinen Beamtenpflichten vereinbar seien, haben zu keinem weiteren Resultat geführt. Nun erfahren wir hier in München, daß Herr Merkt, der Syndikus der Kemptener Butterbörse, als Bürgermeister und daher als Vorstand der Kemptener Polizei angeordnet hat, daß wucherpolizeiliche Verfehlungen bezügl. landwirtschaftlicher Produkte nur mit seiner Genehmigung der Staatsanwaltschaft übermittelt werden dürfen. Hiergegen hat die Staatsanwaltschaft die Zentralbehörden in München verständigt, welche sich nun mit dieser Sache zu befassen haben. Nach unserer Auffassung kann die Klarstellung des Sachverhalts nur durch ein Disziplinarverfahren erfolgen. Weite Kreise werden der Auffassung sein, daß es höchste Zeit wäre, daß nicht nur durch ein Disziplinarverfahren, sondern durch einen Akt der Staatsregierung Bayern von dem Wirken der Butterbörse und deren Vertreter, der in der gekennzeichneten, unerhörten, provozierenden Weise gegen alle Verbraucher auftritt, befreit wird.

Wir geben hiermit Herrn Dr. Merkt Gelegenheit, sich zu diesen Ausführungen zu äußern.

Ministerialräte und Buchdrucker

Vom Bayerischen Beamtenbund erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme:

In Nr. 622 der „Frankfurter Zeitung" sind in einem Leitartikel über die allgemeine Wirtschaftslage kritische Behauptungen über die Höhe des Beamtengehaltes aufgestellt, die eine derartige Sachunkenntnis verraten, daß es notwendig erscheint, diesen Aufstellungen zur Steuer der Wahrheit öffentlich entgegenzutreten. Wenn dort unterstellt wird, der Beamte der Gruppe XIII (Ministerialratsklasse) erhalte „750 Goldmark" und gleich darauf von der „Kaufkraft" des Gehaltes gesprochen wird, so ist eine derartige Verschiebung des Wertmaßstabes schon ein Zeichen der Oberflächlichkeit der Betrachtung.

In Wirklichkeit vergleicht aber die „Frankfurter Zeitung" die „Goldmark" bzw. die „Kaufkraft" der Gruppe XIII auf Grund der vorletzten Teuerungszahl des Statistischen Reichsamtes (also der Zeit vom 6. bis 12. August) mit der Höhe des Beamtengehaltes, das für die Zeit vom 15. bis 31. August gilt. Ein solches Verfahren steht auf der gleichen Höhe, wie wenn ein Beamter seine Notlage damit begründen wollte, daß er bei seinem Gehalt für die Zeit vom 6. bis 12. August sämtliche Nachzahlungen für die zweite Augusthälfte weglassen, aber mit der Preishöhe vom 15. mit 31. August vergleichen wollte. In Wirklichkeit ist die Kaufkraft des Beamtengehaltes für die zweite Augusthälfte erst nach der Preisbewegung bis zum 31. August berechenbar, wobei daran erinnert werden darf, daß für die erste Augusthälfte die Reichsregierung sich sehr beträchtlicher Unterschätzungen der Teuerung zum Nachteil der Beamten schuldig gemacht hat. Wenn ferner von 750 Goldmark gesprochen wird, so ist die Feststellung geboten, daß es sich um die Ministerialratsklasse handelt, die selbst bei Nichterkennung der eben angeführten grundlegenden Verschiebung des Beurteilungszeitpunktes durch die „Frankfurter Zeitung" noch fast ein Drittel (bei 11 400 M. Friedensgehalt), bei den preußischen Ministerialräten noch weit über ein Drittel hinter dem Friedensstand bleibt.

Angesichts derartiger Unrichtigkeiten ... sich noch die Schlußfestsetzung, daß die ... furter Zeitung" in einem Satz die zu ho... lohnung der Gruppe XIII und des Buch... behauptet; das bedeutet die Zusammens... der Ministerialratsklasse, in die durchsch... etwa nur 0,2 Prozent der höheren Be... (nicht der gesamten Beamtenschaft) komme... dem gewöhnlichen Buchdruckarbeiter ohne ... tere gewerbliche Qualifikation. Das Unzul... eines solchen Vergleichs, das die „Frankf... Zeitung" ihren Lesern freilich dadurch vorent... daß sie nicht angibt, um wieviele und we... Beamte in der Gruppe XIII es sich handelt, ... nur die Frage übrig, ob man die Demagogie ... cher Vergleichskunst bewundern oder ob man a... nehmen soll, die „Frankfurter Zeitung" habe ... aufgegeben, in wirtschaftspolitischen Betrachtu... gen ihre Leitartikel auf eine ernsthafte Betrac... tung einzustellen.

*

Bayern und die Grenzlande

Dachau. (Vom Auto überfahren.) Die Bauersfrau Marie Strobb von Staugenried fuhr mit dem Rade nach Indersdorf; an einer Straßenbiegung fuhr die Frau in das Lastautomobil der Maisacher Brauerei und wurde getötet. Sie hinterläßt mehrere kleine Kinder — Bei Mitterndorf wurde ein einjähriges Fohlen von der Weide weg gestohlen und vermutlich nach München getrieben. Es hat einen Wert von 400 Millionen.

Mindelheim. (Wertbeständige Bibliothekgebühren.) Einem Stadtratsbeschluß zufolge wird von nun ab das Ausleihen von Büchern aus der Stadtbibliothek so gehandhabt, daß für jedes auszuleihende Buch die Gebühr von einem Pfennig mal Schlüsselzahl erhoben wird. Das macht gegenwärtig für ein Buch 10 000 Mark.

Buchloe. (Gegen die neuen Steuern.) Eine von Landwirten, Handel- und Gewerbetreibenden des Finanzbezirks Buchloe stark besuchte Versammlung erhebt in einer Entschließung schärfsten Protest gegen die neuen Steuergesetze, deren Durchführung den Ruin des Nährstandes und die Verarmung des Volkes bedeute. Eine zweite Resolution verlangt die Wiederherstellung der Steuerhoheit für Bayern, da die bisher gemachten Erfahrungen mit der zentralisierten Steuerhoheit in Berlin unser Wirtschaftsleben dem sicheren Ruin entgegenführten.

Augsburg. (Erhöhung des Gaspreises.) In der letzten Vollsitzung des Stadtrates wurde der Gaspreis von bisher 6500 M. pro Kubikmeter mit Wirkung ab 1. August dieses Jahres auf 60 000 M. pro Kubikmeter erhöht, infolge der riesigen Steigerung des Kohlenpreises, der Frachten und Gehälter.

Augsburg. (Verdoppelung der Straßenbahntarife.) Der Verwaltungsrat der Straßenbahn hat einstimmig den Beschluß gefaßt, ab Sonntag den Straßenbahntarif zu verdoppeln, so daß die Fahrpreise bis auf weiteres auf 30 000, 60 000, 90 000 und 120 000 M. kommen werden. Der Gepäcktarif wird auf 60 000 M. festgesetzt. Im gleichen Verhältnis erhöhen sich auch die Preise für Zeit-, Netz-, Arbeiter- und Schülerkarten. Die Frequenz der Straßenbahn ist, trotz der erst kürzlich erfolgten Tariferhöhungen um 100 Prozent nicht merklich zurückgegangen. Der Stadtrat stimmte den Anträgen des Verwaltungsrates einstimmig zu.

Füssen. (Schwefelbad Krackelmoos.) Das allen Besuchern des Außerfern bekannte, am Wege zum Plansee gelegene, ehemalige Kloster- und spätere Schwefelbad Krackelmoos, das lange Jahre leer stand, wird vom jetzigen Besitzer Kuschtatscher hier einer gründlichen baulichen Erneuerung unterzogen und wieder zu einem Kupfer- und Schwefelbad eingerichtet.

Leutkirch i. Algäu. (Ein Musterstück von einem Hebräer.) Eine Frau H. aus S. wollte sich vor einigen Wochen bei der Firma L. Gollowitsch (Jude!), „Kaufhaus zum Anker" einen Überzieher kaufen, was ihr aber unmöglich wurde, da Gollowitsch senior 6½ Millionen für einen solchen verlangte. Die Frau erschrak, bedauerte, das nicht zahlen zu können und meinte, sie könne sich ja bald das Notwendigste zum Leben nicht mehr kaufen. Gollowitsch erwiderte in köhnischer Weise, das sei ihm gleich, wie es komme, und fügte hinzu: „Wenn ihr keine Wurst mehr kaufen könnt, dann freßt eben Schwarzbrot, wenn ihr kein Bier mehr kaufen könnt, dann trinkt ihr eben Wasser, wenn ihr keine Schuhe mehr habt, dann geht ihr halt barfuß!" Er sei mit allen Waren auf lange Zeit eingedeckt — es komme jetzt die Goldwährung, er habe seine Waren noch billig eingekauft, werde jetzt aber nur noch nach Goldwährung verkaufen, auch brauche er jetzt nach Goldwährung nicht mehr einkaufen, da er sich beizeiten ein großes Lager beschafft habe. Wie es mit den Lebensmitteln gehe, sei ihm ebenfalls gleichgültig, auch hierin habe er sich auf lange Zeit völlig eingedeckt und brauche keine mehr, es sei ihm gleich, wie hoch sie steigen, er habe z. B. noch Eier, die er sich seinerzeit noch zu 10 M. das Stück gekauft habe. — Wahrhaftig, ein Musterknabe von einem Hebräer!

Hilpoltstein. (Rücktritt der „Regierung".) In der öffentlichen Stadtratssitzung am Mittwoch wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, insgesamt zurückzutreten. Auch der 1. und der 2. Bürgermeister sind zurückgetreten in der Annahme, damit dem Frieden und den Interessen der Stadt zu dienen. Zugleich verpflichtete man sich auf Ehrenwort, nicht mehr zu kandidieren.

Kulmbach. (Die Krise im Buchdruckergewerbe.) Die oberfränkischen Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger haben beschlossen, ihre Zeitungen nur vorläufig noch herauszugeben, dem Personal aber zu kündigen, da der hohe, vom Reichswirtschaftsministerium diktierte Lohn weder aufgebracht noch aus der Provinzunternehmungen auch nur annähernd herausgewirtschaftet werden kann.

Würzburg. (Die Not der Presse.) Die „Fränkische Landeszeitung", die seit drei Monaten an Stelle der „Bayerischen Landesztg." erschien, hat ihr Erscheinen eingestellt. In einem Abschiedsartikel teilt der Herausgeber mit, daß er in den drei Monaten 400 Millionen Mark zugesetzt hat, ohne das Unternehmen halten zu können.

Briefkasten

Schuldes R., J.: Brief erh.; Buchbestellg. wird erledigt. An beide angeg. Anschriften wird die Zeitg. ab 1. Sept. ges. — Kc. 30,— ebenfalls erh. Nach Verrechn. d. Aug.-Geb. sind noch Kc. 7,20 offen. Zahlg. zus. mit Sept.-Geb. erbeten! Herzl. Dank und treudeutschen Gruß!

Joseph Sch... Wie Sie sehen, verwendet. Besten Dank. Heil!

Das Urteil im Mordprozeß Baur

Das Volksgericht München I verkündete, wie bereits kurz gemeldet, am Montag nachmittag 5 Uhr in der Strafsache wegen Ermordung des Studenten Karl Baur folgendes einstimmig gefällte Urteil:

1. Der Angeklagte August Zwengauer wird wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode verurteilt; die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm dauernd aberkannt.

2. Der Angeklagte Johann Berger wird wegen eines Vergehens der Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis, ab 2 Monate Untersuchungshaft verurteilt.

3. Die Angeklagten Ernst Berger und Dr. Arnold Ruge werden von der Anklage des Mordes bzw. der Anstiftung hierzu freigesprochen.

4. Der Angeklagte Dr. Ruge wird wegen eines Vergehens der Aufforderung zum Mord zu der zulässigen Höchststrafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft werden ihm abgerechnet.

5. Der Angeklagte Ernst Berger wird auf freien Fuß gesetzt.

Das Gericht verkündete ferner Beschluß, daß die Staatskasse zur Leistung einer Entschädigung an Ernst Berger wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft nicht verpflichtet ist.

In den Gründen des Urteils geht das Gericht zunächst auf die Persönlichkeit des ermordeten Baur, sein Bekanntwerden mit Zwengauer, des Vorstellung durch Aumiller beim Blücherbund, die Regensburger Reise ein und gibt eine Schilderung des Tatbestandes, wie er sich aus der zweieinhalbtägigen Verhandlung ergeben hat. Es behandelt dann die Darstellung des Angeklagten Zwengauer nach der Tat im Zimmer Bergers, seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter und seine schriftliche Darlegung in der Untersuchungshaft sowie sein Verhalten in der Verhandlung selbst. Das Gericht kommt auf Grund dieser Tatsachen zu folgendem Ergebnis:

Der Angeklagte Zwengauer hat die Tötung Baurs vorsätzlich und mit Überlegung nach einem genauen Plane ausgeführt. Das Gericht stützt sich dabei auf die mit aller Gewissenhaftigkeit, Sorgfalt und Verantwortlichkeitsgefühl gemachten Darlegungen des Zeugen Stubenrauch, zur Schilderung Zwengauers [illegible]. Zwengauer, von Natur ein feinfühliger, weicher Mensch, hat sich in seiner vaterländischen Begeisterung über die Ausführung Baurs und vor allem in seinem studentischen Gefühl, der von ihm von Baur widerfahrenen Beleidigungen auf das tiefste gekränkt gefühlt. Er hat in der Verhandlung wohl immer wieder betont, er könne sich nicht erinnern, wolle aber damit nicht sagen, daß [illegible] der Unwahrheit berichten. Er hat bereits im „Café Damböck“ mit der Äußerung „Dem Baur werde ich ein verstecktes Waffenlager zeigen“, zum mindesten mit dem Gedanken der Beseitigung Baurs gespielt. Den Plan zur Tötung hat er zweifellos in jener Nacht vom 18. zum 19. Februar in der Wohnung Bergers gefaßt, [illegible] die Autofahrt [illegible]. Er hat in seiner schriftlichen Darstellung in der Untersuchungshaft gar nicht erwähnt, daß er mit Baur in der Nacht in der Wohnung Bergers [illegible] die Ausweispapiere in die Handtasche zu legen in der Erkenntnis, daß nach der Tat die Feststellung der Persönlichkeit Baurs nicht möglich werde. Nachdem er Baur in Sicherheit gewiegt hatte, begab er sich mit ihm an die vorher von ihm genau ins Auge gefaßte Stelle an der Isar. Es mag ihm dabei auch die Vorstellung vorgeschwebt haben, die er noch von der Erzählung Ströbels in der Erinnerung hatte, daß dieser in Oberschlesien einen Leutnant ins Wasser geschossen habe.

Ein Akt der Notwehr kommt nicht in Betracht, da Zwengauer Oberwasser über Bauer hatte, und selbst, wenn es zu dem vermeintlichen Streit gekommen wäre, Zwengauer, und nicht Baur der Angreifer gewesen wäre. Darüber, ob durch seinen Schuß Baur wirklich tot sei oder nicht, hat er keine Untersuchung mehr angestellt, was ebenfalls für den vorgefaßten Plan spricht. Zwengauer wollte den Tod seines Opfers, selbst wenn dieser erst durch das Werfen in die Isar herbeigeführt worden ist. Die Tat ist mit Überlegung ausgeführt. Dafür sprechen alle Umstände vor der Tat, diese selbst und das Bekenntnis nach der Tat bei Johann Berger. Er hat auch die Tat mit klarer Erinnerung, vielleicht phantastisch aufgeputzt erzählt. Wenn er auch selbstverständlich unter dem Eindruck des furchtbaren Geschehens stand, so hat er doch ruhig eine Zigarette geraucht und gefragt, was mit dem Koffer Baurs geschehen soll. Angesichts dieser Umstände ist es unabweisbar, daß die Tat keine Affekthandlung, sondern das Ergebnis klarer, wertbeständiger Überlegung war. Daß Zwengaur Baur kalt und ruhig aus der Welt geschafft hat, ist nicht anzunehmen; dies verlangt aber auch das Strafgesetz nicht. Ein Dämmerzustand Zwengauers kommt nicht in Frage, auch das Trinken von drei Gläschen Schnaps hat keinen Einfluß auf seine Verantwortlichkeit. Zwengauer ist eine Persönlichkeit, die das auch durchführt, was sie sich zum Ziele gesetzt hat. Darum sein Ausharren trotz Übermüdung und körperlichen Mißbehagens.

In der Richtung gegen Johann und Ernst Berger führte das Verhandlungsergebnis zu folgender Erwägung: Hans Berger war gegen Baur wegen dessen Unzuverlässigkeit mißtrauisch geworden, auch sein Bruder Ernst Berger wegen der erpresserischen Art des Vorgehens Baurs. Desgleichen hat Ruge sich über Baur geärgert und ihm kein Vertrauen geschenkt. Die Brüder Berger waren besonders über das Benehmen Baurs in Regensburg ungehalten und haben ihm in der Wohnung Vorwürfe gemacht. Dort entwickelte sich dann der Mordplan. Allein eine irgendwie geartete Mitwirkung oder psychische Beeinflussung ist nicht zutage getreten. Wie Stubenrauch angibt, waren sie bei der Besprechung der Autofahrt unbeteiligt. Ernst Berger hat nichts getan, um Baur zu täuschen, da Zwengauer den Schnaps auf eigenen Wunsch bekommen hat. Auch ist es nicht richtig, daß Stubenrauch zur Bahn geschickt wurde, um den Mordplan nicht zu stören, dieser ist freiwillig zur Bahn gegangen. Man hätte ihn sicherlich nicht in der Wohnung gelassen, wenn man mit einer Rückkehr Zwengauers gerechnet hätte. Das schwere Belastungsmoment, das sich in der Voruntersuchung ergeben hat, die beiden Berger hätten in Abwesenheit Stubenrauchs beraten, ob sie die Handtasche Baurs verbrennen müßten, ist nicht erwiesen, daß Stubenrauch sagt, er könne sich nicht erinnern, es sei ein Mißverständnis sehr gut möglich. Das Gericht ist überzeugt, daß die Brüder Berger ebenso wie der Zeuge Stubenrauch vermutet haben, es breite sich die Beseitigung Baurs vor, aber mangels eines Beweises der Teilnahme waren sie freizusprechen. Die Verurteilung wegen Begünstigung mußte erfolgen, da Johann Berger die Handtasche verdeckt hat, um die Spuren der Tat von Zwengauer abzulenken. Straferschwerend war die Schwere des Verbrechens, dessen Täter er begünstigte, strafmildernd sein tadelloses Vorleben, sein tapferes Verhalten im Kriege und der Geist, der allerdings falsch aufgefaßten Kameradschaft, der ihn leitete.

Ein rechtlicher Zusammenhang Ruges mit dem Morde besteht nicht. Eine Anstiftung des Zwengauer zur Tat ist ausgeschlossen. Ruge war am 18. Februar, da der Mord beschlossen wurde, gar nicht in München. Baur und Zwengauer waren sog. Privatsekretäre bei Ruge. Als ausführende Organe einer sogenannten Tscheka kommen sie nicht in Betracht. Ruge, der sich seit 1920 besonders auf die Judenfrage geworfen hat, zeigte in seinen Reden und Vorträgen radikal antisemitischen Geist. Am 13. Februar war ein Vortrag im Wittelsbacher Garten, die Versammlung wurde von Hans Berger eröffnet, die neu eingetretenen Leute, darunter auch Zwengauer, wurden durch Handschlag verpflichtet, und es wurde ein Geheimbefehl bekanntgegeben, daß über den Inhalt der Versammlung geschwiegen werden müsse. Die Zuhörer, junge Leute im Alter von 15—20 Jahren, waren auf die Eröffnungen gespannt, da verbreitet war, es könne jeden Tag zum Kampfe kommen. Ruge forderte auf, sich zum Kampfe bereitzuhalten und verwies auf die Abrechnung, auf die Befreiung von den äußeren und inneren Feinden. Zu letzteren rechnete er vor allem die Juden, die er als Schädlinge bezeichnete. Das Urteil führt dann die bekannten Äußerungen über die Juden an. Viele der jüngeren Zuhörer wurden stutzig über das Ansinnen, sich einen Juden herauszusuchen und zu ermorden; ein Zeuge hat die Leute beruhigt und erklärt, Ruge sei nicht ernst zu nehmen. Ruge bestreitet nicht, sich so ausgelassen zu haben, will aber seine Rede im Zusammenhange gewürdigt wissen. Er ist schuldig eines Vergehens der Aufforderung zum Mord. Seine Aufforderung war ernst gemeint. Ruges Charakter entspricht es nicht, etwas zu sagen, was er nicht will, wenn er auch als Fanatiker möglicherweise den Erfolg nicht überdenkt. Seine Rede war ein planmäßiger Versuch, den jungen Leuten das Umbringen von Juden und ebenso von politischen Persönlichkeiten des In- und Auslandes als Ziel und Aufgabe im Falle des Losbrechens des Bürgerkrieges vor Augen zu stellen. Die Wirkung war, daß eine Anzahl der Teilnehmer über die Eröffnungen sich in ihrem Gewissen beschwert fühlten. Es handelt sich nicht um eine rednerische Entgleisung. Die gesetzliche Höchststrafe von einem Jahr war angemessen. Erschwerend wirkt, daß die Aufforderung an vielfach unreife und junge Leute gerichtet wurde, und daß bei ihrem Fanatismus ein verderblicher Einfluß auf diese, zumal bei der politischen Hochspannung zu befürchten war. So erklärt es sich, warum junge Leute, wie Zwengauer, die Hemmungen verlieren, die der natürlichen und anerzogenen Scheu vor dem Eingriff in fremdes Menschenleben entspringen. Es wirkt nicht strafmildernd, daß die Aufforderung von einem gebildeten Mann wie Ruge ausging. Ruge ist nach dem Sachverständigengutachten, wenn er auch in seinen Ideen von Fanatismus beeinflußt ist, strafrechtlich voll verantwortlich. Billig war die Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, eine Haftentlassung des Ruge war nicht veranlaßt.

Nach Verlesung der Urteilsgründe trat Ruge, während sich der Gerichtshof entfernte, an den Richtertisch heran und versuchte, dem Staatsanwalt gegenüber seine Entrüstung über das Urteil gegen Zwengauer zum Ausdruck zu bringen, das er als eine Gemeinheit bezeichnete. Der Angeklagte Zwengauer rief, als er abgeführt wurde, unter der Türe aus: „Ein Schandurteil, unerhört!“

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Bekanntmachung

der Parteileitung der N.S.D.A.P.

An sämtliche Mitglieder der Ortsgruppen und Sektionsleitungen:

Beschluß des Finanzausschusses vom 24. 8. 1923.

1. Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt ab 1. September bis auf weiteres 200 000 M. Mindestbeitrag.

Im Sinne des Finanzausschusses gilt der Mindestbeitrag nur für Minderbemittelte und zwar: Kriegsinvaliden, Erwerbslose und arme Studenten, Witwen mit Kindern usw. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es daher, die finanziellen Verpflichtungen der Partei gegenüber, seinem Einkommen entsprechend freiwillig anzupassen, denn Nationalsozialist kann nur sein, wer bereit ist, Opfer zu bringen.

Die vorhandenen Mitglieds- und Werbebeitragsmarken werden ab 1. September 1923 zu folgendem Nennwert ohne Überdruck ausgegeben:

Marken mit Aufdruck	100 M.	zu	100 000 M.,	
„ „ „	200 M.	zu	200 000 M.	
„ „ „	300 M.	zu	300 000 M.	
„ „ „	500 M.	zu	500 000 M.	
„ „ „	1000 M.	zu	1000 000 M.	

Die Ortsgruppen werden nach erfolgter Ausgabeabrechnung für den Rest des zu unseren Gunsten verbleibenden Sollbetrages für empfangene Beitragsmarken mit dem 100fachen Betrag ohne besondere Benachrichtigung belastet.

2. Bei Nachzahlung rückständiger Beiträge ist, um für die Geldentwertung einen Ausgleich zu schaffen, für sämtliche rückständige Monate der für September festgesetzte Beitrag zu entrichten. Bei Nachweis von Krankheiten oder Erwerbslosigkeit kann Beitragsbefreiung beantragt werden.

3. Nachdem die Frist für den Umtausch der für die Jahre 1921/1922 ausgestellten Mitgliedskarten am 1. August abgelaufen ist, werden dieselben als ungültig erklärt, und ist es Pflicht der Ortsgruppen und Sektionsleitungen, von Zeit zu Zeit Kontrolle vorzunehmen, diese Karten abzunehmen, und an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden.

4. Von jetzt ab werden für Postscheck und Bankeingänge besondere Bestätigungen wegen der hohen Kosten nicht mehr zugesandt, sofern der eingesandte Betrag nicht mindestens eine Million beträgt und sonstige Fragen nicht zu beantworten sind. Die Mitglieder der auswärtigen Ortsgruppen werden dringend ersucht, sich mit allen Anfragen und Anforderungen bezüglich Werbematerial und Parteiabzeichen usw. an ihre zuständigen Ortsgruppen oder Vertrauensmänner zu wenden.

Für den Finanzausschuß: J. Singer.

*

An sämtliche Ortsgruppen!

Sämtliche Ortsgruppen, die im Laufe des Monats September öffentliche Versammlungen abzuhalten gedenken, werden ersucht, ihre Rednerauforderungen in der bekannten Form bis spätestens Montag, den 3. September, an die Geschäftsstelle der Partei, Corneliusstraße 12, unter dem Stichwort „Versammlungswesen“ einzusenden. Ortsgruppen, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Rednerauforderungen nicht eingeschickt haben, verlieren den Anspruch auf Zuweisung eines Redners der Parteileitung für den Monat September. Die Ortsgruppen erhalten bis spätestens Montag, den 8. September, endgültige Mitteilung.

*

Referentenbesprechung!

Sämtliche Herren Referenten der Partei, einschließlich der Bezirksgeschäftsführer, werden zur Regelung des Versammlungswesens im Monat September sowie zu einer kurzen politischen Aussprache (Leiter: Adolf Hitler) für Dienstag, den 4. September, nachmittags 4 Uhr, in die Geschäftsräume der Parteileitung, Schellingstraße 39/I, gebeten.

*

Sektionsversammlungen

Mittwoch, den 29. August 1923:

Sekt. Westend: Sprechabend im Nebenzimmer des Spatenkellers, Theresienhöhe. Referent: Pg. Hermann Esser.

Freitag, den 31. August 1923:

Sekt. Schwabing: Sprechabend im Gasthaus „Franz-Josephs-Hof“, Franz-Joseph-Straße 45. Referent: Pg. Joseph Stolzing.

Die Sektion Westend teilt mit:

Es wird darauf hingewiesen, daß zur Sektion Westend der 9., 19., 20. und 25. Stadtbezirk gehören und es dringend erwünscht ist, daß die zur Sektion gehörenden Parteimitglieder den Sektionsabend, der jeden Mittwoch im Nebenzimmer des Spatenkellers stattfindet, besuchen. In den nächsten Tagen werden Beauftragte der Sektion bei den säumigen Mitgliedern zur Einhebung der Beiträge vorsprechen.

*

Adolf Hitler im Allgäu

Als Schlußstein einer zähen, langwierigen Kleinarbeit im Algäu darf die große Massenversammlung unserer Partei am vergangenen Freitag in Kempten angesehen werden, in der unser Führer Adolf Hitler sprach. Der mehrere tausend Menschen fassende, größte Saal der Stadt, das „Kornhaus“, war derart überfüllt, daß schon lange vor Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt werden mußte. Daß die Ausführungen unseres Führers, der in dreieinhalbstündiger Rede zunächst die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes zeichnete und dann in der ihm eigenen, unwiderleglichen Art die Grundzüge unseres Programms entwickelte, mit rauschendem Beifall und vollkommen widerspruchslos entgegengenommen wurde, muß besonders betont werden, da Kempten bisher als eine der stärksten Stützen der Marxisten, Kommunisten und besonders auch jener bürgerlichen Demokratie galt, von der wir wissen, daß sie unter Umständen gefährlicher werden kann als die offene Anarchie. Keiner von den mehr oder weniger berühmten Führern der dortigen Sozialdemokratie, die bisher sowohl in Kempten selbst als auch außerhalb in der schamlosesten Weise gegen unsere Bewegung Front gemacht hatten, wagte es, sich unserem Führer in freier Aussprache entgegenzustellen. Als besonderen Beweis für die Unwiderleglichkeit der von unserem Führer gemachten Ausführungen darf man noch anführen, daß die Presse, besonders die der „Bayerischen Volkspartei, die „Algäuer Zeitung“, die sonst über die geringfügigsten Dinge spaltenlange Berichte bringt, mangels der Fähigkeit, sachliche Momente gegen unsere Sache vorzubringen, es vorzog, unter der lächerlichen Ausflucht, die Pressevertreter hätten im Saal keinen Platz mehr gefunden, die Versammlung totzuschweigen. Den Erfolg der gewaltigen Hitlerkundgebung in Kempten, das Anwachsen unserer Bewegung im Algäu aber wird niemand, auch nicht ein verärgerter Tintenmaharadscha, hintanhalten können.

*

Deutscher Tag in Nürnberg

Wie schon bekannt, findet am 1. und 2. September in Nürnberg eine große vaterländische Kundgebung und im Rahmen dieser ein Deutscher Tag der fränkischen Nationalsozialisten statt. Die Ortsgruppen, die teilnehmen wollen, werden ersucht, umgehend die voraussichtliche Teilnehmerzahl an die Ortsgruppe Nürnberg, Lange Gasse 21, Eingang Maxtormauer 9, zu melden.

Der Jugendbund der Ortsgruppe Nürnberg bittet uns, besonders die nationalsozialistischen Jugendabteilungen zur Teilnahme an dem Deutschen Tag einzuladen. Anmeldungen ebenfalls an das Nürnberger Parteibureau.

Handel-, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Zinsknechtschaft

Von Gottfried Feder.

Die Völker stehen unter einer unerhörten Wirtschaftskrisis. Sieger und Besiegte des Weltkrieges sind in gleicher Weise Beute der Weltfinanz geworden.

Entwertung der Arbeit ist das charakteristische Merkmal der Zeit, dem als Gegenpol die schrankenlose Herrschaft des Großleihkapitals gegenübersteht. Wir stehen hier am Endziel einer wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung, eines Kampfes, den der raffende räuberische Geist des Judentums bewußt und mit allen Schwarzkünsten einer geheimen Weltverschwörung gegen den schaffenden, seßhaften und staatenbildenden Geist geführt hat.

Zwei grundverschiedene geistige Strukturen rangen miteinander: der ewig bewegliche, unschöpferische Geist des Nomadenvolkes ist mit List und Schlauheit in die Städte und Länder des eigentlichen Wirtschaftskörpers eingebrochen und hat uralten Weissagungen gemäß alle Schätze der Welt an sich gerissen. Er hat zuerst durch ein fremdes Geld- und Wirtschaftsrecht beweglich gemacht, was der gesunde erdverwurzelte Sinn des Ariers in Stadt, Staat und Land unverrückbar geschaffen hat, hat fremdes Eigentum in seinen Besitz gebracht und sich zinspflichtig gemacht.

Wucher, Betrug, Diebstahl, Geld- und Kreditgeschäfte, die Ausnützung aller menschlichen Leidenschaften benützte der Jude, um seinen Reichtum zu mehren. Endlich gelang ihm auch der Einbruch in die bürgerliche Gleichberechtigung. Bald hatte er nun Staat und Wirtschaft völlig erobert. Weit über alle Staatsgewalt reckt sich die Weltgewalt der Großfinanz empor und schickt sich an, die unbeschränkte Weltherrschaft anzutreten.

Arglos und harmlos haben die schaffenden Völker der Welt den Aufstieg des Judentums kaum bemerkt; sie haben traumverloren vom Amboß, von der Werkbank, von gelehrter Arbeit aufgeschaut, sie haben nicht begriffen, wohin der Ertrag ihrer Arbeit komme. Wohl sind sie wütend über sich gegenseitig hergefallen, wähnend, daß der Grenznachbar der Räuber sei. Und wenn ihnen einer die Judengefahr zeigte, dann haben sie überlegen gelächelt.

Daß es sich aber um den Weltfeind aller schaffenden Völker handeln könnte, um den Staaten- und Völkerzerstörer, das wollte der Wirtschaftsschöpfer nicht glauben, und er glaubt es heute noch nicht, wo alle völkische und wirtschaftliche Kraft zerrinnt.

Eine unendliche Tragik liegt in diesem Kampf auf Leben und Tod, in diesem in jeder Hinsicht ungleichen Kampf, der von der einen Seite bewußt mit aller Kraft und Entschlossenheit zahlenmäßig zwar in einer unglaublichen Minderheit, dagegen mit allen Machtmitteln der Welt geführt wird gegen einen Riesen, der heute hilflos und waffenlos am Boden liegt, der verführt und mißleitet Rettung erhofft, aber nicht von sich selbst.

Zwar weiß der Jude ganz genau, daß die ewig sich erneuernde Schöpferkraft des arischen Geistes sich wieder aufrichten, daß der Rächer erstehen wird, der ihn zerschmettern wird. Diese Angst sitzt zu tiefst in jedem Judenherzen, die läßt ihn nie so richtig froh seines Raubes werden, sie treibt ihn zu immer maßloseren Quälereien, immer neue Fesseln ersinnt sein beweglicher Geist. Mit einem Spinnennetz von Syndikaten, Trusts, Societees anonymes, Kartellen hat die Weltfinanz die Wirtschaft umspannt, ihre Banken mit ihren Hunderttausenden von Filialen und Zweigniederlassungen hängen wie Schröpfköpfe an den Leibern der schaffenden Völker. Die völlige Absaugung des Volkswohlstandes ist das letzte Ziel. Durch die verjudete Presse, durch Theater, Kunst, Wissenschaft und Lichtspiel soll den Völkern Heimatliebe, Vaterlandsgefühl, soll ihnen Ehre, Pflichtgefühl gegen Staat und Volk als überlebter Plunder hingestellt werden, bis sie wurzellos, losgerissen von Heimat und Vaterland zum ehr- und wehrlosen Fellachenvolk, zum abgestumpften, willenlosen Sklavenvolk geworden sind.

So weit will es der Jude bringen, dann, hofft er, braucht er sich nicht mehr vor dem erwachenden Geist der arischen Völker zu fürchten, dann erst hält er seine Weltherrschaft für gesichert.

Diese Herrschaft ist nun aber ganz besonderer Art, es ist die Zinsknechtschaft der Welt. Welchen fürchterlichen Grad diese Zinsknechtschaft schon erreicht hat, zeigt sich zwar an den zerstörenden Auswirkungen, aber über die Größe dieser Weltverschuldung wissen die wenigsten Bescheid. Deshalb erscheint auch den meisten eine Heilung so unmöglich, und alle Vorschläge gehen daneben, weil sie eben die Grundursache aller Not nicht klar erkennen. Daß natürlich die Nutznießer genau den Grund kennen, ist klar, aber ebenso klar ist ihr Bestreben, an diesen Dingen vorbeizureden, und zu diesem Zweck werden alle Weltkonferenzen veranstaltet. Noch auf keiner dieser Konferenzen wurde das Zinsproblem, welches ein Weltproblem ist, auch nur angeschnitten, höchstens in umgekehrter Richtung, wie dies Sir Ernest Cassel auf der Konferenz in Genua tat mit der Forderung nach Erhöhung der Zinssätze. Es blieb der sog. deutschen Reichsbank vorbehalten diese Erhöhung der Zinssätze und damit eine Belastung der innerdeutschen Wirtschaft bis zur Erdrosselung vorzunehmen.

Um welch gigantische Zinsverpflichtungen es sich handelt, die die Völker des westlichen Kulturkreises sich selbst zugunsten der Weltfinanz aufgeladen haben, zeigt uns die nachfolgende Zusammenstellung über die zinspflichtige Verschuldung der wichtigsten Staaten.

Nach den Angaben des großen englischen statistischen Jahrbuches „The Statesman Year Book“ betrugen die Staatsschulden des englischen Volkes die gewaltige Summe von rund 7½ Milliarden Pfund. Bei einem Stande von 20 000 000 Papiermark ergibt dies die Riesensumme von

150 000 000 000 000 000 M. (150 000 Billionen!)

Das französische Volk bezahlt seinen erschlichenen Sieg mit einer inneren und äußeren Staatsschuld von 310 Milliarden Goldfranken. Rechnen wir diesen Betrag nur zu dem stark gesunkenen Papierfrankenkurs von heute mit rund 300 000 M. für 1 frz. Franken, so ergibt dies die Summe von

91 000 000 000 000 000 M. (91 000 Billionen!)

Amerika, d. h. auch hier wieder das amerikanische Volk, muß an die Weltfinanz die unerhörte Summe von rund 25 Milliarden Dollars verzinsen. Bei einem Dollarstande von 5 000 000 Papiermark errechnen sich

125 000 000 000 000 000 M. (125 000 Billionen Papiermark.)

Es sind dies Ziffern, die weit alle anderen Ziffern hinter sich zurücklassen, sie übersteigen so sehr gewohnte Begriffe, weil man solche Größenordnungen bisher nur in der Astronomie gewohnt war. Das deutsche Volk soll nach dem Versailler Diktat bzw. nach dem Londoner Zahlungsplan 132 Milliarden Gold und dazu noch 333,5 Milliarden Goldmark Zinsen bezahlen. Rechnen wir auch diese Ziffer zum Vergleich mit obigen Ziffern auf Papiermark bei einem Pfundkurs von 20 000 000 M. um, also die Goldmark rund gleich 1 000 000, so ergibt dies

465 000 000 000 000 000 M. (465 000 Billionen Papiermark.)

Die meisten Menschen sind nun schon gegen solche Milliardenzahlen ganz abgestumpft worden, teils können sie sich nichts darunter vorstellen, teils wollen sie nicht. Da gibt es nun einen sehr naheliegenden Maßstab, um sich diese furchtbaren Ziffern klar zu machen. Wir teilen einmal diese Ziffern durch die Kopfzahl des deutschen Volkes, also:

465 000 000 000 000 000
60 000 000

so ergibt dies auf den Kopf jedes Deutschen

7 750 000 000 M.

7 Milliarden und 750 Millionen ist jeder Deutsche, Mann, Frau und Kind, schuldig geworden an das Weltkapital. Eine undenkbare, untilgbare Schuld:

Die Zinsknechtschaft in ihrer Vollendung.

Auf zweifache Weise wird nun dieser Zinstribut aus dem deutschen Volke gepreßt: durch die Steuern und durch die Markentwertung. Die Steuern verteuern alle Gegenstände des täglichen Bedarfes in einer Weise, daß dies allein schon ausreicht, um die Teuerung zu erklären, aber alle Steuern genügen noch lange nicht, um die Zinsen aus dem Londoner Diktat zu bezahlen. Tag für Tag rollen Güterzüge, voll mit „Reparationsgut“ aller Art, hinaus über die Grenzen. Diese Waren müssen natürlich den Fabrikanten bezahlt werden, die ja ihre Arbeiter löhnen müssen — sie werden alle bezahlt mit den Erzeugnissen der Notenpresse; gezwungenermaßen und doch unverantwortlicherweise treibt der Staat damit die reine Bankerotteurpolitik, denn er betrügt damit seine eigene Wirtschaft — das eigene Volk — und er entzieht damit der Wirtschaft eine unerläßliche Grundlage für einen geregelten Betrieb — eine stabile Währung.

So muß es aber kommen, wenn man zu erfüllen verspricht, was unerfüllbar ist. So wird der Staat zum Betrüger nach außen und nach innen. Und ist erst der Staat selbst ein Betrüger, und schlimmer noch, der Helfershelfer der Weltausbeuter, dann darf sich niemand wundern, wenn Millionen zu Lumpen und Betrügern werden, zu Schiebern und Wucherern, wenn ein Kampf aller gegen alle entbrennt, wenn Arbeit und Fleiß verhöhnt und geschändet wird, und wenn Staat und Volk in Anarchie versinken.

Gegen die brutale Zinsherrschaft der überstaatlichen Geldmächte hat sich der Nationalsozialismus erhoben. Im Mittelpunkt seines Programmes steht

die Brechung der Zinsknechtschaft.

Dieser Kampfruf ist unser Feldgeschrei in dem gewaltigsten Ringen, das sich jemals gegen die Vorherrschaft der Juden erhoben hat. Die Durchführung dieser Forderung trifft die jüdische Weltherrschaft an der Wurzel.

Wir gehen heute bewußt in den Kampf, wir haben erkannt, wo der Feind steht und wo er getroffen werden kann!

Hand in Hand

Die Königs- und Laurahütte soll auf Grund großer Besitzveränderungen in dem Kapital der Gesellschaft (!) auf einen polnischen Konzern übertragen werden. Im Zusammenhang damit soll der Sitz der Gesellschaft von Kattowitz nach Warschau verlegt werden. Bekanntlich hat Korfanty in den Verhandlungen mit dem tschechischen Großaktionär Weinmann, und dann in Marienbad mit Bosel von der Unionbank darauf hinwirken wollen, die Werke dem deutschen Einfluß zu entziehen und dem tschechischen oder österreichisch-jüdischen Kapital auszuhändigen. Bei diesen Verhandlungen, an denen außer Bosel und Korfanty auch Castiglioni und der erste Direktor der Banca Commerziale in Mailand, Joseph Töplitz, teilgenommen haben, soll die Bildung eines großen Konsortiums in Aussicht stehen, welches die Lieferung oberschlesischer Kohle nach Österreich und Italien sicherstellen muß.

Wirtschaftsrundschau

Betriebsbesteuerung

Berlin. Nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe haben landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Gärtnereibetriebe für die Monate September 1923 bis einschließlich Februar 1924 eine am Ersten jeden Monats fällig werdende Abgabe zu entrichten. Die Abgabe beträgt für je 2000 Mark des für das Grundstück festgestellten oder festzustellenden Wehrbeitragswertes 1,50 Mark Gold monatlich. Bei verpachteten Grundstücken ist der Eigentümer und Pächter nur je zur Hälfte abgabepflichtig. Wird die Abgabe in Papiermark entrichtet, so ist sie mit dem für den Tag der Zahlung maßgebenden Umrechnungssatz zu vervielfältigen. Der Umrechnungssatz wird am Donnerstag einer jeden Woche bekanntgegeben werden und gilt vom Samstag derselben Woche bis Freitag einschließlich der folgenden Woche. Zahlungen, die bis einschließlich 31. August auf die Landabgabe geleistet werden, werden von den Finanzämtern zu einem Umrechnungssatz von 872 000 für eine Mark Gold angenommen.

Die Krisis in Gewerbe und Handel

Breslau. Die Hauptversammlung der wirtschaftlichen Vereinigung schlesischer Verleger beschloß einstimmig, die Buchproduktion infolge der katastrophalen Wirtschaftslage bis auf weiteres einzustellen.

Berlin. Vom Reichsverband des deutschen Nahrungsmittel-Großhandels und vom Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, die weitaus den größten Teil des Lebensmittel-Groß- und Kleinhandels umfassen, wird den Blättern mitgeteilt, daß sie den Veröffentlichungen über eine drohende Schließung der Lebensmittelgeschäfte fernstehen. Der Lebensmittel-Groß- und Kleinhandel werde seine Pflicht gegen das Vaterland erfüllen, um auch für seinen Teil den vom Feinde gewünschten Zusammenbruch abzuwehren und dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu dienen.

Kassel. Der Verband der Metallindustriellen Kassels und der benachbarten Industriebezirke gibt bekannt, daß sich die Betriebe der Kasseler Metallindustrie gezwungen sehen, zur Abwehr unberechtigter Lohnforderungen allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 15. September zu kündigen.

Nürnberg. Die Statistik über die Kurzarbeit zeigt in den letzten Wochen erhebliche Schwankungen. In der jüngsten Berichtwoche — 13. bis 18. August — hatten 81 (91) Firmen mit insgesamt 16 676 (20 104) Beschäftigten Kurzarbeit angemeldet. Kurzarbeiterunterstützungen durch die Stadt erhielten hiervon 808 (1858), das sind 0,5 (1,3) Prozent aller am 1. August versicherungspflichtig gewesenen hiesigen Nürnberger Beschäftigten. An Kurzarbeiterunterstützung wurden ausbezahlt 256 581 660 (105 036 687) M.

Der Fall Havenstein

Berlin. Laut „Berliner Nachrichten“ beschäftigte sich gestern ein Kabinettsrat mit der eventuellen Neubesetzung der Reichsbankleitung. Wie dem Blatt zufolge verlautet, soll als Nachfolger Havensteins eine Persönlichkeit ausersehen sein, die auf Grund der bisher von ihr geführten Reparationsverhandlungen (!) einen guten Ruf hat und auch Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit mit dem Reichskabinett bietet. Wie das Blatt weiter schreibt, besteht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiterhin auf dem Rücktritt Havensteins. Auch das Reichskabinett und die hinter ihm stehenden Regierungsparteien sollen sich einmütig gegen Havenstein erklärt haben. Da Havenstein nicht freiwillig von seinem Posten scheiden will, wird die Einberufung des Reichstages zur Lösung des Konfliktes notwendig sein.

Auch eine Seltenheit, daß man um den Rücktritt eines Beamten willen den ganzen hohen Reichstag bemühen muß.

Löhne und Tarife

Bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium wurde für die Reichs- und Staatsarbeiter der Lohn für die Woche vom 12. mit 18. August um 30 Proz. gegenüber dem bisherigen Lohn pro Woche erhöht. Für die Lohnwoche vom 19. bis 26. August ist eine Erhöhung von 10 Proz. in Aussicht genommen. Danach beträgt der Stundenlohn in der Ortsgruppe A: Lohngruppe I 405 000 M., II 396 000 M., 387 000 M., IV 375 000 M., V 372 000 M., VI 366 000 M., VII 360 000 M., VIII 249 000 M., Ortsklassenspannung für männliche Arbeiter 9000 M., für weibliche 6000 M., Soziallohn je 38 000 M.

Die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter betragen nunmehr je Mann und Schicht einschließlich der Soziallöhne: Im Ruhrgebiet und im Aachener und Kölner Bezirk für die Woche vom 13.—20. August 4 153 374 M., für die Woche vom 20.—27. August 6 333 805 M.; für Oberschlesien 3 227 861 bzw. 3 074 684 M.; Niederschlesien 3 79[illegible] bzw. 1 606 676 M.; für Sachsen 3 202 866 bzw. 4 874 370 Mark; für Niedersachsen 2 953 532 bzw. 4 504 125 M.; für Ibbenbüren 3 078 547 bzw. 4 694 784 M.

Für Mitteldeutschland wurden folgende Löhne vereinbart: für das Kernrevier 3 015 212 bzw. 4 593 106 M., für das Randrevier I 5 Proz. weniger, für das Randrevier II 10 Proz. weniger.

In Bayern gelten folgende Löhne: Pechkohle 3 015 212 bzw. 4 508 198 M., Steinkohle 2 612 602 bzw. 3 934 213 Mark, Braunkohle 2 845 975 bzw. 4 340 111 M., Kalibergbau 3 140 971 bzw. 4 780 981 Mark.

Berlin. Im Reichsfinanzministerium sollten gestern die ersten Verhandlungen über die Frage der Vorauszahlung der Beamtengehälter stattfinden. Da jedoch ein Teil der Großorganisationen nicht rechtzeitig erscheinen konnte, wurde die Aussprache auf Donnerstag vertagt.

Wie das „Tageblatt“ hört, soll die Ansicht des Reichsfinanzministers dahin gehen, daß die Vorauszahlung der Beamtengehälter aus finanzpolitischen Gründen nicht länger aufrechtzuerhalten ist. Allerdings ständen der Abschaffung dieser Vorauszahlungen gewisse Schwierigkeiten entgegen, da dieser Zahlungsmodus zu den Rechten gehöre, die im Beamten-Besoldungsgesetz festgelegt seien. Es werde die Aufgabe des Reichstags sein, das Gesetz in entsprechender Weise zu ändern.

*

Berlin. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Kohlenbergbaues sind am 23. August zu Lohnverhandlungen zusammengetreten. Unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums kam eine Vereinbarung über die Lohnregelung mit sämtlichen Kohlenbergbaubezirken zustande. Die Durchschnittstariflöhne, einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes, sind in den beiden Lohnwochen vom 13.—20. August und vom 20.—27. August für den Ruhrbergbau auf 4 153 374 bzw. 6 330 805 M., für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau auf 3 327 661 bzw. 5 074 634 M. und für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues auf 3 015 212 bzw. 4 598 106 M. festgesetzt worden. Durch diese Verständigung sind die Differenzen ausgeglichen, die über die Lohnregelung der Woche vom 13.—20. August bestanden haben.

Warenmarkt

Berlin, 28. August. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 11500—11750; Roggen, Märkischer 8400 bis 8250; Gerste, Sommergerste, Märkische 9000—9500; Hafer, Märkischer 9000—9500; Weizenmehl 40—45000; Roggenmehl 20—30000; Weizenkleie 4750—5000; Roggenkleie 5000; Raps 8500—10000; Viktoriaerbsen 22—24000; Kleine Speiseerbsen 20—21000; Rapskuchen 7—8000; Trockenschnitzel 4—4300; Zuckerschnitzel 5750—6000; Torfmelasse 3800—4000.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt, 240—250; Haferstroh 220—240; Gebündeltes Roggenlangstroh 270—290; Heu, gutes 320 bis 340; Heu, handelsüblich 260—280.

Berliner Metalle

Berlin, den 28. August 1923

Raffinadekupfer	2050—2100
Originalhüttenblei	800—850
Hüttenrohzink im freien Verkehr	1000—1050
Originalhüttenrohzink	— —
Plattenzink	865—875
Originalhüttenaluminium	— —
Hüttenaluminium in Walzen	— —
Bankazinn	[illegible]
Straitszinn	[illegible]
Australzinn	[illegible]
Hüttenzinn	[illegible]
Reinnickel	[illegible]
Antimon	[illegible]
Silber	[illegible]
Elektrolytkupfer	[illegible]

Die Ziffern gelten als Tausender.

Preisbewegung

Die Wertmeßziffer in der Damenkonfektion [illegible] „Textil-Woche“ vom Verband der Fabrikanten [illegible] Kostümen und verwandten Artikeln für den [illegible] schen Fabrikanten und Abnehmern mit [illegible] 27. August ab von 76 000 auf 112 000 [illegible].

Die Verbände der Damenwäsche-, [illegible] sen-, Unterrock- und Kinderkleider-Fabrikanten [illegible] „Textil-Woche“, gemeinsam mit dem [illegible] til-Einzelhandels, u. a. folgende Preisgrundlage [illegible] für die vom 26. August bis 1. Sept. zur [illegible] gelangenden Aufträge aus der Zeit vom [illegible] 4. März 9485 Prozent, 25. bis 30. Juni 1923 [illegible].

Der Verband der Deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe Leipzig und der [illegible] scher Veredelungsanstalten für Leinen [illegible] haben die Schlüsselzahl ab 27. August für [illegible] Rechnungen bis 8. August auf 1 700 000 festgesetzt. [illegible] kursgesicherte Rechnungen bleibt die Schlüsselzahl [illegible] ändert.

Berlin. Die Vereinigung der Fabrikanten [illegible] Heiz- und Kochapparate, e. V., setzte mit sofortiger Wirkung auf dem Grundpreise vom März 1922 folgende Goldfaktoren fest: 0,034 für Bügeleisen, Reisebügeleisen, Reiseeisengarnituren und Zuleitungen, 0,030 für Übriges. Berechnungsart: Grundpreis mal Goldfaktor — Goldmark. 1 Goldmark — Dollar, dividiert durch 4,20.

Berlin. Die „B. Z.“ will wissen, daß noch heute der neue Multiplikator für den Güter- und Personenverkehr festgesetzt wird. Was die Gütertarife anbetrifft so werde ihre Verdoppelung als angemessen erachtet. Die Personentarife würden um 400 Proz. gesteigert, die neuen Tarife würden am Freitag in Kraft treten.

Berlin. Nach der „B. Z.“ zeigt die Preisentwicklung auf allen Gebieten des Lebensmittelmarktes noch immer eine beängstigend steigende Tendenz. Die Großhandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle betrugen für Butter 2,6 Millionen, Schmalz 980 000, Margarine 735—780 000 M. Das Schock Eier, das am Samstag noch sechs Millionen kostete, mußte heute mit 7,2 Millionen bezahlt werden.

Kurse

Berlin, den 28. August 1923. Devisen-Kurse.

	28. 8. Geld	28. 8. Brief	27. 8. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 fl.	2493750,—	2506250,—	2194500,—
Buen.-Air. 1 Pes.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Christiania 1 Kr.	1043890,—	1046610,—	918710,—
Kopenhag. 1 Kr.	1177050,—	1182950,—	1041390,—
Stockholm 1 Kr.	1695750,—	1704250,—	1496250,—
Helsingf. 1 fin. M.	175560,—	176440,—	149625,—
Italien 1 Lira	274310,—	275690,—	[illegible]
Lond. 1 Pfd. St.	28927500,—	29072500,—	[illegible]
New York 1 Dollar	6384000,—	6416000,—	[illegible]
Schweiz 1 Frck.	1147125,—	[illegible]	[illegible]
Spanien 1 Pes.	[illegible]	874180,—	[illegible]
Japan 1 Yen	3112200,—	3127800,—	2733150,—
Rio 1 Milreis	574560,—	577440,—	498750,—
Wien 100 Kr.	8977,—	9023,—	7980,—
Prag 1 Kr.	187530,—	188470,—	164587,—
Agram 1 Dinar	67830,—	68170,—	[illegible]
Budapest 1 Kr.	361,09	362,91	319,20
Sofia 1 Lewa	59850,—	60150,—	52870,—

Berlin, den 28. August 1923. Noten.

	28. 8. Geld	28. 8. Brief	27. 8. vor. Geldk.
Amerik. Noten	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Englische „	28927500,—	29072500,—	[illegible]
Italienische „	275310,—	276690,—	[illegible]
Rumänische „	27930,—	28070,—	[illegible]
Schweizer „	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Türkische „	—	—	—
Tschechische „	187530,—	188470,—	[illegible]
Kleine Tschechen „	187530,—	188470,—	164587,—
Österreich. abgest. „	8977,—	9023,—	7980,—
neue 100er „	—	—	—
Polnische Noten	—	[illegible]	2400,—
Holländische „	2493750,—	2506250,—	2191500,—
Ungarische „	209,45	210,55	[illegible]

Zürich, 28. August. (Devisenkurse; ohne Gewähr.) Holland 217,80; Berlin 0,000090; Wien 0,0078; Prag 16,22½; Paris 31,50; London 25,20; Italien 23,97½; Brüssel 25,95; Budapest 0,03¼; Neuyork 554,00; Warschau 0,0024; Agram 5,75; Kopenhagen 102,50; Stockholm 147,50; Christiania 90,25; Madrid 74,50; Buenos Aires 178,00; Sofia 5,25.

*

Das Neueste im Versicherungswesen

Die „Deutsche Feuerversicherungs-Vereinigung“ gibt eine wertbeständige Versicherung auf Grundlage der Reichsgoldanleihe heraus.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Jos. Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

…lte Bogenlampen
Telephon-Apparate, Zähler, Motore usw.
kauft in jedem Zustand
R. Leithe, Reichenbachstr. 24, Tel. 26004.

ELEKTRO MOTOREN
Gleich- u. Drehstrom
Anlasser, Spannschienen sofort ab Lager lieferbar
Heinrich Kleemann, München, Augustenstr. 30
Fernsprecher: 58102, Postscheckkonto: München 42762
Drahtanschrift: Motokleemann

SCHREIBWAREN
alle Geschäftsbücher
Quirin Diestl, Karlstraße 1

Gediegene Herren- und Damenwäsche, Ia Strümpfe
Josef Krapp
Adalbertstraße 60
Schwanthalerstraße 43
Eingang Goethestraße

PARFÜMERIE
SCHNEIDER
SCHELLINGSTRASSE 69
FEINSEIFEN UND TOILETTEGEGENSTÄNDE

Kropf!
Satthals — Blähhals
Schmerz- und operationslose dauernde Beseitigung ohne Berufsstörung unter Garantie. Kein Jod, keine Schmierkur. Untersuchung und für Ausländer ausführlicher Prospekt kostenlos.
Sprechzeit: Montag bis und mit Freitag von 9—1 Uhr.
Privat-Institut für operationslose Kropfheilung
M. Meier,
MÜNCHEN, Nußbaumstraße 30

Zahnpraxis
H. Wolfrum Nachf. M. Fischer
zahlt den höchsten Börsenkurs für
Platin / Zähne
Gebisse
Gold und Silber
Sonnenstr. 27/I

Geschl. Schwäche
Haut-, Haar-, Geschlechts- und geschlechtliche Frauenleiden
heilt ohne Berufsstörung Spezialarzt Oberarzt a. D.
Sprechz.: 10—6 Uhr **MAUL** Maximilianstraße gegenüber 4 Jahreszt. 38

Theodor Fritsch
Handbuch der Judenfrage
29. Auflage
68.–75. Tausend
Grundpreis geb. 2,80
Hammer-Verlag
Leipzig 13.

Autowerk Kolosseum, G. m. b. H.
Balanstraße 75 München Telephon 42474
Gut eingerichtete Autoreparaturwerkstätten, große Einstellhallen. An- und Verkauf von Last- und Personenautomobilen. Möglichst preiswerte Berechnung. Prompte Bedienung.
Ständiges Lager in Motoröl und Betriebsstoffen.

LANGENHAN & EGNER
Fabrikat. u. Großhdlg. in Werkzeug. u. Maschinen
Spezialitäten: Fräser, Reibahlen, Spiralbohrer, Gewindebohrer usw.
MÜNCHEN SW 2, Nußbaumstraße 6
Telephon 56266

R. ARQUIN
SENDLINGER STR. 13
Herren-Wäsche
Krawatten, Hosenträger
Dauerwäsche
Herren- u. Damenhandschuhe, Strümpfe

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider gut verkaufen kann—wo?
bei **Melusin,** Schuhmachermeister
München, Westenrieder Str. 4

Unseren Kunden
zur Mitteilung, daß wir ab heute alle ausstehenden Rechnungsbeträge, die nicht innerhalb 3 Tagen bezahlt sind, mit der am Tage der Bezahlung gültigen Schlüsselzahl in Anrechnung bringen werden.
Mit deutschen Gruß!
Deutschvölkische Buchhandlung
München, Thierschstr. 15, Postscheckk. 11346

Heilanstalt für
Haut- und Geschlechts-
Haar- u. Harnleiden, Sex. Neurasth.
Sprechstunden: 10—1 und 3—6½ Uhr
Dr. med. J. Kopp
Dachauer Str. 15, nächst dem Hauptbahnhof

Dem Helden **Schlageter**
3 neue Sturmtrupplieder gewidmet v. Franz Müller
1. Zum Tode Schlageters. Melodie: Kein schön'rer Tod . .
2. Rheinlied. Melodie: Deutschland, Deutschland über alles
3. Das Hakenkreuz. Melodie: Wohlauf die Luft . .
Grundpreis 6 Pfg. mal Teuerungszahl des D. B. V.
Verlag Fr. Späth's Nachf. J. Weixler, Kirchheim-Teck
Vaterl. Vereine u. Ortsgruppen Rabatt. 10 Prozent der Reineinnahme w. d. Schlageter-Denkmal-Fonds überwiesen.

Der deutsche Held
ALBERT SCHLAGETER
im Bilde
Postkarte mit Gedicht. / Photograph. Karte. Porträtphotographie in 18 × 24 cm Größe
Wiederverkäufer gesucht!
Zu beziehen durch Alleinverlag
Franz Schmitz :: Stuttgart
Königstraße 5

Soeben ist erschienen:
Das Eiserne Kreuz
Volksstück in 5 Akten von Artur Dinter
Zur Aufführung für Völkische Vereine sehr geeignet und als Lektüre zu empfehlen
Grundpreis: Bühnenausgabe M. 1,50, Geschenkausgabe M. 2,—, geb. M. 3,— mal Schlüsselzahl
Thüringer Verlagsanstalt Emil Habisch, Langensalza — Postscheckkonto Erfurt 24045

ALTPAPIER
Zeitung, Bücher, Hefte, Akten, Stampf, Lumpen, Flaschen, Altmetalle und Alteisen kauft zu den höchsten Preisen
JOSEPH DUSCHL,
München, Dachauer Str. 21/0, 2. Hof lks.
Telephon 55236. " " Hohle frei ab.

Suche dringend
Eisen pro Kilo M. 25000,- sowie sämtlich. **Altmetalle, Zeitungen, Lumpen, Stampf** usw.
Rohproduktenhandlung
Georg Rauscher · München
Westendstr. 98 / Tel. 60728 / Freie Abholung

Teleph.
72590 u. 73278
FRANZ EGLE
Flaschengroßhandlung
München, Meindlstraße Nr. 53—54
Haltestelle Harras
Größt. Spezialgesch.
Bayerns

Möbeltransporte
per Bahn oder Auto-Möbelwagen, hier und auswärts, unter meiner Leitung
Georg Huber, München, Bayerstraße 73
Telephon 55051
Schöne Einlagerungsräume

DAUER-ONDULATION
waschbar und **1 Jahr** haltend garantiert;
erster Original amerikan. Apparat am Platze
Anerkannt als Ia Spezialität:
Wiener Frisierkunst / / / Ernst Thriene
Briennner Straße 54 gegenüb. d. Café Luitpold. Tel. 26976

Möbel-Transporte
Das neuzeitliche, modernste Verkehrsmittel bei Übersiedelungen ist der
Auto-Möbelwagen
Stadtumzüge, Vororttransporte u. Transporte auf weitere Entfernungen werden in jeder Größe mit modernen Auto-Möbelwagen, ev. mit Anhänger, erledigt. — Transporte per Bahn ohne Umladung werden mit reinen Möbelwagen von 5—10 m Länge, versehen mit guten, wollenen Packdecken, bei Versicherung von Wohnung zu Wohnung, ausgeführt. — Persönliche Leitung. — Bestgeschultes Personal. Reelle Preise. — ff. Referenzen. — Kostenvoranschläge ohne Verbindlichkeit.
Xaver Krammer, Nordendstr. 25/0 Telephon 31620
Mitgl. d. Zentralstelle deutsch. Möbeltransporteure
Schwabings älteste Firma.

Verschiedenes

Verwaltung eines Landsitzes
oder sonstigen Betriebes sucht Akademiker-Ehepaar. MANN tüchtig in Landwirtschaft, Garten. FRAU Hauswirtschaft, Viehhaltung. Beide sehr zuverlässig und an intensive Arbeit gewöhnt. Erste Referenzen. Zuschriften unter 1465 an die Anzeigen-Abt.

Neunrassiger
Dobermann-Rüde
16 Monate alt, wachsam, sowie Dobermann- u. Schäferhund-Welpen, 6 Wch., hat billig abzugeben
Gärtner, Tegernsee-Schererhof
Vorsitz. der N.S.D.A. Tegernsee.

Schreibmaschine
„GEOMA" die ideale Kleinschreibmaschine für alle Zwecke!
D. R. G. M. D. R. P. a.
Vielfach erprobtes, neuestes Modell, sichtbare Schrift, auswechselbares Typensystem, leichteste Handhabung.
Einführungspreis einschl. Verschlußkasten 20 M.
Photo-Apparat
„GEOMA"-Klappkamera für Platten 6×9 cm mit Metallkassetten
D. R. G. M. D. R. P. a.
Hervorragend elegante und stabile Ausführung. Zeit- und Momentverschluß, prima Optik! — Die wirklich brauchbare und billige Klappkamera für den Amateur und Liebhaberphotographen.
Einführungspreis einschl. Etui 5 M.
Opernglas
gute Ausführung, mit vorzüglicher Optik! Geeignet für Theater, Reise usw.
Einführungspreis einschl. echtem Lederetui 3 M.
Obige Preise sind mit dem z. Zt. gültigen Teuerungsschlüssel von 500000 zu multiplizieren.
Versandbedingungen:
Bei Voreinsendung des Betrages auf unser Postscheckkonto Nr. 5853 Amt Stuttgart erfolgt der Versand verpackungs- und portofrei! Wird Nachnahmesendung gewünscht, so müssen wir die entstehenden Kosten in Anrechnung bringen. Abbildungen sowie Schriftproben von der Schreibmaschine versenden wir auf Wunsch gerne kostenlos!
Großabnehmer an allen Plätzen gesucht.
„GEOMA" G. M. B. H.
Gesellschaft für Optik und Mechanik
Stuttgart, Gutenbergstr. 132.

Stellenmarkt

Geprüfter junger
Zahntechniker
18 Jahre alt, **sucht Stellung,** am liebsten in Bayern bei tüchtigem Dentisten, wo er sich in der modernen Goldtechnik und Keramik gründlich ausbilden kann. Gefl. Angebote erbittet und weitere Auskunft erteilt
C. Scheffer jun. Arnsberg i. Westf.
Bahnhofstraße 94

Junger Mann
19 J., gelernt. Schriftsetzer, N.-S., S.-A.
sucht Stellung
gleich welcher Art. Zuschriften erbeten unt. A.S. 1485 an d. Anzeig.-Abtlg. dieses Bl.

Junger Mann, 36 Jahre alt, sucht Stellung als Lagerist, Fakturist, Expedient, Disponent, Verkäufer, Korrespondent, Vertret. od. f. eine Vertrauensstellg. Selb. bes. außerordentl. Organisationstalent u. ist ein guter, flotter und sicherer Rechner. Gefl. Anschrift. unt. 1483 an die Anz.-Abt. dieses Blattes erbeten.

Solides Mädel aus der Westmark sucht für sofort Stelle als
Haustochter
in od. bei München in völkischem Haus. Familienanschluß Bedingung. Angebote unter W. K. 1434 an die Anz.-Abt. d. Bl.

Konditor
21 Jhr. alt, in größer., bess. Hause tätig gewes.
sucht Stellung.
Zuschriften unter 1474 an die Anz.-Abteilung.

Möbeltransporte
von und nach allen Plätzen Europas unter Garantie guter Ablieferung.
Stadtumzüge
K. Kammerloher G. m. b. H.
Telephon 20150 **München** Aventinstraße 2

Große Juwelen-Ankaufstage!
Infolge großer Nachfrage kaufen wir und suchen dringend:
BRILLANTEN
höchst reellste Preise
die dem **holländischen Gulden** angepaßt sind.
Gold / Silber / Platin
Ringe, Kolliers, Ohrgehänge, Familienschmuck mit kleinen und sehr großen Brillanten, Perlen, Perlenschnüre, Smaragde, Bestecke aus Gold, Silber, Platin usw.
Goldene Herrenuhren
Prielmayerstraße 1
(Laden) gegenüber Kaufhaus Tietz *Paul Wichmann*
Bitte beachten! Die verehrliche Kundschaft wird gebeten, amtlichen Ausweis mitzubringen. — NB. Meine Luxussteuernummer ist 1687, sämtliche Verkäufe an mich somit luxussteuerfrei. Bitte beachten!

DIE FABRIKATE DER
ÖSTERR. TABAKREGIE
SIND IN GANZ DEUTSCHLAND IN ALLEN BESSEREN CIGARRENGESCHÄFTEN ERHÄLTLICH.

Die täglichen Verleumdungen gegen die nationalsozialistische Bewegung machen es unseren Parteiangehörigen und Freunden zur Pflicht, unsere Literatur zu kennen. Namentlich muß die Erläuterung unseres Programms allen Nationalsozialisten in Fleisch und Blut übergehen.
Jeder schaffe sich deshalb an:
Wesen, Grundsätze u. Ziele der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei
Herausgegeben und erläutert von
Alfred Rosenberg
Grundpreis M. —,50 mal Teuerungszahl
Deutschvölkische Buchhandlung
München, Thierschstr. 15 u. Am Kosttor (nächst Hofbräuh.)

Ab 23. Aug. erhöht sich die Teuerungszahl für sämtliche Bücher auf 1000000

Büro-Möbel
in jeder Holzart u. Farbe sowie Schreibmaschinen etc. auch Polstermöbel liefert zu Fabrikpreisen
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!
P. Walter Zahn
MANNHEIM
Augusta-Anlage 19

Lumpen Flaschen Zeitungen Altpapier Altmetalle
höchste Preise
Merken Sie sich aber genau:
Gebr. Albrecht
Schleissheimerstr. 44. Wirthstr. 26
Riedlstrasse 4
Telephon 52774
Emzetentwurf.

Büromaschinen
Büromöbel
Bürobedarf
liefert billigst und in prima Qualitäten
Holzhandels- und Büroeinrichtungs-Gesellschaft m. b. H.
Pasing, Marienplatz
Tel. 80438

Ankauf · Verkauf
gebrauchter
Herrenkleider
Militärkleider
Spezialgeschäft:
Heinrich Herfert
Bayerstraße 1/I., / Tel. 51375
Verleih
von Hochzeits-, Gesellschafts-Anzügen / Zylindern

Wollen Sie viel Geld erzielen?
Dann rufen Sie die Nr. **41076** an
Bezahle immer höchste Preise für Zeitungen, Hefte u. Bücher, Knochen, Lumpen, Flaschen, Alteisen und sämtliche Metalle
(Nur gegen Ausweis)
M. Ederer
Grillparzerstraße 1 und Georgenstraße 43.

Großer Umsatz, kleiner Nutzen:
Mein Geschäftsprinzip!

dem ich die Entwicklung meiner Geschäfte in Wanne und Essen (Ruhr) verdanke, welches mir auch in München einen treuen Kundenkreis sichern wird. Ich weise besonders darauf hin, daß ich mit Ausnahme weniger Modellstücke
meine erstklassige Herren- u. Sportbekleidung
— unter Ausschaltung des Zwischenhandels — in eigenen Werkstätten in besonders sorgfältiger Verarbeitung herstelle und Ihnen dadurch in bezug auf Güte und Preiswürdigkeit besondere Vorteile bieten kann.
Keine Abgabe an Wiederverkäufer. Mengenabgabe vorbehalten.
Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet. 8413*1
Töpler
Wanne-Essen, Ruhr
München, Reichenbachstraße 34
Trambahnhaltestelle Ecke Fraunhoferstraße 5, 15, 7, 30.